Januar 2022

Die Konferenz zur Zukunft Europas

Weg aus der Krise oder politisches Feigenblatt?

Thesis zur Erlangung des wissenschaftlichen Grades

Master of Arts (M.A.)

Masterstudiengang

Europäisches Verwaltungsmanagement, Jahrgang 2020

Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

vorgelegt von:

Luca Hanenberg

Matrikelnummer: 992202

Erstgutachterin: Prof. Dr. habil. Annegret Eppler

Zweitgutachterin: Dr. Doris Dialer

Abstract

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Konferenz zur Zukunft Europas als deliberativen Partizipationsprozess zu analysieren. Hierfür wird folgende Forschungsfrage gestellt: Stellt die Konferenz zur Zukunft Europas einen Weg aus der Krise oder ein politisches Feigenblatt dar? Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurden ausgewählte Veranstaltungen der Konferenz teilnehmend beobachtet und quantitative Befragungen von Teilnehmenden und Veranstalter:innen, sowie qualitative Befragungen von Veranstalter:innen durchgeführt. Die Auswertung der erhobenen Daten ergibt, dass die Organisation von Veranstaltungen einen bedeutenden Einfluss auf die Qualität der Partizipation nimmt und die Konferenz das Potenzial hat gesellschaftliche Differenzen zu überbrücken, Einfluss auf die Input-Legitimität der EU zu nehmen und positive Effekte hinsichtlich der Schaffung europäischer Öffentlichkeit zu erzielen.

The aim of this thesis is to analyse the Conference on the Future of Europe as a deliberative participatory process. For this purpose, the following research question is posed: Does the Conference on the Future of Europe represent a way out of the crisis or a political fig leaf? In order to answer the research question, selected events of the conference were observed and quantitative interviews with participants and organisers as well as qualitative interviews with organisers were conducted. The analysis of the collected data shows that the organisation of events has a significant influence on the quality of participation and that the conference has the potential to bridge social differences, to influence the input legitimacy of the EU and to achieve positive effects with regard to the creation of a European public sphere.

Inhaltsverzeichnis

Abstract I

Abkürzungsverzeichnis V

Abbildungsverzeichnis VI

Anlagenverzeichnis VII

1. Einleitung 1

1.1. Problemaufriss 1

1.2. Herleitung und Begründung der Fragestellung 2

1.3. Relevanz und Mehrwert der Arbeit 3

1.4. Eingrenzung der Arbeit 4

1.5. Beschreibung und Begründung der Vorgehensweise 5

2. Die Konferenz zur Zukunft Europas 6

2.1. Hintergründe der Konferenz 6

2.2. Das Verfahren der Konferenz 9

3. Demokratietheoretische Hintergründe der Analyse 14

3.1. Legitimation der Europäischen Union im Wandel 14

3.2. Demokratietheorien 17

3.3. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union 20

4. Partizipationstheoretische Hintergründe der Analyse 22

4.1. Definition „Politische Partizipation“ 22

4.2. Rechtlicher Rahmen von Partizipationsinstrumenten in der EU 23

4.3. Potenzieller Mehrwert partizipatorischer Instrumente 24

4.3.1. Stärkung der demokratischen Legitimation der EU 24

4.3.2. Stärkung der repräsentativen Demokratie durch deliberative Prozesse 25

4.4. Kriterien guter Partizipation 27
4.4.1. Grundlegende Voraussetzungen 27
4.4.1.1. Ausreichende Ressourcen 27
4.4.1.2. Ausreichende Zeit 28
4.4.1.3. Transparenz 28
4.4.1.4. Hinreichend offenes und relevantes Thema 29
4.4.1.5. Verbindlichkeit 30
4.4.2. Methodische Voraussetzungen 30
4.4.2.1. Frühzeitige Einbindung der Bürger:innen 30
4.4.2.2. Beteiligung einer Vielfalt von Bürger:innen 31
4.4.2.3. Kompetente Gestaltung und Optimierung des Prozesses 33
4.4.2.4. Ermöglichung freier und gleichberechtigter Teilnahme 34
4.4.2.5. Schaffung echter Kommunikation 35
5. Hypothesen 37
6. Methodik 38
7. Analyse der Konferenz anhand der Kriterien guter Partizipation 43
7.1. Grundlegende Voraussetzungen 43
7.1.1. Ausreichende Ressourcen 43
7.1.2. Ausreichende Zeit 46
7.1.3. Transparenz 50
7.1.4. Hinreichend offenes und relevantes Thema 53
7.1.5. Verbindlichkeit 57
7.2. Methodische Voraussetzungen 61
7.2.1. Frühzeitige Einbindung der Bürger:innen 61
7.2.2. Beteiligung einer Vielfalt von Bürger:innen 62
7.2.3. Kompetente Gestaltung und Optimierung des Prozesses 72

7.2.4. Ermöglichung frei und gleichberechtigter Teilnahme 75
7.2.4.1. Teilnahme in Online-Formaten 76
7.2.4.2. Größe der Gruppe 76
7.2.4.3. Sprache der Veranstaltung 77
7.2.4.4. Moderation der Veranstaltung 79
7.2.5. Schaffung echter Kommunikation 81
7.3. Zusammenfassung 83
8. Diskussion der Ergebnisse 86
9. Zusammenfassung 91
Literatur- und Quellenverzeichnis VIII
Eidesstattliche Erklärung des Verfassers XXXV
Anhang XXXVI

Abkürzungsverzeichnis

Abs. ..... *Absatz*

AEUV ..... *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union*

Art. ..... *Artikel*

COSAC ... *Conférence des Organes Spécialisés dans les Affaires Communautaires*

EU ..... *Europäische Union*

EUV ..... *Vertrag über die Europäische Union*

OECD ..... *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Verfahren der Konferenz..... 9

Abbildung 2: Verhältnis zwischen den Veranstalter:innen hinsichtlich EU-Informationszentren, EU-Institutionen und sonstigen Veranstalterinnen 45

Abbildung 3: Verhältnis der gewählten Auswahlverfahren in Prozent..... 67

Abbildung 4: Darstellung der Ergebnisse der Umfrage an die Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung bzgl. der Frage, wie häufig die Teilnehmenden sich über politische Geschehnisse informieren..... 70

Abbildung 5: Selbsteinschätzung der Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung hinsichtlich ihres Wissens über die EU..... 70

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Darstellung der Themengebiete der Konferenz zur Zukunft Europas im Zusammenhang mit den entsprechenden Kompetenzen der EU XXXVI

Anlage 2: Verknüpfung der Themengebiete der Konferenz mit den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfrage „Die Zukunft Europas“ XXXVIII

Anlage 3: Screenshots der mehrsprachigen Digitalen Plattform XLI

Anlage 4: Teilnehmende Beobachtung von Veranstaltungen XLII

Anlage 5: Interview mit Dr. Lana Mayer, Europe Direct Stuttgart LII

Anlage 6: Interview mit Annalena Beilschmidt-Pilz, Stadt Pforzheim LIX

Anlage 7: Interview mit Timo Peters, Staatsministerium Baden-Württemberg..... LXVI

Anlage 8: Interview mit Florian Setzen, Europa Zentrum Baden-Württemberg..... LXXIII

Anlage 9: Ergebnisse der Umfrage an die Teilnehmenden der Veranstaltung „Die Zukunft Europas? Binationaler (deutsch-kroatischer) Online-Workshop für Jugendliche“ LXXX

Anlage 10: Ergebnisse der Umfrage an die Teilnehmenden der Veranstaltung Digitaler Bürgerdialog zur Zukunft Europas – Ein Blick aus Györ-Moson-Sopron (Ungarn) und Pforzheim (Deutschland) auf die europäischen Werte und Rechte“ XCII

Anlage 11: Survey for organisers in the Conference on the Future of Europe .. CV

Anlage 12: Stichprobe von Veranstaltungen der digitalen Plattform CXXVIII

1. Einleitung

1.1. Problemaufriss

Die Geschichte der Europäischen Union (EU) ist geprägt von Krisen, die zumeist von der großen Frage bestimmt waren, wie es mit der europäischen Integration in Zukunft weitergehen soll. Derartige Wachstumskrisen scheinen bei einem Projekt wie der Europäischen Union beinahe unvermeidlich.[1] Trotz der Krisen und den damit einhergehenden temporären Stillständen der Integration ging der Kurs jedoch jahrzehntelang nur in eine Richtung: nach vorne.[2] Die Krisen konnten in der Regel durch Reformen und eine sich vertiefende Integration überwunden werden, wodurch die EU gestärkt aus den Krisen hervorgehen konnte.[3]

Mit der großen Rezession im Jahr 2009 und den darauffolgenden Krisen scheint diese Dynamik verloren gegangen zu sein.[4] Die europäische Integration steht seither nicht still, sondern ist eher als rückläufig zu betrachten. Die Probleme der Euro-Krise konnten nicht gänzlich gelöst werden, sozioökomische Abstiegsängste in der Bevölkerung stiegen, die Migrationskrise zeigte die Schwächen des Schengen-Systems auf und EU-kritische Stimmen im Europäischen Parlament erfuhren durch die Europawahl 2014 einen großen Zuwachs.[5]

Letzterer Punkt, welcher als Effekt der Krisen angesehen werden kann, führte zu gesteigerten Forderungen nach Renationalisierung.[6] Die europäische Integration stellt für die EU-kritischen Parteien und deren Wählerschaft keine Entlastung der Nationalstaaten mehr dar, sondern die Ursache für den Verlust nationaler Souveränität und demokratischer Legitimation. Ihrer Meinung nach sollten die Zuständigkeiten der Europäischen Union wieder auf nationalstaatliche Ebene

[1] Vgl. Karl-Josef Burkard, Europäische Integration - Strukturen, Prozesse, Probleme und Perspektiven der EU, Wiesbaden 2021, S. 131.
[2] Ebd., S. 117.
[3] Ebd., S. 131.
[4] Ebd., S. 131 f.
[5] Vgl. Daniela, Kietz/Nicolai von Ondarza, Das neue Machtgefüge im Europäischen Parlament: trotz EU-Skeptikern und Spitzenkandidatenprinzip bleibt der politische Umbruch aus, in: SWP-Aktuell, 47/2014, Berlin 2014, S. 1.
[6] Vgl. Burkard, S. 117.

zurückverlagert und supranationale Elemente abgebaut werden.[7] Den bisherigen Höhepunkt der Renationalisierung stellt der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union dar. Seither ging der Trend jedoch keinesfalls zurück, bedenkt man beispielsweise das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, wonach die polnische Verfassung über EU-Recht stehe und Teile des EU-Rechts unvereinbar mit der Verfassung Polens seien.[8] Vor diesem Hintergrund erscheint eine Vertiefung der europäischen Integration zum jetzigen Zeitpunkt als unmöglich und die Mitgliedsstaaten der EU scheinen immer weiter auseinander zu driften.

An diesem Punkt knüpft die Konferenz zur Zukunft Europas an: der ursprüngliche Gedanke des französischen Präsidenten Emmanuel Macron war, den Bürger:innen den Mehrwert der Union wieder bewusst zu machen und durch Information und Austausch, die Gesellschaft resilienter gegenüber Fehlinformationskampagnen und damit einhergehender nationaler Abschottung zu machen.[9] Darüber hinaus zielt die Konferenz auf das bestehende Demokratiedefizit der Europäischen Union ab. Durch die Konferenz als neuartiges Partizipationsinstrument soll die Legitimation der EU gestärkt werden[10], ohne dafür tiefgreifende Vertragsänderungen durchführen zu müssen, welche zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der politischen Differenzen der Mitgliedsstaaten wohl kaum möglich wären.

1.2. Herleitung und Begründung der Fragestellung

Die Konferenz zur Zukunft Europas stellt ein neues und nie dagewesenes Mittel zur Beteiligung der Bürger:innen auf Unionsebene dar. Dies ist insbesondere hinsichtlich des strukturellen Demokratiedefizits der EU und der Weiterentwicklung der Demokratie interessant.

Innerhalb dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass sowohl die Konzeption der Konferenz als auch das Management der Veranstaltungen, also die Art und Weise wie die Bürger:innen in den Partizipationsprozess eingebunden werden, relevante

[7] Ebd.
[8] Vgl. Jan Pallokat, Die Zeichen stehen auf Konfrontation, 2021.
[9] Vgl. Emmanuel Macron, Für einen Neubeginn in Europa, 2019.
[10] Vgl. Europäische Kommission, Specific Contract No COMM/2020/OP/0017-C3/01/2021, Ref. Ares(2021)4419704, 07.07.2021, S. 2.

Einflussgrößen für den Erfolg der Konferenz darstellen. Nur wenn die Konzeptionen der Konferenz und der Veranstaltungen die Potenziale schaffen, einen guten Partizipationsprozess darzustellen, kann die Konferenz einen Einfluss auf das Demokratiedefizit und damit, im Sinne von *Hooghe/Marks*, auf den Fortgang der europäischen Integration haben.[11] Es stellt sich somit die Frage, ob die Konferenz zur Zukunft Europas ein Forum schafft, welches die Bürger:innen so einbindet, dass gesellschaftliche Differenzen überbrückt werden können und mehr Zustimmung zu Reformen der EU entsteht.

Sollte bereits die Konzeption dieses Partizipationsprozesses eine gute Beteiligung der Bürger:innen verhindern, würde es sich bei der Konferenz um eine Maßnahme handeln, welche keinen Beitrag zur Bewältigung der Krisen der Union leistet und lediglich dazu dient den Bürger:innen das Gefühl zu geben beteiligt zu werden. In diesem Fall würde es sich bei der Konferenz zur Zukunft Europas um ein politisches Feigenblatt handeln, was zu der Forschungsfrage dieser Arbeit führt, ob die Konferenz zur Zukunft Europas einen Weg aus der Krise oder ein politisches Feigenblatt darstellt.

1.3. Relevanz und Mehrwert der Arbeit

Die Relevanz der Arbeit ergibt sich aus der Neuartigkeit der Konferenz. Noch nie zuvor wurde auf europäischer Ebene ein deliberativer Partizipationsprozess angestoßen, um allen Bürger:innen der Union die Möglichkeit zu geben, ihre Ideen zur Zukunft Europas einzubringen. Hieraus könnte sich eine neue Legitimationsquelle der EU entwickeln, welche möglicherweise Einfluss auf das Demokratiedefizit nehmen kann. Ein mögliches Scheitern der Konferenz aufgrund einer fehlerhaften Konzeption, könnte zu einem steigenden Vertrauensverlust der Bürger:innen in die EU führen und somit die Krisen der EU verstärken.

Neben der EU selbst stehen in dieser Arbeit auch die Organisator:innen von Veranstaltungen innerhalb der Konferenz im Fokus. Bislang gibt es keine

[11] Vgl. Liesbeth Hooghe/Gary Marks, A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, Cambridge 2008, S. 5.

detaillierte Analyse der Konzeption der Konferenz mit einem derart starken Fokus auf der Organisation von Veranstaltungen.

Diese Arbeit bietet insbesondere für die interessierte Zivilgesellschaft als auch für Veranstalter:innen innerhalb der Konferenz bzw. innerhalb deliberativer Partizipationsprozesse im Allgemeinen einen Mehrwert. Für die Zivilgesellschaft ergibt sich dieser Mehrwert aus der Beantwortung der Frage, was die persönliche Beteiligung an der Konferenz tatsächlich leisten kann und welche Hoffnungen bezüglich der potenziellen Auswirkungen der Konferenz angemessen sind. Der Mehrwert für Veranstalter:innen ergibt sich aus den Handlungsempfehlungen dieser Arbeit, welche sich auf die Organisation von Veranstaltungen im Sinne deliberativer Partizipationsprozesse beziehen.

Darüber hinaus bietet diese Arbeit auch für die Europäische Union als Organisatorin der Konferenz einen Mehrwert hinsichtlich vergebener Potenziale und Handlungsempfehlungen für den Fall einer Weiterführung der Konferenz.

1.4. Eingrenzung der Arbeit

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit erstreckt sich von Beginn der Konferenz im April 2021 bis zum 31. Dezember 2021.

Diese Arbeit analysiert die Struktur und den Prozess der Konferenz zur Zukunft Europas. Eine inhaltliche Analyse der Ergebnisse wird nicht vorgenommen. Der Fokus dieser Analyse liegt auf der digitalen Plattform, den europäischen Bürgerforen und den Veranstaltungen der Konferenz.

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit noch nicht abgeschlossen, weshalb keine Aussagen über die Ergebnisse der Konferenz und deren Umsetzung getroffen werden können. Stattdessen wird hierbei untersucht, welche Potenziale die Konferenz eröffnet und Empfehlungen dazu abgegeben, inwiefern sich die Konzeption der Konferenz im Falle einer Weiterführung verändern sollte.

1.5. Beschreibung und Begründung der Vorgehensweise

Zu Beginn dieser Arbeit wird sowohl die Entstehung als auch das Verfahren der Konferenz dargestellt. Hierbei werden die Ziele der Konferenz identifiziert und die einzelnen Bestandteile der Konferenz dargestellt. Darauf folgt das Kapitel zu den demokratietheoretischen Hintergründen dieser Arbeit, welches die Grundlage für die Analyse des möglichen Einflusses der Konferenz auf die Legitimation der EU und das Demokratiedefizit sowie den Fortgang der europäischen Integration darstellt. Um die Konferenz als Partizipationsprozess hinsichtlich dieser Aspekte untersuchen zu können, wird darauffolgend der Begriff „politische Partizipation" definiert, sowie die potenziellen Mehrwerte partizipatorischer Instrumente dargestellt, mit Fokus auf deliberativen Partizipationsinstrumenten. Im Anschluss werden Kriterien aufgestellt, welche für einen erfolgreichen deliberativen Partizipationsprozess vorausgesetzt werden. Bevor die Konferenz anhand dieser Kriterien analysiert wird, folgen die Kapitel zur Methodik der Arbeit sowie die zu untersuchenden Hypothesen. Auf die Analyse der Konferenz hinsichtlich der aufgestellten Kriterien guter Partizipation sowie der Untersuchung der Hypothesen folgt die Diskussion der Ergebnisse hinsichtlich deren Einfluss auf die Überbrückung gesellschaftlicher Differenzen, die Zustimmung zu Reformen der EU, die Verbesserung der Input-Legitimität sowie die Stärkung der repräsentativen Demokratie durch deliberative Partizipationsinstrumente.

2. Die Konferenz zur Zukunft Europas

2.1. Hintergründe der Konferenz

Zur Beantwortung der Forschungsfrage ist es notwendig die Hintergründe beziehungsweise die Entstehungsgeschichte der Konferenz zur Zukunft Europas darzustellen, um daraus die Ziele der Konferenz ableiten zu können.

Die ursprüngliche Idee der Konferenz zur Zukunft Europas ist auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron zurückzuführen. Der am 4. März 2019 veröffentliche Artikel „For European renewal" kann als ausschlaggebend für die Entwicklung der Konferenz angesehen werden. In seinem Artikel forderte Macron die Schaffung einer europäischen Konferenz, innerhalb derer alle erforderlichen Änderungen für die Europäische Union einschließlich einer Überarbeitung der Verträge vorgeschlagen werden können.[12] Die Forderung wurde anhand des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union begründet, welcher ein Symbol für die Krise in Europa darstelle. Die Schutzbedürfnisse der Völker Europas seien nicht angemessen berücksichtigt worden, wodurch die Wut der Menschen mittels Fehlinformationen ausgenutzt werden konnte, was zu einer nationalistischen Abschottung und somit Gefahr für die Europäische Union geführt habe. Der Grundgedanke der Konferenz war demnach die Verhinderung von Manipulationen der Bevölkerung und die Schaffung eines Bewusstseins für den Mehrwert der Union. Das europäische Projekt benötige hierfür nach Macron einen Neubeginn, welcher sich an den drei Ambitionen Freiheit, Schutz und Fortschritt orientieren solle.[13]

Neben Emmanuel Macron vertrat auch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Ansicht, dass die Demokratie in Europa neuen Schwung benötige. In ihrer Bewerbungsrede zur Kommissionspräsidentin am 16. Juli 2019 griff sie die Idee einer Zukunftskonferenz auf und kündigte an, diese im Falle ihrer Wahl im

[12] Vgl. Macron 2019.
[13] Ebd.

Jahr 2020 für eine Dauer von zwei Jahren durchzuführen.[14] Innerhalb der Konferenz sollen die Bürger:innen der Europäischen Union eine führende und aktive Rolle einnehmen, um die Zukunft der Union mitzugestalten.[15]

In der Folge sprachen sich eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland, Frankreich[16] und Italien[17], sowie alle EU-Institutionen[18] für die Idee einer Konferenz mit Beginn im Winter 2019/2020 aus. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 führte zu einer Verzögerung des Prozesses, der ursprünglich am 9. Mai 2020 beginnen sollte.[19] Die Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen, welche die EU zur Bewältigung der sozioökonomischen Folgen ergriff, führten ebenfalls zu der Forderung des Europäischen Parlaments[20], Deutschlands und Frankreichs[21] sowie der Kommission[22] nach einer Konferenz über die Zukunft Europas. Daher verständigten sich die EU-Institutionen im Jahr 2020 auf den Plan der Konferenz.[23]

Der eigentliche Umsetzungsprozess begann daraufhin mit der Gemeinsamen Erklärung über die Konferenz zur Zukunft Europas durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli, den Ratsvorsitzenden António Costa und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 10. März 2021.[24] In der

[14] Vgl. Ursula von der Leyen, Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments, 2019, S. 2.
[15] Ebd.
[16] Vgl. Conference on the Future of Europe: Franco-German non-paper on key questions and guidelines, 25.09.2019.
[17] Vgl. Italian Non-Paper for the Conference on the Future of Europe, 14.02.2020.
[18] Vgl. General Secretariat of the Council, Conclusions, EUCO 28/19, 12.12 2019, Abs. 14; Europäisches Parliament, European Parliament resolution of 15 January 2020 on the European Parliament's position on the Conference on the Future of Europe, P9_TA(2020)0010, 15.01.2020; Rat der Europäischen Union. Conference on the Future of Europe: Draft Council Position, Doc. 5675, 03.02.2020.
[19] Vgl. Julian Rappold, Verlängerung für die Konferenz zur Zukunft Europas; in: Berlin Policy Journal, 2020.
[20] Vgl. Europäisches Parlament, European Parliament resolution of 17 April 2020 on EU coordinated action to combat the COVID-19 pandemic and its consequences (2020/2616(RSP)), 17.04.2020, Nr. 72.
[21] Vgl. French-German Initiative for the European Recovery from the Coronavirus Crisis, 18.05.2020.
[22] Vgl. Europäische Kommission, Communication - Europe's Moment: Repair and Prepare for the Next Generation', COM(2020)456, 27.05.2020, Abs. 15.
[23] Vgl. Rat der Europäischen Union, Conference on the Future of Europe: Council Position, Doc. 9102/20, 24.06.2020, Abs. 2.
[24] Vgl. Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission, Joint Declaration on the Conference on the Future of Europe – Engaging with Citizens for Democracy, 10.03.2021, S. 1.

dazugehörigen Pressemitteilung wurde das Ziel der Konferenz folgendermaßen beschrieben:

> *„Ziel der Konferenz ist es, die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Gestaltung politischer Strategien der EU zu beteiligen und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber wirtschaftlichen und sanitären Krisen zu verbessern. Damit wird ein neues öffentliches Forum für eine offene, inklusive, transparente und strukturierte Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas über Themen, die sie bewegen und ihren Alltag beeinflussen, geschaffen."*[25]

Auf die Gemeinsame Erklärung folgte schlussendlich die Inbetriebnahme der mehrsprachigen digitalen Plattform zur Konferenz am 19. April 2021 und die Eröffnung der Konferenz am 9. Mai 2021.[26] Trotz der Verzögerungen wurde das Ende der Konferenz nicht nach hinten verschoben, wodurch die Konferenz faktisch nur ein Jahr andauert.

Zwischenergebnis:

Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde als Reaktion auf den Brexit initiiert, welcher hierbei stellvertretend für die Krisen der EU steht. Das Ziel dieses neuen Instruments der Bürgerbeteiligung ist es, die Bürger:innen über ein stärkeres Bewusstsein für den Mehrwert der Union näher an sie zu binden und somit Manipulationen der Bevölkerung zu verhindern. Hierfür sollen die Schutzbedürfnisse der Bevölkerung durch Partizipation identifiziert und neue Wege zur Weiterentwicklung der EU aufgezeigt werden.[27] Bei den Zielen der Konferenz handelt es sich demnach um weiche Zielsetzungen, welche grundsätzlich nicht auf institutionelle Reformen abzielen. Ein weiteres Indiz hierfür ist, dass ein Großteil der Mitgliedsstaaten im Rat versuchte, Diskussionen über Vertragsänderungen in der Konferenz zu verhindern.[28]

---

[25] Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission, Konferenz über die Zukunft Europas: Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie – Aufbau eines resilienteren Europas, Pressemitteilung, 10.03.2021.
[26] Vgl. Konferenz zur Zukunft Europas Tätigkeitsbericht März-Juni 2021, S. 3.
[27] Vgl. Nicolai von Ondarza/Minna Alander, Die Konferenz zur Zukunft Europas – Herausforderungen und Erfolgsbedingungen für einen Reformimpuls, der über Krisenmanagement hinausreicht; in: SWP Aktuell Nr. 20 März 2021, Berlin 2021, S. 2.
[28] Ebd.

2.2. Das Verfahren der Konferenz

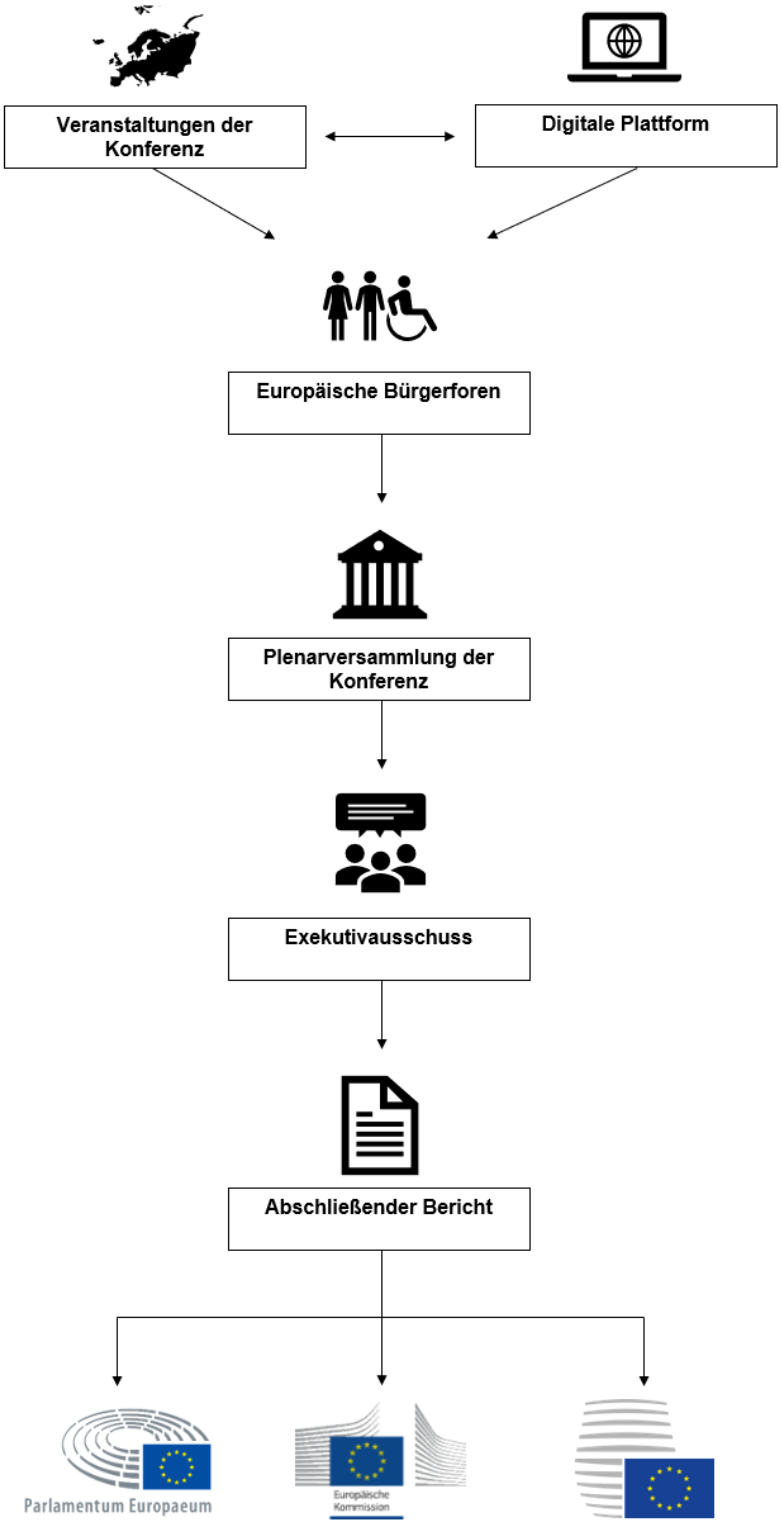

Abbildung 1: Das Verfahren der Konferenz
(eigene Darstellung)

Das in Abb. 1 dargestellte Verfahren der Konferenz stellt einen zentralen Aspekt für die Analyse der Konferenz als Partizipationsprozess dar, da die Konzeption des Verfahrens die Potenziale und den möglichen Ausgang des Prozesses maßgeblich beeinflussen. Um die Forschungsfrage beantworten zu können, wird daher im Folgenden sowohl das Verfahren als auch die einzelnen Bestandteile der Konferenz dargestellt.

Die Konferenz wird durch die Gemeinsame Erklärung als ein nach dem Bottom-up-Ansatz geführter Prozess beschrieben, welcher an alle Bürger:innen der Union gerichtet ist.[29] Den Kern der Konferenz stellen hiernach die europaweit organisierten Veranstaltungen und die interaktive mehrsprachige digitale Plattform dar. Neben dem partizipativen Bottom-Up-Rahmen besteht gemäß der Gemeinsamen Erklärung ebenfalls eine Top-Down-Entscheidungsstruktur.[30] Diese resultiert aus dem gemeinsamen Vorsitz der Konferenz, in welchem das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission durch ihre jeweiligen Präsidenten vertreten werden.[31]

Die Veranstaltungen der Konferenz können sowohl als virtuelle oder physische Veranstaltungen auf europäischer, nationaler, transnationaler oder regionaler Ebene stattfinden.[32] Um Veranstaltungen auf europäischer Ebene sicherzustellen, verpflichten sich die Organe der Union zur Organisation von europäischen Bürgerforen. Der Fokus bezüglich der Teilnehmenden liegt auf den Bürger:innen der Union, wobei junge Europäer:innen eine zentrale Rolle einnehmen sollen. Darüber hinaus können sowohl europäische, nationale, regionale und lokale Behörden als auch die Zivilgesellschaft und andere Organisationen Veranstaltungen organisieren.[33] Gemäß der Konferenzcharta soll bei derartigen Veranstaltungen gewahrt sein, dass die Bürger:innen den Mittelpunkt der Veranstaltung darstellen und sie die Möglichkeiten erhalten ihre Meinung frei zu äußern.

[29] Vgl. Joint Declaration, S. 2.
[30] Vgl. Federico Fabbrini, The Conference on the Future of Europe: Process and prospects, 2021, S. 7.
[31] Ebd.
[32] Ebd.
[33] Vgl. https://futureu.europa.eu/pages/about?locale=de (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).

Die Gesamtheit aller im Zusammenhang mit der Konferenz organisierten Veranstaltungen soll innerhalb der digitalen Plattform gesammelt, analysiert, überwacht und veröffentlicht werden.[34]

a. Die europäischen Bürgerforen

Die europäischen Bürgerforen bestehen aus jeweils 200 Bürger:innen, wobei aus jedem Mitgliedsstaat mindestens eine Frau und ein Mann vertreten sein sollen.[35] Die dort vertretenen Bürger:innen sollen die Diversität der Europäischen Union hinsichtlich der geografischen Herkunft, ihres Alters, Geschlechts, sozioökonomischen Hintergrunds und Bildungsniveaus widerspiegeln.[36] Hierfür werden die Bürger:innen zufällig ausgewählt, was damit begründet wurde, dass die Kommission bei früheren Veranstaltungen häufig auf die Vertretungen und Europe Direct Zentren in den Mitgliedsstaaten zurückgriff, um die Teilnehmenden auszuwählen. Hierbei zeigte sich, dass der Teilnehmendenkreis überwiegend aus Personen mit einem starken Interesse an EU-Angelegenheiten und einem hohen Bildungsniveau bestand, was im Zuge der Konferenz vermieden werden solle.[37]

Die vier Foren finden alle im Zeitraum von Herbst 2021 bis Frühjahr 2021 statt[38], wobei ein Forum sich jeweils mit einem der folgenden Themen befasst:

1. Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit;
2. Klimawandel und Umwelt/Gesundheit;
3. Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, und Sport/Digitaler Wandel; und
4. die EU in der Welt/Migration.[39]

[34] Vgl. Joint Declaration, S. 2.
[35] Vgl. Praktische Modalitäten der Europäischen Bürgerforen, S. 1.
[36] Vgl. Joint Declaration, S. 2.
[37] Vgl. Europäische Kommission 2021b, S. 3.
[38] Vgl. Praktische Modalitäten der Europäischen Bürgerforen, S. 3.
[39] Vgl. https://futureu.europa.eu/pages/about-panels (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).

Das Ergebnis der Bürgerforen stellt einen spezifischen Bericht dar, welcher auf den Ideen der Bürger:innen basiert und einen detaillierten Überblick über den Inhalt der Diskussionen, sowie die Argumentationslinien und Debatten beinhalten soll.

b. Die Plenarversammlung der Konferenz

Die Plenarversammlung setzt sich aus 108 Vertretern des Europäischen Parlaments, 54 Vertretern des Rates, drei Vertretern der Europäischen Kommission sowie 108 Vertretern aller nationalen Parlamente zusammen. Darüber hinaus sollen 108 Bürger:innen teilnehmen, um die Ergebnisse der Bürgerforen zu präsentieren, wovon 80 Personen Vertreter:innen der Bürgerforen darstellen, welche zu mindestens einem Drittel unter 25 Jahre alt sind. Etwa 18 Vertreter des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie weitere acht Vertreter der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft nehmen ebenfalls an der Plenarversammlung teil, während der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik eingeladen wird, wenn es um die internationale Rolle der EU geht.[40]

Die Plenarversammlung der Konferenz soll sicherstellen, dass die innerhalb der Bürgerforen und der digitalen Plattform diskutierten Ideen erörtert werden[41] und alle sechs Monate stattfinden.[42] Das Ergebnis der Plenarversammlungen stellt einen Bericht an den Exekutivausschuss dar, auf dessen Grundlage das Plenum gemeinsam mit dem Exekutivausschuss einen abschließenden Bericht erstellt, welcher auf der digitalen Plattform veröffentlicht werden soll.[43]

c. Der Exekutivausschuss

Der Exekutivausschuss setzt sich aus einer Vertretung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäische Kommission mit jeweils drei Vertretern

[40] Ebd.
[41] Vgl. Joint Declaration, S. 3.
[42] Vgl. https://futureu.europa.eu/pages/panels?locale=de (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[43] Ebd.

und bis zu vier Beobachtern zusammen. Die drei Vorsitzenden der Conférence des Organes Spécialisés dans les Affaires Communautaires (COSAC) nehmen als Beobachter teil. Sollten die Themenbereiche des Ausschusses der Regionen, des Wirtschafts- und Sozialausschusses oder weiterer EU-Institutionen und Sozialpartner betroffen sein, können diese ebenfalls als Beobachter eingeladen werden.[44]

Die Aufgaben des Ausschusses bestehen darin, den gemeinsamen Bericht mit der Plenarversammlung zu verfassen, den gemeinsamen Vorsitz zu informieren, die Verfahren der Konferenz zu überwachen und die Plenarsitzungen vorzubereiten.[45]

Das endgültige Ergebnis der Konferenz stellt einen Bericht an den gemeinsamen Vorsitz dar. Auf Grundlage dieses Berichts sollen das Parlament, der Rat und die Kommission im Rahmen ihrer Kompetenzen prüfen, „wie ein effektives weiteres Vorgehen im Anschluss an den Bericht zu gestalten sein wird“[46].

[44] Vgl. Joint Declaration, S. 3.
[45] Ebd.
[46] Ebd.

3. Demokratietheoretische Hintergründe der Analyse

3.1. Legitimation der Europäischen Union im Wandel

Im Folgenden wird dargestellt, wie die Europäische Union demokratisch legitimiert ist. Diese Darstellung ist notwendig, um die möglichen Auswirkungen der Konferenz auf die Legitimation der EU zu untersuchen. Darüber hinaus wird beleuchtet, inwiefern sich die Auffassung der Wissenschaft bezüglich der Legitimation der EU im Laufe der Zeit veränderte.

Demokratie bedeutet gemäß der Gettysburg-Formel von Abraham Lincoln „government of the people, by the people, and for the people".[47] Die Europäische Union als supranationaler Verbund ist kein Staat, weshalb zwischen den Anforderungen an demokratische Strukturen auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene unterschieden werden muss.[48] Aufgrund des supranationalen Charakters der EU und der damit einhergehenden Herrschaftsgewalt, stellt sich die Frage inwiefern diese demokratisch legitimiert ist.[49] Der Begriff Legitimation zielt auf das Verhältnis zwischen den Bürger:innen und den politischen Institutionen ab.[50] Demokratische Legitimation bedeutet der herrschenden Meinung nach die gerechtfertigte Herleitung politischer Herrschaft von Menschen über Menschen, welche den Willensentscheidungen des Volkes entspringen muss.[51] Diese Willensentscheidungen müssen in liberalen Systemen über „freiwillige, im demokratischen Prozess erzeugte und die Pluralität der Gesellschaft respektierende Instrumente und Verfahren"[52] stets neu eingeholt

[47] Vgl. Gabor Boritt, The Gettysburg Gospel: The Lincoln Speech That Nobody Knows, New York 2005, S. 290.
[48] Vgl. Rainer Bollmohr, Das Demokratiedefizit der EU nach dem Vertrag von Lissabon – Der Einfluss der erweiterten Kompetenzen der nationalen Parlamente am Beispiel des deutschen Bundestags, 2. Auflage, Baden-Baden 2018, S. 15; Andrea Kirsch, Demokratie und Legitimation in der Europäischen Union, Baden-Baden 2008, S. 38.
[49] Vgl. Selma Cilo, Europäische Bürgerinitiative und demokratische Legitimität der EU, 1. Auflage, Hamburg 2014, S. 11.
[50] Vgl. Gabriele Abels, Legitimität, Legitimation und das Demokratiedefizit der Europäischen Union, in: Becker, Peter/Lippert, Barbara (Hrsg.), Handbuch Europäische Union, Wiesbaden 2020, S. 177.
[51] Vgl. Cilo, S. 9.
[52] Abels, S. 177.

werden, um die Anerkennung der politischen Ordnung zu sichern. Dies geschieht in repräsentativen Demokratien überwiegend über kompetitive Wahlen.[53]

In supranationalen Verbunden wie der Europäischen Union ergibt sich hieraus „eine zweistufige Legitimationsbeziehung“[54], da neben den Bürger:innen auch die Mitgliedsstaaten die Union durch ihre Beteiligung am Policy Prozess und der Umsetzung des Unionsrechts legitimieren müssen.[55] Die Legitimation durch die Bürger:innen erfolgt in der Europäischen Union überwiegend über die direkten Wahlen des Europäischen Parlaments. Die Legitimation der Mitgliedsstaaten lässt sich zum einen aus der Übertragung von Hoheitsrechten an die EU ableiten und zum anderen über deren Teilhabe im Rat, welcher wiederum personell und sachlich über die nationalen Parlamente legitimiert ist.[56] Aus der zweistufigen Legitimationsbeziehung resultiert eine Interdependenz zwischen den nationalen und europäischen Legitimationsprozessen.[57] Die Legitimation der europäischen öffentlichen Gewalt kann demnach nur durch ein Zusammenspiel beider Legitimationsstränge erfolgen. Wie in Kapitel 4 vertieft dargestellt wird, führt die Ergänzung einer repräsentativen Demokratie, welche überwiegend über die Wahl von Parlamenten legitimiert wird, durch deliberative und partizipative Elemente zu einer Stärkung der Input-Legitimität.[58] Demnach handelt es sich bei deliberativen und partizipativen Instrumenten um weitere Legitimationsquellen der Demokratie.

Der Begriff „Input-Legitimität“ entstammt der Demokratietheorie nach *Fritz Scharpf* aus dem Jahr 1999. *Scharpf* unterscheidet hierbei zwischen Input- und Output-Legitimation.[59] Die input-orientierte Legitimation bezieht sich hinsichtlich der Gettysburg-Formel auf den Teilaspekt „government of the people“. Sie zielt demnach darauf ab, dass die Bürger:innen beim Zustandekommen von Entscheidungen mitwirken können. Eine output-orientierte Legitimation

[53] Ebd.
[54] Fritz W. Scharpf, Legitimität im europäischen Mehrebenensystem, in: Leviathan 37, Wiesbaden, 2009, S. 252.
[55] Vgl. Abels, S. 177.
[56] Vgl. Kirsch, S. 92.
[57] Vgl. Cilo, S. 14.
[58] Vgl. Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit.
[59] Vgl. Gabriele Abels/Annegret Eppler/Jennifer Träsch, Zum „Demokratiedefizit“ der EU – und wie es sich (nicht) abbauen lässt, in: Der Bürger im Staat – Europa konkret – Wie die EU funktioniert, Heft 3-2010, 2010, S. 256.

(„government for the people“) liegt vor, wenn die Entscheidungen tatsächlich zu gemeinwohldienenden Lösungen führen. Die Balance der Input- und Output-Legitimation stellt einen zentralen Aspekt von Demokratien dar.[60]

Scharpfs Unterscheidung in zwei Legitimationsquellen wird heutzutage nicht mehr als ausreichend angesehen.[61] Die Theorie wurde daher durch die Throughput-Legitimation ergänzt. Diese dritte Legitimationsquelle bezieht sich auf die Qualität des Entscheidungsprozesses, wobei Aspekte wie die Zurechenbarkeit von Entscheidungen oder die Transparenz des Prozesses berücksichtigt werden.[62]

Die Demokratietheorien unterscheiden sich hinsichtlich der Frage, welche Bedingungen neben einem Mindestmaß an Partizipation durch die Bürger:innen notwendig sind. Der Ursprung der Debatte um ein mögliches Legitimationsproblem der EU entstammt der Ablehnung des Maastrichter Vertrages durch die dänische Bevölkerung im Zuge einer Volksabstimmung im Jahr 1992.[63] Die Politisierung der EU durch Maastricht führte bei den Bürger:innen zu einem stärkeren Bewusstsein für den Einfluss der Union auf ihr alltägliches Leben.[64] Die Steigerung des Bewusstseins führt zu der Annahme, dass die Bürger:innen auch das Demokratiedefizit der EU als bedeutsam erachten, woraus ein Legitimationsproblem entsteht.[65]

Zuvor wurde von einem permissiven Konsens nach *Lindberg und Schöngold* ausgegangen.[66] Demnach habe die Bevölkerung ihre Zustimmung zur EU und ihren nationalstaatlichen Akteuren in Brüssel durch Schweigen zum Ausdruck gebracht, weshalb eine aktive Beteiligung nicht nötig gewesen sei.[67] Fraglich ist, ob der Zustand des permissiven Konsenses in der Vergangenheit tatsächlich existierte.

---

[60] Ebd.
[61] Vgl. Andreas Wimmel, Die demokratische Legitimität europäischen Regierens: ein Labyrinth ohne Ausgang?, in: integration, Baden-Baden 2008, S. 49.
[62] Vgl. Abels/Eppler/Träsch, S. 256.
[63] Ebd.
[64] Vgl. Abels/Eppler/Träsch, S. 256; Dieter Fuchs, Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa, Berlin 2002, S. 7; Michael Zürn, Zur Politisierung der Europäischen Union; in: Politische Vierteljahresschrift 47, Wiesbaden 2006, S. 246.
[65] Vgl. Fuchs, S. 7.
[66] Vgl. Leon N. Lindberg/Stuart A. Scheingold, Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community, Prentice Hall 1970, S. 41.
[67] Ebd.

Van der Eijk und Franklin gehen stattdessen davon aus, dass es sich bei der Bevölkerung um einen „sleeping giant" handelt, welcher erwacht, sobald ihm eine Wahlmöglichkeit gegeben wird.[68] Demnach resultiert das Schweigen der Vergangenheit aus einem Mangel an Partizipationsmöglichkeiten und bringt keine Zustimmung zum Ausdruck.

Unabhängig davon, welche der Theorien bis 1992 tatsächlich zutreffend war, zeigte sich im Zuge des irischen Referendums zum Vertrag von Nizza 2001 und der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch die französische und niederländische Bevölkerung im Jahr 2005, dass die Wählerschaft zu einer sichtbaren und relevanten Größe im Integrationsprozess wurde.[69] *Hooghe und Marks* beschreiben die Zeit ab 1991 daher als „constraining dissensus".[70] Die künftige Integration wird demnach zunehmend von der kritischeren Haltung der Öffentlichkeit beeinflusst und ist damit nicht mehr allein von den Interessen der politischen Entscheidungsträgern abhängig.

3.2. Demokratietheorien

Im Folgenden werden verschiedene Demokratietheorien dargestellt. Diese Darstellung ist notwendig, um im Ergebnisteil der Arbeit analysieren zu können, inwiefern sich die Konferenz auf das Verhältnis zwischen den Bürger:innen und der EU auswirken kann.

Demokratietheorien beschreiben grundsätzlich das Verhältnis zwischen den Bürger:innen und dem Staat auf der Basis der Gettysburg-Formel.[71] Während diese Grundannahme von allen Demokratietheorien geteilt wird, unterscheiden sie sich

[68] Vgl. Cees van der Eijk/Mark N. Franklin, Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe, in: Marks, Gary/Steenbergen, Marco R. (Hrsg.), European Integration and Political Conflict, Cambridge 2004, S. 47.
[69] Vgl. Simone Weske, Europapolitik im Widerspruch – Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten, Wiesbaden 2011, S. 22.
[70] Vgl. Hooghe/Marks, S. 5.
[71] Vgl. Boritt, S. 290.

hinsichtlich der Frage, wie die Beziehung zwischen dem Staat und den Bürger:innen gestaltet wird.[72]

Gemäß Artikel 10 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) bekennt sich die EU zur repräsentativen Demokratie.[73] Neben der repräsentativen Form der Demokratie bestehen weitere demokratische Ausdrucksformen, wie die deliberative und die partizipative Demokratie. Laut der EU-Kommission werde die repräsentative Demokratie durch die deliberative und partizipative Demokratie herausgefordert, was auf die neuen Rahmenbedingungen in Gesellschaft und Kommunikation zurückzuführen sei.[74] Trotz allem erkennt die Kommission an, dass durch die Ergänzung partizipativer und deliberativer Instrumente, die repräsentative Demokratie gestärkt werden kann.[75]

a) Repräsentative Demokratie

In einer repräsentativen Demokratie gehen die politischen Entscheidungen und die Kontrolle der Exekutive nicht unmittelbar vom Volk aus, sondern erfolgen über ein Parlament als Volksvertretung.[76] Gemäß des repräsentativen Demokratiemodells wird die Partizipation der Bürger:innen daher in Teilen der Literatur als ausreichend verwirklicht angesehen, wenn die Wahl und Abwahl der Regierenden möglich ist und eine pluralistische Interessensvermittlung sowie Parteienkonkurrenz besteht.[77] Der Rückgang dieser konventionellen Beteiligung, kann jedoch durch Elemente der partizipativen und deliberativen Demokratie ausgeglichen werden.[78]

[72] Vgl. Steffen Albrecht, Reflexionsspiele – Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet, Bielefeld 2010, S. 35.
[73] Vgl. Vertrag über die Europäische Union, Konsolidierte Fassung vom 26.10.2012 (C 326/13).
[74] Vgl. Europäische Kommission, Reaching out to Citizens Report, 2017, S. 10.
[75] Vgl. Kapitel 4.3. der vorliegenden Arbeit.
[76] Vgl. Klaus Schubert/Martina Klein, Repräsentative Demokratie, in: Das Politiklexikon, 7. Aufl., Bonn 2020.
[77] Vgl. Beate Rosenzweig/Ulrich Eith, Mehr Demokratie durch Partizipation? – Aktuelle demokratietheoretische Debatten, in: Politische Partizipation in Europa, Heft 62-2011, 2011, S. 10 f.
[78] Vgl. Wolfgang Merkel/Alexander Petring, Partizipation und Inklusion, in: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, S. 20.

b) Partizipative Demokratie

Die partizipative Demokratietheorie sieht Wahlen lediglich als eine von vielen demokratischen Methoden an und verlagert ihre „Aufmerksamkeit auf die über Wahlen hinausgehenden partizipativen Elemente von Demokratien."[79] Die partizipative Demokratie zielt auf eine weitaus umfassendere und direktere Beteiligung der Bürger:innen hinsichtlich politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ab, als die deliberative Demokratie.[80]

c) Deliberative Demokratie

Der Begriff deliberativ stammt vom lateinischen Wort deliberare ab und bedeutet sich mit jemandem zu beraten.[81] Die Theorie der deliberativen Demokratie zielt demnach auf eine stärker dialog-basierte Demokratie ab.[82] Nach *Levine et. al.* stärkt die deliberative Demokratie die Stimme der Bürger:innen in der Politik, indem sie Menschen aller Schichten, Herkünfte, Altersgruppen und Regionen in die Beratungen einbezieht, die sich auf öffentliche Entscheidungen auswirken.[83] Die Theorie der deliberativen Demokratie wurde in den 80er Jahren maßgeblich durch Jürgen Habermas beeinflusst. Nach *Habermas* stelle die politische Öffentlichkeit in einer deliberativen Demokratie die Arena „für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme"[84] dar. Die Aufgabe des Staates ist demnach die Umwandlung der durch Kommunikation hergestellten Macht der Öffentlichkeit in administrative Macht[85], welche jedoch nicht selbst herrschen, sondern die administrative Macht lediglich in bestimmte Richtungen lenken kann.[86]

---

[79] Brigitte Geißel, Partizipative Demokratietheorie und Kritik, in: Riescher, Giesela/Rosenzweig, Beate/Meine, Anna (Hrsg.), Einführung in die Politische Theorie, Grundlagen – Methoden – Debatten, Stuttgart 2020, S. 182.
[80] Ebd.
[81] Vgl. https://de.langenscheidt.com/latein-deutsch/deliberare (zuletzt abgerufen am 28.12.2021).
[82] Vgl. Peter Levine/John Gastil/Archon Fung, Future Directions for Public Deliberation, in: Journal of Public Deliberation, Volume 1, Issue 1, Article 3, 2005, S. 1.
[83] Ebd.
[84] Jürgen Habermas, Die Einbeziehung des Anderen - Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a.M. 1999, S. 291.
[85] Vgl. Albrecht, S. 38.
[86] Vgl. Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M. 1998, S. 364.

Bei der Konferenz zur Zukunft Europas handelt es sich demnach um ein Instrument der deliberativen Demokratie. Die Hauptbestandteile der Konferenz stellen Dialoge und Verhandlungen dar, welche weder innerhalb des Parlaments stattfinden noch zu einer konkreten Entscheidungsfindung durch die Teilnehmenden führen.[87]

3.3. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union

Das Demokratiedefizit der EU wurde in der Literatur bereits in einer kaum überschaubaren Menge diskutiert. Im Folgenden sollen die Ursprünge dargestellt und die verschiedenen Theorien zum Abbau des Demokratiedefizits verglichen werden. Diese Darstellung ist notwendig, um untersuchen zu können, inwiefern das Demokratiedefizit sich abbauen lässt und welchen Beitrag die Konferenz dazu leisten kann.

Die Debatte um das Demokratiedefizit der EU lässt sich grundsätzlich in die zwei Thesen des institutionellen und des strukturellen Demokratiedefizits unterscheiden.[88] Die These des institutionellen Demokratiedefizits befasst sich mit der demokratischen Qualität der EU am Maßstab einer parlamentarischen Demokratie. Um dieses Defizit verringern zu können, sollen klarere politische Verantwortlichkeiten geschaffen werden, wodurch beispielsweise auch das Abwählen eines EU-Politikers ermöglicht werden soll.[89] Grundsätzlich zielt diese These auf die Schwäche des Parlaments ab, welches demnach gegenüber dem Rat und der Kommission gestärkt werden sollte.[90]

Vertreter der These des strukturellen Defizits kritisieren, dass der EU sowohl eine gemeinsame Öffentlichkeit als auch gemeinsame Erfahrungswerte fehlen, welche nicht durch Reformen der EU-Institutionen geschaffen werden können.[91] Um dieses Defizit beheben zu können, müsste die EU daher Kompetenzen an die nationale

[87] Vgl. Kapitel 2.2. der vorliegenden Arbeit.
[88] Vgl. Julia Plottka/Nicola Rebman, Demokratiedefizit, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang/Tekin, Funda (Hrsg.), 15. Auflage, Wiesbaden 2020, S. 128.
[89] Ebd.
[90] Vgl. Paula Lamoso Gonzalez, COSAC's (untapped) potential, in: Deliberative Democracy in the EU – Countering Populism with Participation and Debate, Brussel 2020, S. 187.
[91] Vgl. Plottka/Rebman, S. 128.

Ebene zurückgeben.[92] Darüber hinaus stelle die Sprachenvielfalt der EU eines der größten Hindernisse zur Schaffung europäischer Öffentlichkeit dar.[93]

Schäfer teilt die unterschiedlichen Meinungen zum Demokratiedefizit in vier Kategorien auf, welche hinsichtlich des Kriteriums, ob eine Demokratisierung der EU möglich ist, wiederum in zwei Lager aufgeteilt werden können.[94] Das zweite Kriterium, welches Schäfer ansetzt, bezieht sich auf die Frage, ob eine Demokratisierung erstrebenswert sei.

		Demokratisierung möglich	
		Ja	Nein
Demokratisierung erstrebenswert	Ja	**Optimisten**	**Pessimisten**
	Nein	**Apologeten**	**Fatalisten**

Quelle: Schäfer 2006, S.351.

Schäfers Modell beinhaltet somit hinsichtlich der Optionen zum Abbau des Demokratiedefizits lediglich die Vorschläge der Optimisten, entweder institutionelle Reformen zu schaffen, wodurch die EU sich zu einem parlamentarischen Zwei-Kammersystem entwickeln würde, oder die EU auf Grundlage der deliberativen Demokratietheorie weiterzuentwickeln.[95] Diese Ansicht wird in Deutschland unteranderem von *Bollmohr* vertreten, welcher die Hintergründe für das Demokratiedefizit auf „zu wenig Bürgerbeteiligung infolge mangelnder Transparenz und eine unzureichende Legitimation der Institutionen der Europäischen Union“ reduziert.[96] Demnach liege die Problematik des Demokratiedefizits überwiegend im Bereich der Input- und Throughput-Legitimation.

[92] Ebd.
[93] Vgl. Dieter Grimm, Braucht Europa eine Verfassung?, München 1995, S. 42.
[94] Vgl. Armin Schäfer, Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union, in: Leviathan 34(3), Wiesbaden 2006, S. 351.
[95] Ebd. S. 353 f.
[96] Bollmohr, S. 73.

4. Partizipationstheoretische Hintergründe der Analyse

4.1. Definition „Politische Partizipation“

Politische Partizipation nach *Kaase* umfasst alle „Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“[97]. *Woykes* Definition ergänzt, dass dies sowohl durch Gruppen als auch durch einzelne Bürger:innen möglich ist.[98] Nach *Große Hüttmann* lässt sich zwischen zwei Arten der politischen Partizipation unterscheiden.[99] Demnach gebe es zum einen die in der Verfassung festgeschriebenen Partizipationsmöglichkeiten wie Wahlen oder Referenden zu bestimmten Sachfragen („verfasste Partizipation“) und zum anderen die „unkonventionelle Partizipation“, welche nicht in der Verfassung festgeschrieben ist und beispielsweise Bürgerinitiativen oder auch politisch motivierte Hausbesetzungen umfasst.[100] Aufgrund des Mangels einer Verfassung sind die Begrifflichkeiten nicht direkt auf die Europäische Union anwendbar. Inhaltlich kann die Unterscheidung in formelle und informelle Partizipationsmöglichkeiten jedoch auch auf das europäische Mehrebenensystem angewandt werden.

Benighaus et. al. beziehen in ihrer Definition des Begriffs Bürgerbeteiligung ebenfalls die formellen und informellen Verfahren mit ein.[101] Demnach verstehe man unter Bürgerbeteiligung alle Verfahren und Prozesse, „bei denen Personen außerhalb der politischen Mandatsträger oder der ihnen zugeordneten Behörden und Institutionen an der kollektiv wirksamen Willens- und Entscheidungsfindung aktiv mitwirken.“[102] Die Definition von *Benighaus et. al.* dient zur Abgrenzung zwischen den Begriffen politische Partizipation und Bürgerbeteiligung, wonach

[97] Max Kaase, Partizipation, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1. Politikwissenschaft. Theorien - Methoden - Begriffe. Nation-building – Zweiparteiensystem, Zürich/München 1986, S. 682.
[98] Vgl. Wichard Woyke, Politische Partizipation, in: Andersen, Uwe/Bogumil, Jörg/Maschall, Stefan/Woyke, Wichard (Hrsg), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 8. Auflage, Wiesbaden 2021, S. 749.
[99] Vgl. Martin Große Hüttmann, Politische Partizipation und Parlamentarismus im EU-Mehrebenensystem, in: Politische Partizipation in Europa, Heft 62-2011, 2011, S. 28.
[100] Ebd.
[101] Vgl. Christina Benighaus/Gisela Wachinger/Ortwin Renn, Bürgerbeteiligung – Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Berlin 2016, S. 33.
[102] Benighaus et. al., S. 33.

Wahlen und reine Informationsveranstaltung nicht unter den Begriff Bürgerbeteiligung fallen.

Bei der Konferenz zur Zukunft Europas handelt es sich demnach um ein Instrument der Bürgerbeteiligung. Im Folgenden werden die Begriffe Partizipation und Bürgerbeteiligung jedoch trotz seiner engeren Bedeutung synonym verwendet.

4.2. Rechtlicher Rahmen von Partizipationsinstrumenten in der EU

In Kapitel 3.2. wurde bereits dargestellt, dass die EU sich gemäß Art. 10 Abs. 1 EUV zur repräsentativen Demokratie bekennt.[103] Durch Art. 10 Abs. 3 EUV erhalten die Bürger:innen weitere Partizipationsmöglichkeiten zugesichert, welche als sekundäres Legitimationskonzept angesehen werden können.[104] Die aus der Unionsbürgerschaft resultierenden Rechte zur Partizipation stellen die repräsentative Demokratie somit nicht in Frage, sondern ergänzen sie.[105] Demnach haben alle Bürger:innen das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen.[106] Die Entscheidungen sollen so offen und bürgernah wie möglich getroffen werden.[107] Das Bundesverfassungsgericht vertritt ebenfalls die Auffassung, dass Partizipationsprozesse auf Unionsebene lediglich als sekundäres Legitimationskonzept dienen können.[108] Partizipatorische Elemente sind auf Unionsebene somit grundsätzlich legitim, können aber keine durch Wahl begründete Mehrheit ersetzen. Die Partizipationsprozesse der EU ergänzen demnach die repräsentative Demokratie und ermöglichen es den Bürger:innen ihre Interessen eigenständig zu artikulieren.[109]

[103] Vgl. Kapitel 3.2. der vorliegenden Arbeit.
[104] Vgl. Cilo, S. 50.
[105] Vgl. Rudolf Streinz, EUV/AEUV, 3. Auflage, München 2018, Rn. 50.
[106] Vgl. Art. 10 Abs. 3 EUV.
[107] Ebd.
[108] Vgl. BVerfG, Urteil v. 30.06.2009 – 2 BvE 2/08, Rn. 272.
[109] Vgl. Cilo, S. 54.

4.3. Potenzieller Mehrwert partizipatorischer Instrumente

Die Darstellung des potenziellen Mehrwerts partizipatorischer Instrumente in der EU ist notwendig, um untersuchen zu können, welche Potenziale die Konferenz aufgrund ihrer Konzeption erfüllen kann und welche nicht. Diese Feststellung ist von hoher Bedeutung hinsichtlich der Beantwortung der Forschungsfrage.

Die EU selbst sieht in partizipativen Elementen, neben einer Steigerung der Legitimität, eine Möglichkeit mit den Bürger:innen in Kontakt zu treten, um ihre eigene Identität und Werte dem bestehenden regionalen und nationalen Zugehörigkeitsgefühl hinzuzufügen.[110] Darüber hinaus sollen die Bürger:innen das Gefühl haben aktive Akteure der Politik zu sein, um deren Vertrauen in die EU zu stärken.[111] Ein weiterer Grund, weshalb die EU eine stärkere Bürgerbeteiligung anstrebt, ist die Stärkung der Resilienz gegenüber EU-kritischem Populismus. Den Bürger:innen sollen die Grenzen der EU-Kompetenzen bewusst gemacht werden, um es EU-Kritikern zu erschweren, jegliche politische Misserfolge auf die EU abzuwälzen.[112]

4.3.1. Stärkung der demokratischen Legitimation der EU

Die partizipativen Elemente im europäischen Mehrebenensystem dienen grundsätzlich dazu, die Legitimität und Akzeptanz von Entscheidungen der EU-Organe zu erhöhen.[113] In der Vergangenheit basierte die Legitimation der EU überwiegend auf der Output-Legitimation. Eine fehlende Balance zwischen Input- und Output-Legitimation ist jedoch als problematisch anzusehen, da auch autoritäre oder menschenverachtende Systeme grundsätzlich nützliche Ergebnisse erzielen können, wobei trotz allem keine Legitimation durch die Bürger:innen besteht.[114]

Der Mehrwert partizipativer Instrumente hinsichtlich der Stärkung demokratischer Legitimation bezieht sich überwiegend auf die Input-Legitimation, da davon ausgegangen werden kann, dass mehr Beteiligungsmöglichkeiten auch

[110] Vgl. Europäische Kommission 2017, S. 10; Europäische Kommission 2021b, S. 2.
[111] Vgl. Europäische Kommission 2017, S. 10.
[112] Ebd., S. 11.
[113] Vgl. Cilo, S. 51.
[114] Vgl. Kirsch, S. 95.

grundsätzlich zu einer verbesserten Input-Legitimation führen.[115] Bezüglich der Output-Legitimation führen nach *Rosenzweig/Eith* mehr Partizipationsmöglichkeiten jedoch nicht automatisch zu besseren, sondern lediglich zu anderen Ergebnissen.[116] *Bätge et al.* gehen hingegen davon aus, dass Partizipationsprozesse auch einen positiven Effekt auf die Output-Legitimation haben, da durch freiwillige Beteiligungsmöglichkeiten auch marginalisierte Teile der Bevölkerung ihre Interessen einbringen können, welche ansonsten nicht die Möglichkeit haben an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen.[117] Eine ähnliche Meinung vertreten auch *Benighaus et. al.,* wonach Entscheidungen, die partizipative Elemente beinhalten, die Qualität der Entscheidung durch das Erfahrungswissen der Bürger:innen verbessern.[118]

4.3.2. Stärkung der repräsentativen Demokratie durch deliberative Prozesse

Wie in Kapitel 3.2. bereits dargestellt wurde, handelt es sich bei der Konferenz zur Zukunft Europas um ein deliberatives Partizipationsinstrument.[119] Um die potenziellen Effekte der Konferenz auf das Demokratiedefizit untersuchen zu können, wird im Folgenden dargestellt, inwiefern eine repräsentative Demokratie durch deliberative Prozesse gestärkt werden kann.

Leggewie/Nanz vertreten die Meinung, dass die Gesamtheit formeller deliberativer Instrumente, wie Zukunftskonferenzen oder Bürgerinitiativen, zu einer Art „Vierten Gewalt“ neben Legislative, Exekutive und Judikative entwickelt werden sollten.[120] Diese vierte Gewalt stelle keine Aushöhlung der repräsentativen Demokratie dar, sondern eine „emphatische, zeitgemäße Ergänzung durch den dezentralisierten Bürgerverstand.“[121] Sie zielen damit auf die Krise der repräsentativen Demokratie ab, welche nach *Wöhl* eine permanente Krise

[115] Vgl. Rosenzweig/Eith, S. 13.
[116] Ebd.
[117] Vgl. Frank Bätge/Klaus Effing/Katrin Möltgen-Sicking/Torben Winter, Politische Partizipation (Einführung, Befriffserklärung, Einordnung), in: Politische Partizipation, Wiesbaden 2021, S. 5.
[118] Vgl. Benighaus/Wachinger/Renn, S. 26.
[119] Siehe hierzu Kapitel 3.2. der vorliegenden Arbeit.
[120] Vgl. Claus Leggewie/Patrizia Nanz, Stärkung der Demokratie durch Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 26, Wiesbaden 2016, S. 340.
[121] Leggewie/Nanz, S. 340.

darstellt.[122] Eine Dimension der Krise der repräsentativen Demokratie ist demnach die „Nichtrepräsentation von marginalisierten Interessen".[123] Derartige Aspekte könnten durch die Ergänzung von deliberativen Instrumenten abgefedert werden.

Eine weitere Dimension der Krisenhaftigkeit der repräsentativen Demokratie nach *Wöhl* stellt das exekutiv orientierte Regieren dar.[124] Insbesondere in einem stark exekutiv geprägten System wie der Europäischen Union kann durch die Schaffung einer „vierten Gewalt" nach *Leggewie/Nanz* dieser Problematik entgegengewirkt und ein besseres Gleichgewicht zwischen den Gewalten hergestellt werden. Hierfür benötigt es eine stärkere Institutionalisierung der Partizipationsmöglichkeiten, um den „oft sprunghaften Ereignischarakter partizipatorischer Politik"[125] abstreifen zu können.

Die OECD veröffentlichte im Jahr 2020 eine Liste mit fünf Vorteilen einer Institutionalisierung deliberativer Prozesse in politischen Entscheidungszyklen und öffentlichen Entscheidungsverfahren, welche ergänzend zu den Vorteilen einmaliger Prozesse hinzukommen:

1. „Erleichterung der Überwindung von Widerständen durch Interessensgruppen und inner- und zwischenparteilichen Spaltungen
2. Einfachere und kostengünstigere Durchführung von Beratungsprozessen
3. Stärkung des öffentlichen Vertrauens
4. Bereicherung der Demokratie durch Ausweitung sinnvoller Bürgerbeteiligung
5. Stärkung der staatsbürgerlichen Fähigkeiten der Bürger"[126]

[122] Vgl. Stefanie Wöhl, Die ›Krise‹ der repräsentativen Demokratie in Europa - Demokratietheoretische und politikfeldbezogene Reflexionen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26, Oldenburg 2013, S. 47.
[123] Ebd.
[124] Vgl. Wöhl. S. 48.
[125] Leggewie/Nanz, S. 340.
[126] Organisation für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions – Catching the Deliberative Wave, 2020, S. 37.

4.4. Kriterien guter Partizipation

Wie bereits in Kapitel 4.2. dargestellt wurde, verleiht Artikel 10 Abs. 3 EUV allen Bürger:innen das Recht am demokratischen Leben teilzunehmen und schafft somit die Möglichkeit für weitere Partizipationsmöglichkeiten abseits der Wahlen.[127] Es wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass gewisse Kriterien in der Organisation und Durchführung von Partizipationsprozessen erfüllt sein müssen, um „gute" deliberative Partizipation zu erzeugen. Im Folgenden werden diese Kriterien herausgearbeitet und dargestellt. Hierbei werden die Kriterien in zwei Kategorien unterteilt gemäß der Devise:

> *„Die „beste" Methode bewirkt nichts, wenn die Beteiligten nachlässig ausgewählt wurden, wenn das Thema und der Einfluss der Beteiligten unklar sind, wenn die Ergebnisse nicht in reale Politik einfließen, wenn das Projekt nicht wirklich ergebnisoffen ist, wenn kein Eingehen auf die Bedürfnisse und Kompetenzen der Beteiligten vorgesehen ist."*[128]

Der erste Kriterienkatalog beschäftigt sich demnach mit den grundlegenden Bedingungen, welche vorausgesetzt werden müssen, um gute Partizipation gewährleisten zu können. Der zweite Kriterienkatalog bezieht sich daraufhin auf die methodischen Voraussetzungen für einen guten Partizipationsprozess.

4.4.1. Grundlegende Voraussetzungen

4.4.1.1. Ausreichende Ressourcen

Die erfolgreiche Durchführung eines Beteiligungsprozesses hängt von den verfügbaren Ressourcen ab. Je nach Ausrichtung und Umfang des Prozesses werden Personal- und Sachmittel zur Koordination, Information, Protokollierung, Dokumentation und Veröffentlichung benötigt. Im Falle von konfliktgeladenen Themen kann auch die Hinzuziehung unabhängiger Moderatoren notwendig sein.[129]

[127] Siehe Kapitel 4.2. der vorliegenden Arbeit.
[128] Stefan Löchtefeld/Jörg Sommer, Das Prinzip Haltung: Warum gute Bürgerbeteiligung keine Frage der Methode ist, Berlin 2019, S. 7.
[129] Vgl. Allianz Vielfältige Demokratie, Qualität von Bürgerbeteiligung, 2017, S. 2.

4.4.1.2. Ausreichende Zeit

Die Teilnehmenden benötigen aufgrund der Komplexität der meisten politischen Themen ausreichend Zeit, um sich zu informieren, die Fakten abzuwägen und fundierte Empfehlungen zu entwickeln. Um derartige Empfehlungen zu erhalten, empfiehlt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass die Teilnehmenden mindestens vier volle Tage lang persönlich zusammenkommen sollten, es sei denn, ein kürzerer Zeitrahmen sei gerechtfertigt. Es wird empfohlen, zwischen den Sitzungen Zeit für individuelles Lernen und Nachdenken zu schaffen.[130]

4.4.1.3. Transparenz

Der Transparenzgrundsatz von Beteiligungsprozessen dient sowohl zur Sicherung effektiver Partizipation als auch zur Stärkung der Throughput-Legitimation von Entscheidungen.[131] Neben der transparenten Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU[132] muss das Grundrecht auf Informationsfreiheit gemäß Art. 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union[133] gewährt sein, um dem Transparenzgrundsatz gerecht zu werden.[134] Die Informiertheit der Bürger:innen ist daher ebenfalls ein wichtiger Bestandteil guter Partizipation. Hierfür muss der Zugang zu sämtlichen Dokumenten in allen Amtssprachen gemäß Art. 15 Abs. 3 AEUV sichergestellt werden.[135] Darüber hinaus wird eine transparente Kommunikation des Entstehungsprozesses der Entscheidungen, sowie die transparente Umsetzung der Ergebnisse vorausgesetzt.[136]

---

[130] Vgl. OECD, S. 11.
[131] Vgl. Streinz, Rn 51; Thomas Kröll/Georg Lienbacher, EUV Art. 10, in: Schwarze, Jürgen/Becker, Ulrich/Hatje, Armin/Schoo, Johann, EU-Kommentar, 4. Auflage, Baden-Baden 2019, Rn. 20.
[132] Vgl. Art. 298 Abs. 2 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).
[133] Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Fassung vom 18.12.2000 (2000/C 364/01).
[134] Ebd.
[135] Vgl. Cilo, S. 51.
[136] Vgl. Achim Hertzke, Online-Partizipation beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.: Förderung im innerverbandlichen Kontext nachhaltiger Entwicklung, in: Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Torben (Hrsg.), Politische Partizipation, Wiesbaden 2021, S. 312.

Um einen verlässlichen Informationsaustausch zu ermöglichen, müssen alle relevanten Informationen bezüglich der Quellen, dem Beteiligungsgegenstand und dem Beteiligungsprozess in verständlicher Art und Weise so früh wie möglich an die Beteiligten übermittelt werden.[137] Sollten die Organisator:innen im Zuge des Informationsaustausch Bewertungen von relevanten Sachverhalten vornehmen, müssen diese eindeutig als solche gekennzeichnet sein.

Neben dem Austausch mit den Beteiligten, muss auch die restliche Bevölkerung durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit über Inhalte, Verfahren, potenzielle Ergebnisse und Fortschritte informiert werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Informationen in klarer und verständlicher Form an die Bevölkerung übermittelt werden, um eine möglichst breite Masse zu erreichen. Darüber hinaus sollten Webseiten und Pressemitteilungen ausreichend über den Partizipationsprozess informieren und den Bürger:innen die Möglichkeit geben an der Gestaltung teilzunehmen.[138]

4.4.1.4. Hinreichend offenes und relevantes Thema

Um den Bürger:innen tatsächlich Gestaltungsspielraum geben zu können, müssen die Gegenstände deliberativer Partizipation nach *Frieß* sowohl relevant als auch hinreichend offen sein.[139] Demnach müssen alle beteiligten Personen über die verhandelbaren Gestaltungsspielräume und Rahmenbedingungen des Prozesses aufgeklärt sein. Fehlende Entscheidungsspielräume würden den Prozess nach *Brettschneider* zunichtemachen, da es sich ansonsten lediglich um einen Scheinprozess handle[140], welcher in der Bevölkerung zu mehr Frustration und Vertrauensverlust gegenüber der Politik führt.[141]

---

[137] Vgl. Allianz Vielfältige Demokratie 2017a, S. 2.
[138] Ebd.
[139] Vgl. Dennis Frieß, Deliberation als anspruchsvolle Form von Öffentlichkeitsbeteiligung, in: Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Torben (Hrsg.), Politische Partizipation, Wiesbaden 2021, S. 125.
[140] Vgl. Frank Brettschneider, Dialog-orientierte Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide, in: Sommer, Jörg (Hrsg.), Kursbuch Bürgerbeteiligung #4, Berlin 2021, S. 53.
[141] Vgl. Benighaus/Wachinger/Renn, S. 25.

Beteiligungsprozesse, welche sich mit Themen außerhalb der Kompetenzen der beteiligenden Organisation beschäftigen, sind nicht als hinreichend offen zu betrachten, da die Beteiligung nicht das Potenzial hat Veränderungen herbeizuführen. Dasselbe gilt für Vorhaben, welche bereits geplant und ausgearbeitet wurden. Eine Ausnahme bezüglich der Beschränkung auf Themenfelder innerhalb der Kompetenzen könnte vorliegen, wenn das Ziel der Beteiligung eine Kompetenzumverteilung darstellt und die Ergebnisse an die entsprechenden Ebenen gerichtet werden sollen.

4.4.1.5. Verbindlichkeit

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung zeichnet sich durch eine Verbindlichkeit zur Umsetzung der eingebrachten Meinungen und Ideen aus. Grundsätzlich gilt, dass bereits im Vorfeld geklärt sein muss, was mit den Ergebnissen des Verfahrens geschieht.[142] Die Bürger:innen müssen darauf vertrauen können, dass die Ergebnisse ihrer Teilnahme tatsächlich in die Entscheidungsfindung einfließen und ihre Beteiligung das Potenzial hat, tatsächlich etwas zu bewirken.[143] Andernfalls ist mit einer sinkenden Teilnahmebereitschaft für kommende Partizipationsmöglichkeiten zu rechnen.[144] Sollten die zur Umsetzung verpflichteten Verantwortlichen von den Ergebnissen des Partizipationsprozess abweichen, haben sie dies in transparenter und nachvollziehbarer Art und Weise zu begründen

4.4.2. Methodische Voraussetzungen

4.4.2.1. Frühzeitige Einbindung der Bürger:innen

Die Beteiligung der Bürger:innen und der zivilgesellschaftlichen Akteure muss frühzeitig geschehen, da die Gestaltungsspielräume in den frühen Phasen eines

[142] Vgl. Patrizia Nanz/Miriam Fritsche, Handbuch Bürgerbeteiligung – Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012, S. 33.
[143] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 32; Cheryl Simrell King/Kathryn M. Feltey/Bridget O'Neill Susel, The Question of Participation: Toward Authentic Public Participation in Public Administration, in: Public Administration Review, Vol. 58, No. 4, 1998, S. 323.
[144] Vgl. Levine et. al., S. 1.

Prozesses am größten sind.[145] Durch die frühzeitige Einbindung und Informierung der Bürger:innen über Rahmenbedingungen, Ziele und Grenzen der Beteiligung soll sichergestellt werden, dass sich die Teilnehmenden nicht unter falschen Hoffnungen und Voraussetzungen am Prozess beteiligen.[146] Besonders wichtig ist hierbei, dass zu Beginn des Prozesses ein klares Ziel definiert wird.[147]

Des Weiteren bietet eine frühzeitige Einbindung die Möglichkeit Konfliktpotenziale in der Gesellschaft frühzeitig zu identifizieren und bspw. durch Aufklärung dagegen vorzugehen.[148]

4.4.2.2. Beteiligung einer Vielfalt von Bürger:innen

Der Grundgedanke deliberativer Bürgerbeteiligung ist, eine möglichst breite Masse an Bürger:innen bei möglichst vielen Beteiligungsprozessen einzubeziehen.[149] Breite Beteiligung zielt hierbei nicht nur darauf ab eine besonders hohe Anzahl an Menschen zu beteiligen, sondern „Vielfalt statt Vielzahl" zu schaffen.[150] Die breite Beteiligung folgt dem Grundsatz der Inklusivität, wonach insbesondere die Gruppen angemessen vertreten sein sollen, welche die Entscheidung etwas angeht und die Beteiligung beteiligungsferner Gruppen aktiv gefördert werden soll.[151] Zu vermeiden ist eine Überrepräsentation der „ohnehin Aktiven und Integrierten, der formal Gebildeten und mittleren Altersgruppen".[152]

Ein wichtiger Aspekt einer vielfältigen Gruppe von Teilnehmenden stellt darüber hinaus die ausgeglichene Teilhabe von Männern und Frauen im Sinne des sogenannten Gender Mainstreamings dar. Gender Mainstreaming beruht auf der Erkenntnis, dass eine geschlechtsneutrale Wirklichkeit nicht existiert.[153] Demnach

---

[145] Vgl. Brettschneider, S. 53.
[146] Vgl. Allianz Vielfältige Demokratie 2017a, S. 2.
[147] Vgl. OECD, S. 11.
[148] Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, Handbuch zur Partizipation, 2. Auflage, 2012, S. 59.
[149] Vgl. Cilo, S. 50.
[150] Vgl. Allianz Vielfältige Demokratie, Wegweiser breite Bürgerbeteiligung, 2017, S. 3.
[151] Ebd.
[152] Allianz Vielfältige Demokratie, S. 3.
[153] Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Strategie „Gender Mainstreaming", 2016.

haben bei allen gesellschaftlichen Vorhaben, und somit auch in Partizipationsprozessen, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern angemessen berücksichtigt zu werden.[154]

Welche Gruppen eine Entscheidung etwas angeht und wer demnach angemessen beteiligt werden soll, hängt stets vom Einzelfall ab. Partizipationsverfahren können demnach zum einen die allgemeine Öffentlichkeit und somit alle Interessierten einbeziehen oder sich gezielt an eine repräsentative Zielgruppe richten. Darüber hinaus ist es auch möglich, die Partizipationsmöglichkeit lediglich für „normale" Bürger:innen zu schaffen oder darüber hinaus Expert:innen miteinzubeziehen. Bei all diesen Möglichkeiten muss jedoch beachtet werden, inwiefern die einzelnen Auswahlverfahren den Prozess möglicherweise beeinflussen können.[155] *Nanz/Fritsche* skizzieren drei mögliche Auswahlverfahren für deliberative Partizipationsprozesse:

a. Selbstselektion

Veranstaltungen, welche das Verfahren der Selbstselektion zur Auswahl der Teilnehmenden nutzen stehen grundsätzlich jedermann offen. Hierbei entsteht das Risiko der Überrepräsentation von bildungsnahen Gruppen und Menschen, welche über viel Zeit verfügen, wie beispielsweise Rentner:innen. Es lässt sich feststellen, dass bei Prozessen, welche von der Selbstselektion Gebrauch machen, häufig nicht die am stärksten betroffenen Gruppen teilnehmen, sondern die Sichtweise von beteiligungsaffinen Milieus dominiert.[156]

b. Zufällige Auswahl

Durch die zufällige Auswahl von Teilnehmenden sollen die eben genannten Probleme der Selbstselektion umgangen werden. Durch einen großen Pool an möglichen Teilnehmenden soll eine breite Repräsentativität geschaffen und der Einfluss von Partikularinteressen gesenkt werden. Problematisch ist hierbei, dass

[154] Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, S. 41.
[155] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 26.
[156] Ebd., S. 26 f.

auch die zufällig ausgewählten Personen der Teilnahme zustimmen müssen, wodurch ähnliche Effekte wie bei der Selbstselektion auftreten können. *Nanz/Fritsche* schlagen daher eine Kombination aus gezielter und zufälliger Auswahl im Sinne einer gezielten Nachrekrutierung vor. Durch die gezielte Nachrekrutierung soll ein Ausgleich zwischen über- und unterrepräsentierten Gruppen geschaffen werden.[157]

c. Gezielte Auswahl

Die gezielte Auswahl wird von den Organisator:innen des Partizipationsprozesses getroffen, um entweder eine bessere Repräsentativität zu erzielen oder explizit einzelne gesellschaftliche Gruppen zu beteiligen. Die gezielte Auswahl birgt den Vorteil, dass partizipationsferne Gruppen durch Mitwirkungsanreize zur Teilnahme motiviert werden können.[158]

4.4.2.3. Kompetente Gestaltung und Optimierung des Prozesses

Bürgerbeteiligung muss als Prozess verstanden werden.[159] Ein Prozess ist ein „sich über eine gewisse Zeit erstreckender Vorgang, bei dem etwas [allmählich] entsteht, sich herausbildet“[160]. Bürgerbeteiligung muss somit stets flexibel und in der Lage sein, die grundlegenden Verfahren aufgrund neuer Erkenntnisse und Erfahrungen anzupassen.[161] Für die Organisator:innen eines Partizipationsprozesses ergibt sich hieraus, dass sie sich und ihre Methodik über prozessbegleitende Evaluationen kritisch hinterfragen müssen, um zukünftige Prozesse optimieren zu können. Dies kann beispielsweise über Vor- und Nachbefragungen der Teilnehmenden oder wissenschaftliche Unterstützung geschehen. Neben der Optimierung des Prozesses

[157] Ebd., S. 27 f.
[158] Ebd., S. 27.
[159] Frieß, S. 125.
[160] https://www.duden.de/rechtschreibung/Prozess (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[161] Vgl. Jörg Sommer, 10 Jahre Bürgerbeteiligung in Deutschland – Erfahrungen und Herausforderungen, in: Sommer, Jörg (Hrsg.), Kursbuch Bürgerbeteiligung #4, Berlin 2021, S. 19.

können hierdurch auch Informationen über den tatsächlichen Effekt eines Beteiligungsverfahrens gewonnen werden.[162]

Ein Merkmal der kompetenten Gestaltung eines Beteiligungsprozesses ist der Einsatz unabhängiger, ausgebildeter Moderator:innen, welche den Prozess begleiten und ihren Beitrag dazu leisten das Verfahren effektiv zu gestalten. Darüber hinaus fällt hierunter auch die Wahl der Methoden innerhalb des Prozesses. Unterschiedliche Methoden können unterschiedliche Auswirkungen auf den Prozess und dessen Ergebnis haben. Die gewählten Methoden müssen somit in der Planung hinsichtlich ihrer Schwerpunkte (bspw. Schaffung neuer, kreativer Ideen oder Behandlung bestehender Probleme) und Ziele (bspw. Artikulation von Interessen oder Austausch von Argumenten) äußerst sorgfältig ausgewählt werden.

4.4.2.4. Ermöglichung freier und gleichberechtigter Teilnahme

Partizipationsprozesse müssen den Teilnehmenden die Möglichkeit geben sich frei von Machtverhältnissen rational auszutauschen. Diese Freiheit kann nur gewährleistet sein, wenn die politische Öffentlichkeit für alle gleichermaßen offen ist.[163] Nach *Habermas* stellt die politische Öffentlichkeit „eine Arena für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme“ dar.[164] Der Austausch von Argumenten sollte im Mittelpunkt stehen, um einen gemeinschaftlichen Willen zu bilden und einen Konsens über die Entscheidung zu finden.[165] Um einen freien und gleichberechtigten Austausch gewährleisten zu können, bei welchem alle Teilnehmenden zu Wort kommen können, muss im Vorhinein die Größe des Teilnehmendenkreis hinterfragt werden. Hierbei sind beispielsweise Überlegungen anzustellen, inwiefern die Größe des Verfahrens sich auf den Austausch auswirkt und ob möglicherweise eine Aufteilung in Kleingruppen sinnvoll ist.[166] In der Literatur wird davon

[162] Vgl. Frieß, S. 125.
[163] Vgl. Rosenzweig/Eith, S. 12.
[164] Habermas 1998, S. 365.
[165] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 11.
[166] Ebd., S. 25.

ausgegangen, dass deliberative Partizipation in relativ kleinen Gruppen von maximal 30 Personen sinnvoll ist.[167]

Eine weitere Maßnahme, um die freie und gleichberechtigte Teilnahme zu fördern, stellt der Einsatz einer Moderation dar. Unabhängig von deliberativen Partizipationsprozessen benötigen Gruppengespräche in der Regel einer Moderation.[168] Die Aufgabe der Moderation ist es, die Gruppe zu steuern und den Kommunikationsprozess zu erhalten.[169] Eine Moderation wird als erfolgreich angesehen, wenn am Ende der Zusammenarbeit alle Beteiligten mit den Ergebnissen leben können.[170]

4.4.2.5. Schaffung echter Kommunikation

Ein deliberativer Partizipationsprozess kann nur erfolgreich sein, wenn den Bürger:innen tatsächlich die Möglichkeit gegeben wird sich zu beteiligen. Reine Informationsveranstaltungen fallen damit nicht unter den Begriff Bürgerbeteiligung, da den Bürger:innen keine Möglichkeit gegeben wird, einen Input zu leisten.[171] *Nanz/Fritsche* sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass „echte Kommunikation" vorliegen muss, welche in folgenden Formen erfolgen kann:

a. Artikulation von Interessen

Unter Artikulation von Interessen verstehen *Nanz/Fritsche*, dass die Bürger:innen die Möglichkeit haben müssen ihre Wünsche und Interessen beispielsweise in Form von Fragerunden oder in Kleingruppen zu artikulieren und voneinander

[167] Vgl. Eva Krick, Demokratisierung durch Partizipation? Die Mehrebenenbeteiligung an der Endlagersuche in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 62, Wiesbaden 2021, S. 286; Claudia Ritzi/Gary S. Schaal, Legitimitätsgenerierung im deliberativen und repräsentativen Paradigma: Komplementär oder kompetitiv?, in: Landwehr, Claudia/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.), Deliberative Demokratie in der Diskussion. Herausforderungen, Bewährungsproben, Baden-Baden 2014, S. 256.
[168] Josef W. Seifert, Moderation & Kommunikation – Gruppendynamik und Konfliktmanagement in moderierten Gruppen, 4. Aufl., Offenbach 1999, S. 1.
[169] Ebd.
[170] Ebd.
[171] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 29; Benighaus/Wachinger/Renn, S. 33.

abzugrenzen. Im Mittelpunkt derartiger Veranstaltungen steht der Lerneffekt der Teilnehmenden. Die Schaffung eines Konsenses ist als sekundär zu betrachten.[172]

b. Verhandeln

Die Kommunikationsform „Verhandeln“ ist für Bürgerbeteiligungsprozesse selten. Vertreter:innen verschiedener Prozesse verhandeln gemeinsam, um einen gemeinsamen Beschluss zu fassen. Diese Form der Kommunikation wird häufig zur Moderation von Interessenskonflikten genutzt.[173]

c. Austausch von Argumenten

Beim Austausch von Argumenten steht der Austausch von Interessen und Wünschen im Mittelpunkt. Das Ziel ist es, eine kollektive Meinung zu bilden. Um dieses Ziel zu erreichen, finden Diskussionen statt, in welchen die verschiedenen Meinungen abgewogen werden. Das Ergebnis stellen idealerweise Ideen dar, welche alle dargelegten Positionen vereinen.[174]

Zwischenergebnis:

Die Kriterien guter Partizipation zielen grundsätzlich darauf ab, echte Partizipationsprozesse zu schaffen, innerhalb derer die Beteiligten die Möglichkeit haben ihre Meinungen und Wünsche durch Dialog einzubringen. Die Einhaltung der vorgebrachten Kriterien soll somit sicherstellen, dass es sich nicht um eine Inszenierung handelt. Zentrale Voraussetzung hierfür ist die Wahl eines geeigneten Verfahrens, welches die Grundlage für gute Partizipation darstellt. Die Erfüllung aller Kriterien stellt die ideale Umsetzung eines Partizipationsprozesses dar.

[172] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 33.
[173] Ebd.
[174] Ebd.

5. Hypothesen

Um die Forschungsfrage, ob es sich bei der Konferenz zu Zukunft Europas um einen Weg aus der Krise oder ein politisches Feigenblatt handelt, beantworten zu können, werden folgende Haupt- und Unterhypothesen untersucht:

Haupthypothese:

Je besser die Organisation der Konferenz zur Zukunft Europas, desto mehr echte Beteiligung der Bürger:innen entsteht.

Die Haupthypothese zielt darauf ab, sowohl den Einfluss der Konzeption der Konferenz als auch den Einfluss der Organisation der Veranstaltungen auf die Qualität der Beteiligung zu untersuchen. Die folgenden Unterhypothesen untersuchen einzelne Aspekte der Organisation und deren konkrete Auswirkungen.

Unterhypothesen:

1. Je mehr technische Probleme innerhalb einer Veranstaltung auftreten, desto unzufriedener sind die Teilnehmenden mit dem zeitlichen Rahmen einer Veranstaltung.
2. Je breiter das Thema einer Veranstaltung, desto mehr Zeit wird benötigt.
3. Je gezielter die Auswahl der Teilnehmenden erfolgt, desto diverser ist die Gruppe der Teilnehmenden.
4. Je mehr Teilnehmende an eine Veranstaltung in ihrer Muttersprache teilnehmen können, desto gleichberechtigter fühlen sie sich beteiligt.
5. Je neutraler die Moderation einer Veranstaltung, desto besser fühlen sich die Teilnehmenden beteiligt.
6. Je zufriedener die Teilnehmenden mit der Konzeption einer Veranstaltung sind, desto gleichberechtigter fühlen sie sich beteiligt.

Die Hypothesen werden anhand der in Kapitel 6 dargestellten Methodik untersucht.[175]

[175] Siehe Kapitel 6 der vorliegenden Arbeit.

6. Methodik

Im folgenden Kapitel wird die Methodik beschrieben, auf deren Grundlage diese Arbeit verfasst wurde. Dieses Kapitel dient dazu das Vorgehen hinsichtlich der Tests der Hypothesen darzulegen und somit die Reproduzierbarkeit der Arbeit zu gewährleisten.

Literaturrecherche

Die Literaturrecherchen dienen der Grundlagenarbeit. Hierbei wurde sowohl auf Primär- als auch Sekundärliteratur in deutscher und englischer Sprache zurückgegriffen. Darüber hinaus wurden auch rechtliche Kommentierungen der Europäischen Verträge in deutscher Sprache miteinbezogen. Die Darstellung der Konferenz hinsichtlich Entstehung und Verfahren basiert überwiegend auf offiziellen Dokumenten der EU-Institutionen. Für die Analyse der Konferenz hinsichtlich der aufgrund von Literatur und beratenden Publikationen aufgestellten Kriterien, wurde darüber hinaus auf Fachstatistiken zurückgegriffen. Die kritische Auseinandersetzung mit der Literatur erfolgte über die vergleichende Analyse einschlägiger Literatur.

Teilnehmende Beobachtung von Veranstaltungen der Konferenz

Die teilnehmende Beobachtung von Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz dient dazu einen Einblick in die tatsächliche Zusammensetzung und Durchführung von Veranstaltungen zu erhalten und somit Praxisbezug herzustellen. Bei der Auswahl der Veranstaltungen wurde darauf geachtet, dass es sich möglichst um Veranstaltungen mit verschiedenen Verfahren handelt. Dies ist notwendig, um die verschiedenen Verfahren analysieren und deren Effekte vergleichen zu können. Die beobachteten Veranstaltungen wurden hinsichtlich folgender Kriterien untersucht:

1. Zusammensetzung der Teilnehmenden
    a. Gruppengröße
    b. Geschlecht
    c. Alter

2. Wahl der Methodik
3. Durchführung der Methodik
4. Art der Moderation

Die Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung wurden innerhalb einer Tabelle im Anhang der Arbeit vergleichend dargestellt und werden in den folgenden Kapiteln deskriptiv ausgewertet.

Interviews mit ausgewählten Veranstalter:innen der Konferenz

Das Ziel der qualitativen Interviews mit ausgewählten Veranstalter:innen ist, einen Einblick in die Organisation von Veranstaltungen zu erhalten. Hierbei wurde beispielsweise hinterfragt, weshalb die Veranstalter:innen sich für die gewählte Methodik oder die Art der Auswahl der Teilnehmenden entschieden. Darüber hinaus wurde auch die Motivation und das Ziel der Veranstaltung hinterfragt.

Bei den interviewten Personen handelt es sich überwiegend um Veranstalter:innen der Veranstaltungen, welche im Zuge dieser Arbeit teilnehmend beobachtet wurden. Die Interviews dienen somit dazu die Erkenntnisse aus der teilnehmenden Beobachtung zu hinterfragen und zu untermauern. Der Zeitpunkt der Interviews lag stets nach der Durchführung der Veranstaltungen. Alle Veranstalter:innen bekamen mit leichten veranstaltungsspezifischen Abwandlungen vergleichbare Fragen gestellt. Insgesamt wurden vier Interviews durchgeführt.

Die Interviews wurden teilstrukturiert anhand eines Interview-Leitfaden durchgeführt. Diese Art von Interview ermöglicht es, bei gewissen Fragen nachzuhaken, um zu den gewünschten Informationen zu gelangen. Der Interview-Leitfaden beinhaltete sowohl offene als auch geschlossene Fragen. Durch diese Methodik soll die Vergleichbarkeit gewisser Antworten gewährleistet werden.

Die Transkriptionen der Interviews sind dieser Arbeit angehängt. Die Ergebnisse werden im Folgenden deskriptiv ausgewertet.

Fragebogen an Veranstalter:innen der Konferenz

Der Fragebogen an Veranstalter:innen der Konferenz dient dazu die qualitativen Daten der Interviews mit quantitativen Daten zu untermauern. Der Fragebogen erfasst sowohl grundlegende Informationen über die Veranstalter:innen als auch Daten bezüglich der Teilnehmenden und Konzeption der Veranstaltungen. Es handelt sich überwiegend um geschlossene Fragen, um die Vergleichbarkeit der Antworten gewährleisten zu können. In manchen Fällen sind schriftliche Ergänzungen möglich.

Der Fragebogen wurde mithilfe einer Webseite zur Erstellung von Online-Umfragen erstellt und per Link an die Veranstalter:innen verschickt. Die Auswahl der Veranstalter:innen erfolgte zufällig. Über die Kalenderansicht der digitalen Plattform wurden aus den einzelnen Themenbereichen jeweils gleich viele Veranstalter:innen über die Nachrichten-Funktion der Webseite angeschrieben. Insgesamt wurden 100 Veranstalter:innen angeschrieben, wovon 33 den Fragebogen ausfüllten. Die Versendung der Anfragen und Links begann am 15. November 2021 und wurde am 20. November 2021 abgeschlossen. Die Veranstalter:innen wurden darum gebeten die Umfrage bis zum 20. Dezember 2021 auszufüllen, was auch das zeitliche Ende der Umfrage darstellt.

Die Ergebnisse der Umfrage werden im Anhang der Arbeit dargestellt und innerhalb der folgenden Kapitel sowohl deskriptiv als auch grafisch ausgewertet.

Fragebogen an Teilnehmende der Konferenz

Der Fragebogen an Teilnehmende der Konferenz dient zum einen dazu die Erkenntnisse aus den teilnehmenden Beobachtungen zu bekräftigen und zum anderen die Auswirkungen der Veranstaltungen auf die Bürger:innen zu untersuchen. Zu Beginn des Fragebogens wurden persönliche Daten der Teilnehmenden erfragt, wie beispielsweise Alter und Geschlecht, aber auch Daten hinsichtlich ihrer Kenntnisse über die EU und ihr Interesse am politischen Geschehen wurden erhoben. Der Großteil der Fragen bezieht sich auf die persönlichen Erfahrungen innerhalb der Veranstaltungen. Die subjektive Bewertung der gewählten Methodik, des zeitlichen Rahmens oder auch hinsichtlich

der freien Meinungsäußerung sind essenziell für die Bewertung der Veranstaltungen, deren Fokus auf der Teilhabe der Bürger:innen liegt. Der Fragebogen bestand aus geschlossenen Fragen, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Die befragten Bürger:innen, waren ebenfalls Teil der beobachteten Veranstaltungen. Wie auch die Interviews mit den Veranstalter:innen wurde der Fragebogen an die Teilnehmenden nach Abschluss der jeweiligen Veranstaltung versendet. Dieses Vorgehen ist notwendig, da der Fragebogen sich überwiegend auf die Erfahrungen der Veranstaltung konzentriert. Alle Teilnehmenden erhielten denselben Fragebogen, welcher von den Veranstalter:innen an die Teilnehmenden versendet wurde. Hiervon wurde ein größerer Rücklauf erhofft. Der Fragebogen wurde an ungefähr 100 Teilnehmende von drei Veranstaltungen verschickt, was schlussendlich zu einer gesamten Rücklaufquote von 32 Datensätzen führte.

Auswertung einer Stichprobe von Veranstaltungen auf der digitalen Plattform

Die Auswertung der Stichprobe von Veranstaltungen auf der digitalen Plattform dient dazu Statistiken zu erstellen, welche nicht in den offiziellen Statistiken der Zwischenberichte über die digitale Plattform enthalten sind. Beispielsweise können hierdurch Statistiken darüber erstellt werden, wie viele der Veranstalter:innen einen Bericht über ihre Veranstaltung auf der digitalen Plattform veröffentlichten. Hierfür wurden folgende Daten der Veranstaltungen festgehalten:

1. Name der Veranstaltung
2. Datum der Veranstaltung
3. Veranstaltende Organisation
4. Art der Organisation
5. Land
6. Bericht vorhanden (Ja/Nein)

Die Stichprobe besteht aus 150 Veranstaltungen, wobei jeweils 15 Veranstaltungen aus jedem der zehn Themenbereiche der Konferenz ausgewählt wurden. Die Auswahl innerhalb der Themenbereiche erfolgte aufgrund des Zeitpunkts der

Veranstaltungen. Hintergrund dieser Auswahlmethodik war, dass hierdurch ausschließlich Veranstaltungen berücksichtigt wurden, welche zeitlich so weit zurück lagen, dass die Erstellung und Veröffentlichung eines Berichts realistisch und zumutbar für die Veranstalter:innen war. Es wurden aus jedem Themenbereich die ersten 15 Veranstaltungen ausgewählt, die innerhalb der Konferenz stattfanden. Die erste berücksichtigte Veranstaltung fand am 03. März 2021 und die letzte am 15. Juli 2021 statt.

Die erhobenen Daten wurden in einzelne, themenspezifische Tabellen übertragen und der Arbeit angehängt. Die Auswertung der Daten erfolgt in den folgenden Kapiteln sowohl deskriptiv als auch über statistische Darstellungen.

7. Analyse der Konferenz anhand der Kriterien guter Partizipation

Im Folgenden wird die Konferenz anhand der in Kapitel 4.4. aufgestellten Kriterien guter Partizipation analysiert.[176] Der Fokus liegt hierbei auf der generellen Konzeption der Konferenz, den europäischen Bürgerforen und den Veranstaltungen der Konferenz. Das Ziel der Analyse der Konferenz anhand der Kriterien guter Partizipation ist es, herauszufinden, inwiefern die Konzeption der Konferenz gute deliberative Partizipation ermöglichen kann und wie sich die Organisation der Veranstaltungen auf die Qualität der Beteiligung auswirkt.

7.1. Grundlegende Voraussetzungen

7.1.1. Ausreichende Ressourcen

Um einen erfolgreichen Partizipationsprozess durchführen zu können, müssen ausreichend finanzielle Ressourcen sowie Personal- und Sachmittel zur Verfügung stehen.[177] Innerhalb der EU kann nur von einem erfolgreichen Partizipationsprozess ausgegangen werden, wenn ausreichend Ressourcen vorhanden sind, um den Partizipationsprozess im gesamten Unionsgebiet durchzuführen.

Eine detaillierte Analyse der für die Konferenz benötigten Ressourcen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Grundsätzlich ist jedoch davon auszugehen, dass die EU über die benötigten Ressourcen verfügt, um einen derartigen Prozess zu planen und durchzuführen. Hierfür spricht zum einen das Budget der EU, welches für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 2.018 Billionen Euro beträgt.[178] Für die Durchführung der Konferenz wurde kein konkretes Budget festgelegt. Die Kommission hielt das Parlament und den Rat jedoch bereits im Januar 2020 dazu an, die benötigten Ressourcen, insbesondere finanzieller Art, für die Organisation

[176] Vgl. Kapitel 4.4. der vorliegenden Arbeit.
[177] Vgl. Kapitel 4.4.1.1 der vorliegenden Arbeit.
[178] Vgl. https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/long-term-eu-budget/2021-2027/whats-new_en (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).

und Durchführung der Konferenz bereitzustellen, weshalb davon auszugehen ist, dass die finanziellen Ressourcen grundsätzlich vorhanden sind.[179]

Darüber hinaus verfügen die EU-Institutionen über ein unionsweites Netzwerk an Vertretungen der Institutionen in den Mitgliedsstaaten, welche laut der Kommission, eine Schlüsselrolle in der Bewerbung der Konferenz, der Förderung einer gleichberechtigten und integrativen Beteiligung, der Koordinierung der Aktivitäten auf nationaler und regionaler Ebene und der Organisation von Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz einnehmen sollen.[180]

Neben den Vertretungen der Institutionen in den Mitgliedsstaaten besteht auch das von der Kommission ins Leben gerufene Europe Direct-Netzwerk, welches in allen Regionen der EU aktiv ist.[181] Europe Direct soll im Zuge der Konferenz Veranstalter:innen bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen beraten.[182] Die Aufgabengebiete eines Europe Direct-Zentrums beinhalten sowohl die Organisation von Veranstaltungen zu EU-Themen als auch die Beratung von Bürger:innen hinsichtlich Basisinformationen über die EU.[183] Somit ist davon auszugehen, dass die Europe Direct-Zentren in den Mitgliedsstaaten zumindest über die nötigen Kompetenzen verfügen, um ihre Aufgabe in der Konferenz wahrzunehmen. Wie in Abb. 2 dargestellt wird, ergab die Analyse der Stichprobe von Veranstaltungen, dass insgesamt 37,33% der untersuchten Veranstaltungen von EU-Institutionen und EU-Informationsnetzwerken organisiert wurden. Dies ist ein Indiz dafür, dass ausreichend Ressourcen zur Organisation von Veranstaltungen im gesamten Unionsgebiet vorhanden sind.

[179] Vgl. Europäische Kommission 2021a, S. 5.
[180] Ebd.
[181] Vgl. https://european-union.europa.eu/contact-eu/meet-us_de?networks=EUROPE_DIRECT (zuletzt abgerufen am 31.12.2021).
[182] Vgl. Europäische Kommission 2021a, S. 5.
[183] Vgl. http://www.europe-direct-stuttgart.de/wirueberuns.html (zuletzt abgerufen am 31.12.2021).

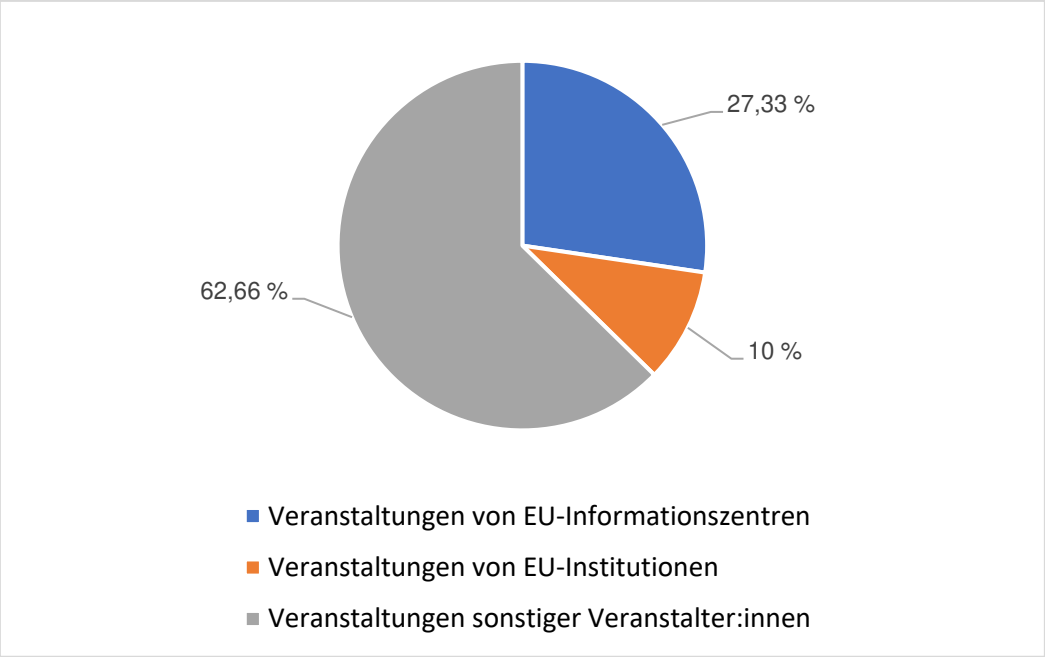

Abbildung 2: Verhältnis zwischen den Veranstalter:innen hinsichtlich EU-Informationszentren, EU-Institutionen und sonstigen Veranstalterinnen

(eigene Darstellung auf Grundlage der Stichprobe von Veranstaltungen[184])

Hinsichtlich der Beratungsfunktion der Europe Direct Zentren zeigte sich im Interview mit Frau Dr. Lana Mayer von Europe Direct Stuttgart, dass bisher keine Veranstalter:innen ihre Beratungsfunktion in Anspruch nahmen.[185] Da lediglich ein Europe Direct-Zentrum befragt wurde, können hieraus keine generellen Schlüsse gezogen werden. Ihrer Vermutung nach handle es sich bei den Veranstalter:innen jedoch überwiegend um Personen oder Organisationen, welche sich bereits unabhängig von der Konferenz intensiv mit der Europäischen Union beschäftigen und selbst über ausreichend Wissen bezüglich der Konferenz verfügen.[186] Diese Annahme bestätigte sich im Rahmen der weiteren Interviews mit Veranstalter:innen.[187]

Die Interviews mit den Veranstalter:innen ergaben darüber hinaus, dass die benötigten Ressourcen zum Durchführen der Veranstaltungen vorhanden waren und keine besondere Herausforderung darstellte. Dies ist unter anderem darauf

[184] Vgl. Anlage 12.
[185] Vgl. Anlage 5, Nr. 11.
[186] Ebd.
[187] Vgl. Anlage 6, Nr. 2; Anlage 7, Nr. 2 u. 3; Anlage 8, Nr. 3.

zurückzuführen, dass die Organisation von Veranstaltungen eine der Kernaufgaben der befragten Veranstalter:innen ist.[188] Es liegen keine Daten darüber vor, inwiefern potenzielle Veranstalter:innen eine Veranstaltung aufgrund fehlender Ressourcen nicht durchführen konnten.

Abschließend lässt sich sagen, dass sowohl auf europäischer und nationaler als auch subnationaler Ebene die Ressourcen vorhanden sind, um Veranstaltungen im Sinne der Konferenz EU-weit durchzuführen. Inwiefern in einzelnen Fällen mehr Ressourcen benötigt wären, um die Veranstaltungen erfolgsversprechender durchzuführen, lässt sich innerhalb dieser Arbeit aufgrund fehlender Daten nicht untersuchen.

7.1.2. Ausreichende Zeit

In Kapitel 4.4. wurde dargestellt, dass Teilnehmende von Partizipationsprozessen ausreichend Zeit benötigen, um sich zu informieren, Fakten abzuwägen und ihre Meinungen und Ideen ausreichend in den Prozess einzubringen.[189]

Die ursprüngliche Konzeption der Konferenz sah eine Dauer von zwei Jahre vor. Aufgrund der Verzögerungen durch die Covid-19-Pandemie und zahlreiche Diskussionen im Rat begann sie jedoch erst am 9. Mai 2021 und nicht wie geplant am 9. Mai 2020.[190] Trotz der einjährigen Verschiebung des Startpunktes, blieb das festgelegte Ende der Konferenz im Mai 2022 bestehen. Die Konferenz dauert somit lediglich ein Jahr. Durch die zeitliche Halbierung der Konferenz finden weniger Veranstaltungen statt, wodurch weniger Bürger:innen daran teilnehmen können und eine niedrigere Repräsentativität der Ergebnisse entsteht. Diese Verkürzung der Konferenz wurde in der Öffentlichkeit bereits häufig kritisiert unter anderem von der Präsidentin des Landtags Baden-Württembergs Muhterem Aras, welche über den Ausschuss der Regionen in die Plenarversammlung der Konferenz entsandt wurde.[191] Um genügend Zeit für Diskussionen zu haben, dürfe die Konferenz ihrer

[188] Ebd.
[189] Siehe Kapitel 4.4.1.2. der vorliegenden Arbeit.
[190] Siehe Kapitel 2.1. der vorliegenden Arbeit.
[191] Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Präsidentin Aras: Baden-Württemberg leistet seinen Beitrag zur Weiterentwicklung der EU, Pressemitteilung v. 26.10.2021.

Meinung nach nicht im Mai 2022 enden.[192] Zu diesem Zeitpunkt könne lediglich ein erster Zwischenbericht vorgelegt werden, da die Konzeption des Prozesses nicht auf ein Jahr ausgelegt gewesen sei.[193] Dieser Ansicht ist zuzustimmen. Die Verkürzung des Prozesses führte nicht zu prozessualen Änderungen der Konzeption, weshalb nicht davon ausgegangen werden kann, dass ausreichend Zeit vorhanden ist, um die Konferenz in ihrer jetzigen Form erfolgreich durchzuführen.

Die europäischen Bürgerforen

Hinsichtlich der Dauer und der Frequenz der europäischen Bürgerforen wurden die Vorgaben der OECD eingehalten.[194] Aufgrund des hohen Aufwands bezüglich des Dolmetschens kann es jedoch innerhalb der Bürgerforen zu zeitlichen Verschiebungen kommen.[195] Die Teilnehmenden der europäischen Bürgerforen erhalten finanzielle Entschädigungen für den Aufwand der Teilnahme.[196]

Die Veranstaltungen

Die Untersuchung der ausgewählten Veranstaltungen ergab, dass keine der Veranstaltungen, wie von der OECD empfohlen, vier volle Tage dauerte.[197] Die Veranstaltung des Staatsministeriums entspricht am ehesten den Empfehlungen. Die Veranstaltung erstreckte sich über mehrere Wochen und fand an vier Terminen statt, wobei zwischen den ersten drei Terminen jeweils mindestens zehn Tage Abstand waren.[198] Die Veranstaltung der Stadt Pforzheim erstreckte sich über zwei Termine und die Veranstaltung von Europe Direct Stuttgart beschränkte sich auf

[192] Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales vom 23.11.2021, Zeitpunkt: 12:35 Min.
[193] Ebd.
[194] Vgl. Alberto Alemano, Unboxing the Conference on the Future of Europe: A Preliminary View on its Democratic Raison-d'être and Participatory Architecture; In: HEC Paris Research Paper, 2021, S. 23.
[195] Ebd.
[196] Vgl. Die europäischen Bürgerforen – Fragen und Antworten, S. 3.
[197] Vgl. Anlage 4, Tabelle 2.
[198] Ebd.

einen Termin.[199] Die kürzeren Zeitrahmen könnten jedoch trotz allem gerechtfertigt sein.

Ein Indiz hierfür wäre, wenn die Teilnehmenden den zeitlichen Rahmen als angemessen erachten und ihnen genügend Zeit gegeben wird, um Ihre Ideen zufriedenstellend einzubringen. Dies bedeutet nicht, dass tatsächlich ausreichend Zeit vorhanden war, um sich intensiv genug mit den Themen zu beschäftigen. Die Zufriedenheit der Bürger:innen und die daraus resultierenden Effekte könnten den kürzeren Zeitrahmen jedoch rechtfertigen, wenn der Aufwand für die Teilnehmenden ansonsten außer Verhältnis zum Nutzen steht. Darüber hinaus können derartig zeitintensive Veranstaltungen auf die eingeladenen Bürger:innen abschreckend wirken und ihre Bereitschaft zur Teilnahme senken. Um derartige Veranstaltungen durchführen zu können, sollten die Veranstalter:innen den Teilnehmenden daher Aufwandsentschädigungen anbieten.[200] Ansonsten bestehen für gewisse gesellschaftliche Gruppen, wie beispielsweise alleinerziehende Mütter, weitaus größere Hindernisse, um an einer Veranstaltung teilzunehmen. Um Aufwandsentschädigungen leisten zu können, würden Veranstalter:innen deutlich mehr finanzielle Ressourcen benötigen, welche möglicherweise nicht vorhanden sind. Selbst wenn durch eine kürzere Veranstaltung der zeitliche Rahmen nicht optimal für einen Partizipationsprozess ist, so ist eine kürzere Veranstaltung besser als keine Veranstaltung, da ansonsten die Zahl der Teilnehmenden reduziert wird und eine niedrigere Repräsentativität der Ergebnisse entsteht.

Die Auswertung der Fragebögen an die Teilnehmenden von Veranstaltungen zeigte, dass mehr Teilnehmende der Europe Direct Veranstaltung mit dem zeitlichen Rahmen der Veranstaltung zufrieden waren als bei der Pforzheimer Veranstaltung[201], obwohl der zeitliche Rahmen der Pforzheimer Veranstaltung größer war.[202] Neben der Dauer der Veranstaltungen wird die Wahrnehmung des zeitlichen Rahmens von weiteren Aspekten der Veranstaltung beeinflusst:

[199] Ebd.
[200] Vgl. OECD, S. 10.
[201] Vgl. Anlage 9, Nr. 11b; Anlage 10, Nr. 13b.
[202] Vgl. Anlage 4, Tabelle 2.

a) Technische Probleme

Die teilnehmende Beobachtung der Pforzheimer Veranstaltung machte deutlich, dass gerade bei Online-Veranstaltungen die Abhängigkeit von der Technik eine große Herausforderung für die Durchführung von Veranstaltungen darstellt.[203] Aufgrund von technischen Problemen bezüglich der genutzten Portale Zoom und Qico-Chat kam es zu Verzögerungen, welche sich auf die Dauer der Kleingruppenarbeit auswirkten.[204] Um den zeitlichen Rahmen der gesamten Veranstaltung einhalten zu können, musste die Kleingruppenarbeit zeitlich eingeschränkt werden, wodurch die Teilnehmenden weniger Zeit hatten, um ihre Ideen vorzustellen.[205] Vergleicht man die Antworten der Teilnehmenden, zeigt sich, dass prozentual mehr Teilnehmende der Pforzheimer Veranstaltung, eher nicht das Gefühl hatten ausreichend Möglichkeiten bekommen zu haben, um Ihre Meinung in die Diskussion einzubringen, als die Teilnehmenden der Veranstaltung von Europe Direct Stuttgart, welche nicht unter technischen Problemen litt.[206] Die Bewertung des zeitlichen Rahmens fiel hinsichtlich der Pforzheimer Veranstaltung ebenfalls schlechter aus.[207] Die Hypothese „Je mehr technische Probleme innerhalb einer Veranstaltung auftreten, desto unzufriedener sind die Teilnehmenden mit dem zeitlichen Rahmen einer Veranstaltung“ kann somit verifiziert werden.

Die Veranstalter:innen sollten daher im Rahmen ihrer Veranstaltung ausreichend Zeit für mögliche technische Probleme einplanen. Darauf sollte, insbesondere bei der Verwendung aufwändigerer Techniken, wie der Dolmetsch-Funktion von Zoom im Fall der Pforzheimer Veranstaltung, geachtet werden.

b) Thematische Breite der Veranstaltung

Innerhalb der Europe Direct Veranstaltung diskutierten die Teilnehmenden über zwei konkrete Fragen bezüglich den Themen Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Die Teilnehmenden fanden sich hierfür in Kleingruppen zusammen und

[203] Vgl. Anlage 4, Tabelle 8.
[204] Ebd.
[205] Ebd.
[206] Vgl. Anlage 9, Nr. 13; Anlage 10, Nr. 15.
[207] Vgl. Anlage 9, Nr. 11 b; Anlage 10, Nr. 13 b.

erarbeiteten ohne Moderation eine gemeinsame Antwort.[208] Auch innerhalb der Pforzheimer Veranstaltung wurden den Teilnehmenden Fragen gestellt, welche jedoch inhaltlich offener waren. Die Arbeit in der beobachteten Kleingruppe stellte darüber hinaus keine Diskussion dar.[209] Die Teilnehmenden bewerteten die inhaltliche Breite der Veranstaltung mit einer durchschnittlichen Note von 3,17 (1=sehr gut;6=sehr schlecht) und somit schlechter, als die Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung (2,63).[210] Innerhalb des Fragebogens an die Teilnehmenden der Pforzheimer Veranstaltung wurde das Thema darüber hinaus als zu umfangreich kritisiert.[211] Auch die Bewertung der Frage, ob die Teilnehmenden genügend Möglichkeiten geboten bekommen haben, um Ihre Meinung in die Diskussion einzubringen, fällt für die Pforzheimer Veranstaltung prozentual schlechter aus als für die Veranstaltung von Europe Direct Stuttgart.[212]

In diesen Fällen kann der Hypothese „Je breiter das Thema einer Veranstaltung, desto mehr Zeit wird benötigt.“ zugestimmt werden. Je offener das zu behandelnde Thema ist, umso mehr Zeit muss somit für eine Veranstaltung eingeplant werden, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben all Ihre Ideen und Meinungen einzubringen.

7.1.3. Transparenz

Die mehrsprachige digitale Plattform

Die digitale Plattform gibt interessierten Bürger:innen die Möglichkeit sich über die Konferenz zu informieren. Hier finden sich bspw. Dokumente und Informationen über die Konferenz im Allgemeinen, das Verfahren oder die Voraussetzungen für die Organisation einer Veranstaltung.

[208] Vgl. Anlage 4, Tabelle 6.
[209] Vgl. Anlage 9, Nr. 13; Anlage 10, Nr. 15.
[210] Vgl. Anlage 9, Nr. 11c; Anlage 10, Nr. 13c.
[211] Vgl. Anlage 10, Nr. 9.
[212] Vgl. Anlage 9, Nr. 13; Anlage 10, Nr. 15.

Die Bezeichnung „mehrsprachige digitale Plattform“ verspricht bereits die Möglichkeit, die dort enthaltenen Informationen in mehreren Sprachen abzurufen. Die Plattform steht in allen 24 Amtssprachen der EU zur Verfügung.[213] Dies gilt sowohl für die offiziellen Dokumente und Angaben der EU als auch die Einträge und Veranstaltungen der Teilnehmenden. Letztere können mithilfe eines Übersetzungstools automatisch in die gewünschte Sprache übersetzt werden.[214] Bezüglich der automatischen Übersetzung versieht die EU diese Möglichkeit mit einem Warnhinweise, welcher besagt, dass die automatischen Informationen nicht zu 100% korrekt sein könnten.[215] Gemäß der Sprachenpolitik des Online-Auftritts der EU kann es darüber hinaus Ausnahmen geben, in welchen nicht alle Informationen in allen Sprachen verfügbar sind.[216] Dies sei beispielsweise bei „dringende[n] oder kurzlebige[n] Informationen“[217] der Fall. Die Analyse der digitalen Plattform ergab hierbei, dass nicht alle Zwischenberichte über die Plattform in allen Sprachen verfügbar sind. Beispielsweise gibt es Dokumente wie den „Report on contributions per Member State“ zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit nur in Englisch.[218] Auch die Plattform-Zwischenberichte gibt es teilweise nicht in allen Sprachen. Beispielsweise lässt sich in Slowenisch lediglich auf den ersten Zwischenbericht zur Plattform von August 2021 zugreifen, wohingegen im Deutschen und Englischen bereits zwei weitere Berichte zur Verfügung stehen.[219] Interessierte Bürger:innen, welche lediglich der slowenischen Sprache mächtig sind, fehlen damit wichtige Informationen bezüglich der Konferenz, was als Mangel an Transparenz auszulegen ist.

[213] Vgl. Anlage 3, Screenshot 2.
[214] Vgl. Anlage 3, Screenshot 1.
[215] Ebd.
[216] Vgl. https://european-union.europa.eu/languages-our-websites_de (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[217] Ebd.
[218] Vgl. https://futureu.europa.eu/pages/reporting?locale=en (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[219] Vgl. https://futureu.europa.eu/pages/reporting?locale=sl (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021); https://futureu.europa.eu/pages/reporting?locale=en (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021); https://futureu.europa.eu/pages/reporting?locale=de (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).

Die Europäischen Bürgerforen

Bezüglich der Europäischen Bürgerforen finden sich auf der digitalen Plattform der Konferenz sowohl generelle Informationen zur Erklärung der Foren, der Zeitplan und Berichterstattungen über die Sitzungen der Bürgerforen.[220] Hierbei wird stets darauf verwiesen, dass die Bürgerforen sich gemäß der vorgegebenen Konzeption zusammensetzen. Zum jetzigen Zeitpunkt wurden keine tatsächlichen Daten über die Zusammensetzung der Foren veröffentlicht.

Die Veranstaltungen

Innerhalb der beobachteten Veranstaltungen gab es keine Anzeichen für fehlende Transparenz. Ein wichtiger Aspekt für die Veranstalter:innen ist hierbei die Veröffentlichung eines Berichts auf der digitalen Plattform, da Teilnehmenden hierdurch erkennen können, ob die besprochenen Themen und Ergebnisse tatsächlich in die Konferenz eingebracht werden. Darüber hinaus bietet sich ihnen auf der Plattform die Möglichkeit die Veranstaltung zu kommentieren und zu ergänzen, falls dies nicht der Fall sein sollte.

Die Auswertung des Fragebogens an die Veranstalter:innen ergab, dass lediglich für eine Veranstaltung kein Bericht veröffentlicht werden solle. Die restlichen Veranstalter:innen gaben entweder an, dass sie bereits einen Bericht veröffentlicht hätten oder noch veröffentlichen werden.[221] Die Stichprobe von Veranstaltungen ergab, dass lediglich für 50% der ausgewählten Veranstaltungen ein Bericht veröffentlich wurde.[222] Die Ergebnisse des Fragebogens an die Veranstalter:innen sind in diesem Fall somit nicht repräsentativ. Abgesehen von den Auswirkungen fehlender Berichte auf die Ergebnisse der Konferenz, welche in Kapitel 7.1.5. diskutiert werden, führt die fehlende Berichterstattung auch zu einer mangelhaften Transparenz.[223] Der Bericht ist hierbei nicht zwingend auf der digitalen Plattform der Konferenz zu veröffentlichen. Hinsichtlich der Transparenz wäre es auch

[220] Vgl. https://futureu.europa.eu/assemblies/citizens-panels (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[221] Vgl. Anlage 11, Nr. 11.
[222] Vgl. Anlage 12.
[223] Vgl. Kapitel 7.1.5. der vorliegenden Arbeit.

möglich den Bericht auf eine andere Art und Weise der Öffentlichkeit und den Teilnehmenden zur Verfügung zu stellen.

7.1.4. Hinreichend offenes und relevantes Thema

Wie in Kapitel 4.4.1.4. dargestellt wurde, setzt sich dieses Kriterium aus drei Unterkriterien zusammen:

1. Kompetenzen der EU
2. Offenheit und Breite der Themen
3. Relevanz der Themen[224]

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern die einzelnen Unterkriterien erfüllt sind:

1. Kompetenzen der EU

Ein Themengebiet kann nur als hinreichend offen angesehen werden, wenn die EU die entsprechenden Kompetenzen hat, um die Ergebnisse der Konferenz umzusetzen. Gemäß dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung kann die EU nur innerhalb der Zuständigkeiten, welche ihr von den Mitgliedsstaaten übertragen wurden, tätig werden.[225]

Wie in Tabelle 1 der Anlage 1 dargestellt wird, verfügt die EU, abgesehen von der Kategorie „Digitaler Wandel“, in allen Themenfeldern mindestens über besondere Zuständigkeit bzw. Sanktionsmöglichkeiten.[226] Trotz der fehlenden Kompetenz im Bereich „Digitaler Wandel“ kann das Unterkriterium der Kompetenzen als erfüllt angesehen werden. Auf der Webseite der Konferenz argumentiert die EU, dass eine steigende Digitalisierung als Grundvoraussetzung für Klimaschutz und ökologischen Wandel angesehen wird.[227] Betrachtet man die Unterkategorien des Themengebiets „Digitaler Wandel“[228], sowie die am häufigsten kommentierten und

[224] Vgl. Kapitel 4.4.1.4. der vorliegenden Arbeit.
[225] Vgl. EUV, Art. 5 Abs. 2.
[226] Vgl. Anlage 1, Tabelle 1.
[227] Vgl. https://futureu.europa.eu/processes/Digital (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[228] Vgl. https://futureu.europa.eu/processes/Digital (zuletzt abgerufen am 04.01.2022).

unterstützten Ideen der Plattform[229], lässt sich ebenfalls feststellen, dass es sich hierbei um Querschnittsthemen handelt, in welchen die EU über Kompetenzen verfügt.

In Kapitel 4.4.1.4. wurde bereits die Voraussetzung für eine Ausnahme formuliert, wonach die Beratung über kompetenzüberschreitende Themen grundsätzlich möglich ist, wenn das Ergebnis des Partizipationsprozess eine Kompetenzumverteilung darstellen kann.[230] Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Suica schloss vor Beginn der Konferenz nicht aus, dass die Konferenz zu Änderungen der EU-Verträge führen könne, wonach eine Kompetenzumverteilung theoretisch möglich erscheint.[231] Die Diskussionen im Rat bezüglich der Konferenz zeigten jedoch, dass ein Großteil der Mitgliedsstaaten ebendies verhindern möchte.[232] Die Stellung des Rates und die allgemeine politische Situation der Union lassen wenig Hoffnung auf eine tatsächliche Änderung der Verträge durch die Konferenz.[233] Sollte die Kommission oder das Parlament jedoch tatsächlich dieses Ziel verfolgen, könnten die Ergebnisse der Konferenz eine Art Druckmittel gegenüber dem Rat bzw. den Mitgliedsstaaten darstellen, falls die Bürger:innen die Änderung der Verträge und die damit einhergehenden Kompetenzumverteilungen fordern sollten.

2. Offenheit und Breite der Themen

Die Themengebiete der Konferenz werden auf der digitalen Plattform zur Konferenz durch Kategorien begrenzt. Beispielsweise wird das Themengebiet „Klimawandel und Umwelt“ durch folgende Kategorien konkretisiert:

- Ressourceneffizienz für eine Kreislaufwirtschaft

[229] Vgl. Dritter Zwischenbericht, S. 82 ff.
[230] Vgl. Kapitel 4.4.1.4.
[231] Vgl. Tagesschau, Alle Bürger sollen bei EU-Reformen mitreden, 22.01.2020.
[232] Vgl. Nicolai von Ondarza/Minna Alander, Die Konferenz zur Zukunft Europas – Herausforderungen und Erfolgsbedingungen für einen Reformimpuls, der über Krisenmanagement hinausreicht; in: SWP Aktuell Nr. 20 März 2021, Berlin 2021, S. 2.
[233] Vgl. Kapitel 1.1. der vorliegenden Arbeit.

- Wiederherstellung der Biodiversität und Reduzierung der Umweltverschmutzung
- Sicherstellung eines gerechten und inklusiven ökologischen Übergangs[234]

Die Veranstalter:innen und Teilnehmenden auf der Plattform werden dazu aufgefordert zwischen diesen Kategorien zu wählen, um ihre Vorschläge einzureichen.[235] Die Ergebnisse des dritten Zwischenberichts zeigen jedoch, dass die Teilnehmenden sich nicht auf diese Kategorien beschränkten und weitere Kategorien wie „Förderung der biologischen Vielfalt" ergänzten.[236] Dieses Überschreiten der vorgegeben Kategorien konnte auch innerhalb der Veranstaltung des Staatsministeriums Baden-Württemberg festgestellt werden.[237] Die teilnehmenden Bürger:innen wurden durch die Veranstalter:innen nicht auf die vorhandenen Kategorien beschränkt.[238] Derartig breite und komplexe Themen können einen negativen Effekt auf eingeladene Bürger:innen und deren Bereitschaft zur Teilnahme an Veranstaltungen entfalten, indem sie die Bürger:innen überfordern.[239] Darüber hinaus wurde unter Kapitel 7.1.2. die Interdependenz zwischen dem zeitlichen Rahmen und der Offenheit des Themas untersucht.[240] Demnach gilt, dass je breiter das Thema einer Veranstaltung ist, desto mehr Zeit wird benötigt.

Hinsichtlich des Handlungsspielraums sind die Themen der Konferenz jedoch als hinreichend offen zu betrachten. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass die Bürger:innen in der Einbringung möglicher Forderungen nicht eingeschränkt werden. Zwar umfasst die Konferenz auch Themen, welche in der Vergangenheit bereits in großem Ausmaß diskutiert wurden und in welchen bereits eine Fülle an

[234] Vgl. https://futureu.europa.eu/processes/GreenDeal (zuletzt abgerufen am: 02.01.2022).
[235] Ebd.
[236] Vgl. Dritter Zwischenbericht, S. 22.
[237] Vgl. Anlage 4, Tabelle 6.
[238] Ebd.
[239] Vgl. Christiane Frantz/Holger Kolb, Transnationale Zivilgesellschaft in Europa (Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), Münster 2009, S. 139; Melanie Mbah, Partizipation und Deliberation als Schlüsselkonzepte im Konflikt um die Endlagerung radioaktiver Abfälle? – Herausforderungen für die repräsentative Demokratie, ITAS-ENTRIA-Arbeitsbericht 2017-01, 2017, S. 32.
[240] Vgl. Kapitel 7.1.2. der vorliegenden Arbeit.

Regelungen besteht, jedoch könnte eine Forderung auch den Abbau von Regelungen darstellen.

3. Relevanz der Themen

Die Relevanz der Themen der Konferenz wird anhand der Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage analysiert, welche im Jahr 2020 und somit vor Beginn der Konferenz, von der Kommission und dem Parlament beauftragt wurde. Die Umfrage trägt den Titel „Die Zukunft Europas“ und sollte im Zeitraum zwischen dem 22. Oktober und dem 20. November 2020 „Momentaufnahmen der Wahrnehmung der EU und ihrer Zukunft durch Europäer darstellen.“[241] Eine Kategorie der Umfrage bezieht sich darauf, welche Themen die befragten Europäer:innen als wichtigste Vorzüge der EU betrachten und was ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft der EU darstellen.[242] Obwohl sich die Konferenz zur Zukunft Europas überwiegend mit den Herausforderungen der EU beschäftigt, ergibt sich auch aus den Vorzügen der EU eine Relevanz für die Konferenz. Die Bürger:innen haben ein Interesse daran, dass die als besonders positiv erachteten Aspekte bestehen bleiben bzw. ausgebaut werden. Darüber hinaus birgt die Behandlung der Vorzüge das Potenzial den Bürger:innen die positiven Aspekte der EU näherzubringen und somit das Vertrauen in die EU stärken. Aus diesem Grund werden im Folgenden sowohl die Herausforderungen als auch die Vorzüge der EU berücksichtigt.

In den Tabellen der Anlage 2 wurden die Themengebiete der Konferenz mit den Ergebnissen der Barometer-Umfrage verknüpft, um darzustellen, ob bzw. inwiefern die ausgewählten Themengebiete von den Bürger:innen als relevant angesehen werden.[243] Die Verknüpfung ergab, dass bis auf das Themengebiet „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ jedes der Themengebiete von mindestens 11% der Europäer:innen als eine der größten Herausforderungen und/oder Vorzüge der EU angesehen wird.[244]

[241] Eurobarometer, S. 5.
[242] Vgl. Eurobarometer, S. 27 i.V.m. S. 29.
[243] Vgl. Anlage 2, Tabelle 1 u. 2.
[244] Vgl. Anlage 2, Tabelle 2.

Die Teilnehmenden der Umfrage konnten nur eine begrenzte Anzahl an Auswahlmöglichkeiten wählen.[245] Ein niedriger Prozentsatz stellt somit nicht zwangsweise ein Indiz für fehlende Relevanz dar. Die entsprechende Antwortmöglichkeit wird lediglich nicht als am relevantesten angesehen. Darüber hinaus fallen teilweise mehrere Antwortmöglichkeiten in eines der Themengebiete der Konferenz.

Das Unterkriterium „Relevanz der Themen" ist somit erfüllt. Dies gilt auch für das Themenfeld „Bildung, Kultur, Jugend und Sport". In einer weiteren Kategorie der Umfrage, wurden die Teilnehmenden gefragt, welche Dinge sie als am hilfreichsten für die Zukunft Europas betrachten.[246] Hierbei wurde an vierter Stelle, mit 22% Zustimmung, „Vergleichbare Ausbildungs-/Bildungsstandards" genannt. Die Relevanz dieses Themas ergibt sich darüber hinaus aus der Zielsetzung der Konferenz. Wie in Kapitel 2.2. dargestellt wurde, sollen junge Europäer:innen eine zentrale Rolle der Konferenz einnehmen. [247] Der dritte Zwischenbericht über die digitale Plattform enthält eine Aufzählung der am häufigsten kommentierten und unterstützten Ideen nach Themen.[248] Die mit 469 Unterstützungen am häufigsten unterstützte Idee trägt den Titel „Die EU braucht besseren Spracherwerb" und ist dem Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport" zugeordnet.[249] Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Relevanz des Themengebiets ebenfalls besteht.

7.1.5. Verbindlichkeit

Die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas folgt auf den Abschlussbericht der Konferenz, welcher im Mai 2022 fertiggestellt und veröffentlicht werden soll.[250] Da diese Arbeit bereits im Vorfeld abgeschlossen wird und nur den Zeitraum zwischen dem Auftakt der Konferenz im April 2021 und dem 31. Dezember 2021 berücksichtigt, können hier keine Aussagen über die

[245] Vgl. Eurobarometer, S. 28 i.V.m S. 30.
[246] Vgl. Eurobarometer, S. 32.
[247] Vgl. Kapitel 2.2. der vorliegenden Arbeit.
[248] Vgl. Dritter Zwischenbericht, S. 89.
[249] Ebd.
[250] Vgl. Timeline der Konferenz.

tatsächliche Umsetzung der Ergebnisse getroffen werden. Im Folgenden wird das Kriterium „Verbindlichkeit“ somit an den Prozess und die Veröffentlichungen der EU zum Verfahren der Konferenz angelegt, um feststellen zu können, inwiefern eine ausreichende Verbindlichkeit zur Umsetzung der Ergebnisse besteht.

Ein Aspekt des Kriteriums besagt, dass den Bürger:innen bereits im Vorfeld bekannt sein muss, was mit den Ergebnissen der Konferenz geschieht.[251] Die Vizepräsidentin der Kommission Dubravka Suica äußerte bereits im Vorfeld, dass es keine Verpflichtung der EU-Institutionen zur Umsetzung geben werde und die Ergebnisse weiterverfolgt werden sollen.[252] Dies spiegelt sich auch in der Gemeinsamen Erklärung der EU-Institutionen zur Konferenz wider: Wie bereits unter Kapitel 2.2 dargestellt wurde, verpflichten sich die EU-Institutionen in der Gemeinsamen Erklärung dazu, im Rahmen ihrer Kompetenzen zu prüfen, „wie ein effektives weiteres Vorgehen im Anschluss an den Bericht zu gestalten sein wird.“[253] Der Rat setzte sich bereits im Juni 2020 im Zuge eines Positionspapiers für ein derartiges Vorgehen ein.[254] Die Gemeinsame Erklärung wurde am 10. März 2021 veröffentlicht und somit vor Beginn des Partizipationsprozesses.[255] Das Unterkriterium der frühzeitigen Information über bestehende Verbindlichkeiten ist somit erfüllt.

Fraglich ist jedoch, inwiefern diese Verpflichtung der EU-Institutionen eine tatsächliche Verbindlichkeit darstellt, aufgrund derer sich die Teilnahme der Bürger:innen lohnt. Die Prüfung der Kompetenzen hinsichtlich potenzieller Maßnahmen stellt eine sehr weiche Verbindlichkeit dar, welche die Institutionen nicht zu konkreten Handlungen verpflichtet. Darüber hinaus besteht kein unabhängiger Kontrollmechanismus, welcher die Kompetenzprüfung der Institutionen überwacht.

Eine derart vage Verpflichtung zur Umsetzung bzw. Prüfung kann nicht als ausreichende Verbindlichkeit angesehen werden. Den Bürger:innen ist zwar

[251] Vgl. Kapitel 4.4.1.5. der vorliegenden Arbeit.
[252] Vgl. Tagesschau 2020.
[253] Joint Declaration, S. 3.
[254] Vgl. Rat der Europäischen Union 2020b, S. 7.
[255] Vgl. Kapitel 2.1. der vorliegenden Arbeit.

bekannt, was nach der Konferenz mit den Ergebnissen geschehen soll, aber sie wissen nicht, ob die Ergebnisse auch umgesetzt werden. Das Kriterium der Verbindlichkeit ist somit nicht erfüllt.

Die Veranstaltungen

Die Verbindlichkeit bezieht sich nicht nur auf den gesamtheitlichen Prozess. Auch die Organisator:innen von Veranstaltungen im Zuge der Konferenz, haben eine gewisse Verbindlichkeit zu gewährleisten**.** Deren Verbindlichkeit bezieht sich auf die tatsächliche Einbringung der Ergebnisse über die Veröffentlichung eines Berichts auf der Online-Plattform der Konferenz. Die Auswertung der Stichprobe von Veranstaltungen ergab jedoch, dass 50% der Veranstalter:innen keinen Bericht auf der Plattform veröffentlichten.[256] Ohne die Einbringung eines Berichts kann die Teilnahme der Bürger:innen im Auswertungsprozess nicht berücksichtigt werden, weshalb in diesen Fällen das Kriterium „Verbindlichkeit" ebenfalls nicht erfüllt ist.

Handlungsempfehlungen:

Ein weiterer Verlust des Vertrauens der Bürger:innen in die Europäische Union aufgrund mangelnder Umsetzung der Ergebnisse muss zweifellos vermieden werden. Ein Vorgehen wie bspw. bei der nicht erfolgten Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP oder der Bürgerbefragung zur Abschaffung der Sommerzeit würde sich als kontraproduktiv erweisen und die Vertrauenskrise zwischen den Bürger:innen und der EU weiter vertiefen.[257]

Im weiteren Prozess sollten die EU-Institutionen daher unbedingt eine transparente und nachvollziehbare Kommunikation des Prüfungs- und Umsetzungsprozesses schaffen. Abweichungen und Priorisierungen müssen veröffentlicht und ausreichend begründet werden. Sollte die Konferenz in Zukunft in dieser oder

[256] Vgl. Anlage 12.
[257] Vgl. Ondarza/Alander, S. 6.

ähnlicher Art fortgesetzt werden, muss eine verbindlichere, institutionalisierte Umsetzung der Ergebnisse geschaffen werden, um einen erfolgreichen Partizipationsprozess gewährleisten zu können.

Bezüglich des Einbringens von Berichten der Veranstaltungen kann die EU nicht für den Mangel an Berichten verantwortlich gemacht werden. Denkbar wäre jedoch eine automatisierte Benachrichtigung für Veranstalter:innen, wenn innerhalb eines gewissen Zeitraums, nach Ablauf der Veranstaltung kein Bericht veröffentlicht wurde. Ein derartiger Mechanismus besteht zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

7.2. Methodische Voraussetzungen

7.2.1. Frühzeitige Einbindung der Bürger:innen

Wie in Kapitel 4.4.2.1. dargestellt wurde, muss die Einbindung der Zivilgesellschaft und der Bürger:innen frühzeitig geschehen, da in den früheren Phasen die Gestaltungsspielräume am größten sind.[258] Diese Vorgehensweise bezieht sich auf Prozesse mit konkreteren Zielen, als dem der Konferenz. Die Beteiligung im Rahmen der Konferenz beschäftigt sich nicht mit der Frage, ob oder wie ein konkreter Vorschlag der EU umgesetzt werden soll, sondern viel mehr damit, was die Bürger:innen sich allgemein von der EU wünschen. Die Beteiligung der Bürger:innen findet somit nicht innerhalb eines Gestaltungsprozesses statt, sondern ist potenziellen Gestaltungsprozessen vorgegliedert, weshalb davon auszugehen ist, dass eine frühere Beteiligung der Bürger:innen grundsätzlich nicht zu mehr Gestaltungsspielräumen geführt hätte.

Ein weiterer Aspekt der frühzeitigen Einbindung der Bürger:innen stellt die frühzeitige Definition eines klaren Ziels des Partizipationsprozesses dar.[259] Im Falle der Konferenz stellt sich die Frage, ob eine frühzeitige Konkretisierung der Ziele der Konferenz zu einer höheren Beteiligung geführt hätte.

Hierfür spricht zum einen, dass eine zu hohe Komplexität der zu behandelnden Themen zu sinkender Teilnahmebereitschaft führt.[260] Ein weiteres Indiz hierfür ergab sich aus einer Anhörung des Generalsekretärs der Europäischen Bewegung Deutschlands, Bernd Hüttemann, im Europa-Ausschuss des Landtags Baden-Württemberg.[261] Hier äußerte er, dass eine Befragung der Mitglieder des Vereins ergab, dass ein Großteil der Mitglieder mit ihrer Teilnahme an der Konferenz haderten, da ihnen das Ziel der Konferenz nicht klar war.[262]

[258] Vgl. Kapitel 4.4.2.1. der vorliegenden Arbeit.
[259] Ebd.
[260] Vgl. Kapitel 4.4.1.4. der vorliegenden Arbeit.
[261] Siehe Landtag BW, Ausschuss für Europa und Internationales, 23.11.2021.
[262] Ebd., Zeitpunkt: 28:40 Min.

7.2.2. Beteiligung einer Vielfalt von Bürger:innen

Deliberative Partizipationsprozesse zielen darauf ab, eine möglichst große Vielfalt an Bürger:innen zu beteiligen.[263] Im Folgenden wird untersucht, inwiefern die Konferenz diesem Kriterium entspricht und ob die Hypothese „Je gezielter die Auswahl der Teilnehmenden erfolgt, desto diverser ist die Gruppe der Teilnehmenden“ zutrifft.

Die EU beabsichtigt grundsätzlich alle Bevölkerungsschichten an der Konferenz zu beteiligen, mit einem verstärkten Fokus auf jungen Europäer:innen.[264] Eine Kategorie der unter 7.1.4. bereits erwähnten Eurobarometer-Umfrage bezieht sich auf die Konferenz zur Zukunft Europas, worin unter anderem erfragt wurde, wer laut den Europäer:innen aktiv an der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligt werden soll.[265] Das Ergebnis dieser Umfrage zeigt, dass 51% der Beteiligten dafür stimmten, dass „gewöhnliche Bürger“ und junge Menschen (47%) den Mittelpunkt der Konferenz darstellen sollen.[266] Die darauffolgend am häufigsten gewählten Antwortmöglichkeiten sind nationale Regierungen (42%), Akademiker, Experten, Intellektuelle, Wissenschaftler (40%) und die EU-Institutionen (31%).[267] Somit deckt sich die Vorstellung der EU und der Bürger:innen, dass überwiegend gewöhnliche Bürger und insbesondere junge Menschen an der Konferenz teilnehmen sollen. Im Folgenden wir untersucht, welche Bevölkerungsgruppen besonders häufig an der Konferenz teilnehmen und ob eine Überrepräsentation vorliegt.

[263] Vgl. Kapitel 4.4.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[264] Vgl. Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit.
[265] Ebd., S. 20.
[266] Ebd., S. 20.
[267] Ebd.

Die mehrsprachige digitale Plattform

Die digitale Plattform kann von allen Bürger:innen genutzt werden, um ihre Ideen und Beiträge zur Konferenz einzubringen.[268] Bezüglich der Auswahl der Teilnehmenden herrscht somit das Verfahren der Selbstselektion.[269]

Der dritte Zwischenbericht über die mehrsprachige digitale Plattform zur Konferenz beinhaltet ein Kapitel, welches die aktiven Nutzer der Plattform hinsichtlich ihres Alters, Geschlechts, Bildungsgrads und Beschäftigungsstatus untersucht.[270] 28% der Teilnehmenden gaben keine Angaben bezüglich ihres Geschlechts und Alters an, was darauf zurückzuführen sei, dass auch Organisationen sich auf der Plattform anmelden können.[271]

Besonders negativ hervorzuheben ist die Geschlechterverteilung auf der digitalen Plattform. Gerade einmal 15% der aktiven Personen identifizieren sich als weiblich, wohingegen 57% sich als männlich identifizieren.[272] Mit der vorhandenen Datenlage ist es nicht möglich zu identifizieren, weshalb dem so ist. Eine Studie der Universität Hohenheim zeigte, dass Frauen und Männer sich hinsichtlich der Bewertung von dialogischen Partizipationsmöglichkeiten nicht grundsätzlich unterscheiden.[273] Wie in Kapitel 4.4.2.2. dargestellt wurde, ist die vorliegende Verteilung der Geschlechter äußerst problematisch, da im Sinne des Gender Mainstreamings eine geschlechtsneutrale Wirklichkeit nicht existiert.[274]

Hinsichtlich des Alters zeigt die Statistik über die digitale Plattform, dass das Ziel nicht erreicht werden konnte, insbesondere junge Menschen (16-25 Jahre) an der Konferenz zu beteiligen. Am meisten vertreten ist die Altersgruppe zwischen 55- und 69-Jährigen (21%), dicht gefolgt von der Gruppe der 25- bis 39-Jährigen (19%).[275]

---

[268] Vgl. https://futureu.europa.eu/pages/about?locale=de (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021).
[269] Vgl. Kapitel 4.4.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[270] Vgl. Dritter Zwischenbericht, S. 18.
[271] Ebd.
[272] Ebd.
[273] Vgl. Universität Hohenheim, Bürgerbeteiligung aus Sicht der Bürger:innen in Baden Württemberg, März 2021, S. 17.
[274] Vgl. Kapitel 4.4.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[275] Vgl. Dritter Zwischenbericht, S. 18.

In Bezug auf den Beschäftigungsstatus ergibt die Statistik, dass insbesondere Fachkräfte (15,4%), Führungskräfte (11,9%) und Rentner (12,6%) auf der Plattform aktiv sind.[276] Die Statistik zum Bildungsgrad zeigte, dass 47% Hochschulabsolvent:innen und 11% Studenten sind, welche in Zukunft ebenfalls zur Gruppe mit Tertiärbildung gehören werden.[277] Abzüglich der 34%, welche keine Angaben über ihren Bildungsgrad abgaben, bleiben lediglich 9,2% übrig, welche nicht über Tertiärbildung verfügen bzw. diese anstreben.[278] Somit handelt es sich bei den aktiv Teilnehmenden überwiegend um formal gebildete Personen.

Die Kombination dieser Statistiken ergibt, dass die für die aktiv Teilnehmenden repräsentative Person ein Mann im Alter zwischen 55 und 69 Jahren darstellt, welcher über Tertiärbildung verfügt und Führungs- oder Fachkraft ist. Somit ist die breite Beteiligung auf der digitalen Plattform nicht gegeben. Es herrscht eine eindeutige Überrepräsentation der unter Kapitel 4.4.2.2. bereits dargestellten, ohnehin aktiven, formal gebildeten Menschen im mittleren Alter, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Männern.[279] Hierbei zeigen sich die Risiken der Selbstselektion, da die Sichtweise eines beteiligungsaffinen Milieus eindeutig dominiert.

Ein weiterer negativer Effekt der digitalen Plattform ergibt sich daraus, dass die Ideen der Plattform kontinuierlich über die Zwischenberichte der Konferenz in die europäischen Bürgerforen eingespeist werden und somit direkt in deren Arbeit einfließen.[280] Hieraus entsteht aufgrund der Selbstselektion die Problematik, dass einer Vielzahl von Akteuren die Möglichkeit gegeben wird, die verschiedenen Ebenen der Konferenz über die digitale Plattform zu beeinflussen. Aufgrund der Offenheit der Plattform könnte sie gezielt dazu genutzt werden, um eine Verzerrung des tatsächlichen Stimmungsbilds in der Gesellschaft hervorzurufen, welches über die Zwischenberichte wiederum in die Beratungen der Bürgerforen und somit in die Ergebnisse der Konferenz einfließen würde. Die von künstlicher Intelligenz unterstützte Software, welche zur Auswertung der digitalen Plattform genutzt wird,

[276] Ebd.
[277] Ebd.
[278] Ebd.
[279] Vgl. Kapitel 4.4.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[280] Vgl. Alemano, S. 19.

ist nicht in der Lage derartige Aktivitäten zu erkennen.[281] Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine konkreten Anhaltspunkte vor, welche eine derartige Beeinflussung der Konferenz über die digitale Plattform, bspw. durch externe Staaten oder Interessensvertretungen, belegen könnten. Wie eben dargestellt, wäre dies jedoch möglich.

Um gegen diese Problematik vorgehen zu können, sind verschiedene Handlungen denkbar. Eine Möglichkeit ist die stärkere Kontrolle der Identität der Teilnehmenden im Zuge des Anmeldungsprozesses, bspw. über die Onlinefunktion von Personalausweisen. Für die Teilnehmenden würde dies jedoch zu einem Mehraufwand und somit voraussichtlich zu einer sinkenden Teilnahmebereitschaft führen. Vergleicht man die auf der Plattform registrierten Teilnehmenden (40.717)[282] mit der Gesamtbevölkerung der EU (447 Mio.)[283], entspräche der prozentuale Anteil von Teilnehmenden lediglich 0,00911% der EU-Gesamtbevölkerung. Demnach kann ohnehin nicht von einem repräsentativen Ergebnis der Konferenz ausgegangen werden. Eine weitere Reduzierung der Teilnehmenden ist daher zu vermeiden.

Eine weitere Möglichkeit wäre, das Verfahren der Konferenz zu verändern. Würde man bspw. der digitalen Plattform die Verbindlichkeit nehmen, dass deren Ergebnisse in die Beratungen der Bürgerforen, könnte man die digitale Plattform als einen Ort nutzen, an welchem die Bürger:innen frei von sprachlichen Barrieren miteinander über europäische Themen diskutieren können und möglicherweise einen Schritt in Richtung europäischer Öffentlichkeit gehen.[284] Hieraus würde wiederum resultieren, dass die gesamten Beiträge der Plattform, sowie die Berichte der Veranstaltungen nicht in das Ergebnis der Konferenz einfließen könnten und lediglich die europäischen Bürgerforen zu konkreten Ergebnissen führen würden. Wie in Kapitel 7.1.5. dargestellt wurde, kann fehlende Verbindlichkeit ebenfalls zu

[281] Ebd.
[282] Vgl. https://futureu.europa.eu/?locale=de (Stand 31.12.2021).
[283] Vgl. Statista, Europäische Union & Euro-Zone: Entwicklung der Einwohnerzahl in EU und Euro-Zone im Zeitraum 1960 bis 2021 (Stand 01.07.2021).
[284] Die Sprachenvielfalt der EU wird in der Literatur häufig als eines der größten Hindernisse für eine europäische Öffentlichkeit angesehen. Vgl. Grimm, S. 42; Peter Graf Kielmansegg, Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 1996, S. 55.

einer Senkung der Teilnahmebereitschaft und dem Verlust von Vertrauen gegenüber der EU führen.[285]

Inwiefern eine Überarbeitung des Analyse-Algorithmus möglich ist, um derartige Aktivitäten innerhalb der bestehenden Konzeption zu identifizieren, kann innerhalb dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Sollte dies möglich sein, wäre dies voraussichtlich die sinnvollste Lösung, um die Verbindlichkeit der digitalen Plattform zu erhalten.

Die europäischen Bürgerforen

Die Auswahl der Teilnehmenden der europäischen Bürgerforen beruht auf einer Kombination aus gezielter und zufälliger Auswahl.[286] Die Kombination der beiden Verfahren birgt die Vorteile, dass ein Ausgleich zwischen über- und unterrepräsentierten Gruppen geschafften wird.[287] Zum jetzigen Zeitpunkt wurden keine offiziellen Daten veröffentlicht, welche eine detaillierte Darstellung der Zusammensetzung der vier Foren beinhalten. In den ersten Berichten der vier Foren findet sich jeweils derselbe Textbaustein, laut welchem das jeweilige Forum die Vielfalt der EU widerspiegeln soll, „was geografische Herkunft (Staatsangehörigkeit und städtisches/ländliches Umfeld), Geschlecht, Alter, sozioökonomischen Hintergrund und Bildungsstand angeht."[288] Darüber hinaus bestehen die jeweiligen Foren zu einem Drittel aus jungen Menschen.[289] Als junge Menschen werden hierbei Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren bezeichnet.[290]

[285] Vgl. Kapitel 7.1.5. der vorliegenden Arbeit.
[286] Vgl. Kapitel 2.2. der vorliegenden Arbeit.
[287] Vgl. Kapitel 4.4.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[288] Bericht Forum 1, Sitzung 1, S. 4; Bericht Forum 2, Sitzung 1, S. 3; Bericht Forum 3, Sitzung 1, S. 3; Bericht Forum 4, Sitzung 1, S. 3.
[289] Ebd.
[290] Ebd.

Gesellschaftliche Randgruppen wurden bei der Auswahl der Teilnehmenden nicht besonders beachtet, woraus folgt, dass keine explizite Stärkung marginalisierter Gesellschaftsgruppen erfolgt.[291]

Die Veranstaltungen

Die Umfrage unter den Veranstalter:innen zeigte, dass der Großteil der Veranstaltungen auf dem Verfahren der Selbstselektion (66,67%) basierte.[292] Lediglich 42,42%, gaben an, dass Sie trotz allem Maßnahmen getroffen hätten, welche sicherstellen sollten, dass die Teilnehmenden eine gemischte Gruppe, bspw. hinsichtlich Alter, Geschlecht oder Berufsstand, darstellt.[293]

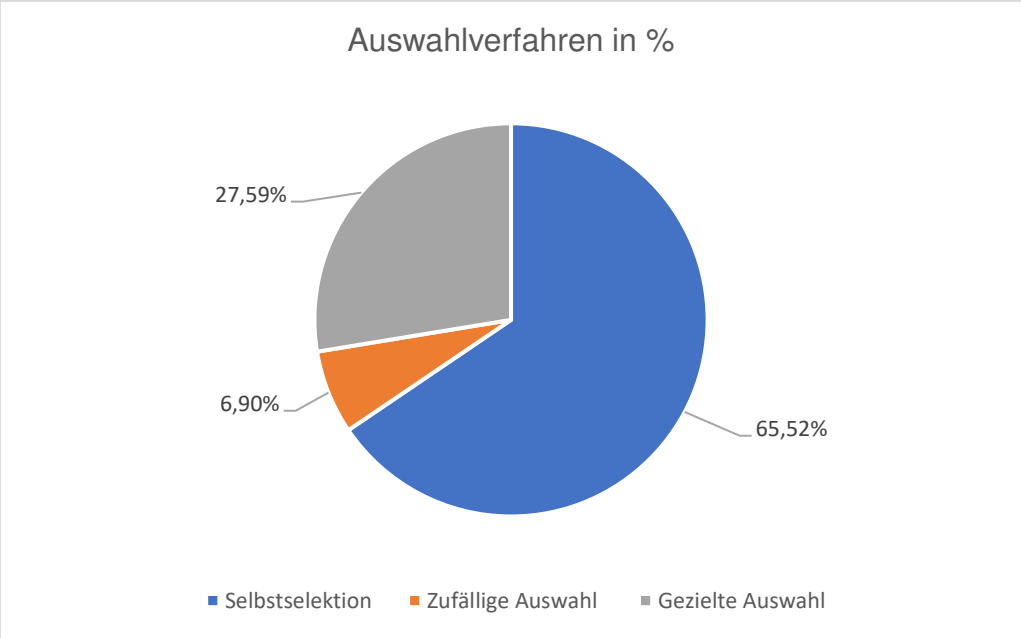

Abbildung 3: Verhältnis der gewählten Auswahlverfahren in Prozent

(eigene Darstellung auf Grundlage der Daten der Umfrage an Veranstalter:innen[294])

[291] Vgl. Alemano, S. 22.
[292] Vgl. Anlage 11, Nr. 8.
[293] Vgl. Anlage 11, Nr. 9.
[294] Ebd.

Doch auch wenn derartige Maßnahmen getroffen werden, führt dies nicht zwangsweise zu Erfolg, was sich unter anderem anhand der Veranstaltung des Staatsministeriums Baden-Württemberg zeigte. Die Organisator:innen wählten die zufällige Auswahl und luden aus dem Melderegister Baden-Württembergs 1500 Menschen ein.[295] Hierbei sollte die Repräsentativität der Teilnehmenden dadurch hergestellt werden, dass bei der zufälligen Auswahl sowohl die Kriterien Geschlecht und Alter als auch Migrationshintergrund berücksichtigt wurden.[296] Durch die teilnehmende Beobachtung bestätigte sich die bereits dargestellte Problematik, dass eine Art Selbstselektion innerhalb der zufällig ausgewählten Gruppe entstand.[297] Von den 1500 eingeladenen Personen waren 50 Teilnehmende bei der Veranstaltung anwesend[298], wovon 65,31% männlich waren.[299] Die Diskussionen innerhalb der Veranstaltung zeigten darüber hinaus, dass die Teilnehmenden über ein solides Basiswissen und hohes Interesse an Politik und europäischen Themen verfügten.[300] Es lässt sich vermuten, dass die Selbstselektion innerhalb der zufälligen Auswahl dazu führte, dass ohnehin politik- und europainteressierte Personen an der Veranstaltung teilnahmen. In diesem Fall wäre eine Nachrekrutierung im Sinne von *Nanz/Fritsche* sinnvoll gewesen, um die Vielfalt der Teilnehmenden zu stärken.[301]

Die Teilnehmenden der Veranstaltung der Stadt Pforzheim, welche zusätzlich zur zufälligen Auswahl nachrekrutierte, wies hinsichtlich der Vorkenntnisse eine differenziertere Gruppe von Menschen auf.[302] Neben der Nachrekrutierung könnte dies ebenfalls auf die Wahl des Themas zurückzuführen zu sein. Innerhalb des Interviews bezüglich der Pforzheimer Veranstaltung äußerte sich Frau Beilschmidt-Pilz auch zu vorher durchgeführten Bürgerbeteiligungen, welche ebenfalls auf der zufälligen Auswahl der Teilnehmenden basierten. Ihrer Erfahrung nach lassen sich Bürger:innen leichter auf ein derartiges Experiment ein, wenn die zu behandelnde

[295] Vgl. Anlage 7, Nr. 12 u. 13.
[296] Vgl. Anlage 7, Nr. 14.
[297] Vgl. Kapitel 4.4.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[298] Vgl. Anlage 4, Tabelle 4.
[299] Ebd.
[300] Vgl. Anlage 4, Tabelle 9.
[301] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 26.
[302] Vgl. Anlage 4, Tabelle 9.

Thematik etwas ist, dass die Bürger:innen direkt betrifft.[303] Die vorherigen Bürgerdialoge handelten von den Quartieren und Nachbarschaften der Stadt und wiesen eine deutlich höhere Teilnahmebereitschaft auf.[304] Es ist somit anzunehmen, dass die Bereitschaft der Bürger:innen an einem Partizipationsprozess teilzunehmen in Relation zum direkten Einfluss des behandelten Themas auf deren alltägliches Leben steht. Im Gegensatz zur Veranstaltung des Staatsministeriums waren die Themen der Veranstaltung Pforzheims stärker begrenzt. Die Veranstaltung drehte sich rund um die Städtepartnerschaft der beteiligten Kommunen bspw. hinsichtlich der Frage, wie sich diese Verbindung fördern und vertiefen lässt. Hierbei wurde auch ein Bezug zur Europäischen Union geschaffen.[305] Innerhalb der teilnehmenden Beobachtung zeigte sich, dass die Teilnehmenden ein hohes Interesse an der Städtepartnerschaft hatten, was sie voraussichtlich dazu motivierte an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Veranstaltung des Staatsministeriums beschäftigte sich hingegen mit allen zehn Themenbereichen der Konferenz und die Teilnehmenden konnten frei von thematischen Beschränkungen ihre Ideen einbringen. Derartig weite Themengebiete können auf potenzielle Teilnehmende abschreckend wirken. Diese Erkenntnis ergibt sich ebenfalls aus den Ergebnissen des Fragebogens an Veranstalter:innen. Hinsichtlich der Frage, was sie anders machen würden, wenn sie dieselbe Veranstaltung noch einmal organisieren würden, antworteten zwei Veranstalter:innen, dass sie ein kleineres Themenspektrum wählen würden, um die Teilnehmenden nicht zu überfordern und dadurch mehr Teilnehmende gewinnen zu können. [306]

Die Veranstaltung von Europe Direct Stuttgart basierte auf der gezielten Auswahl von Teilnehmenden.[307] Die Befragung der Teilnehmenden ergab eine große Vielfalt hinsichtlich des Interesses an politischen Themen (Abb. 4) und den Vorkenntnissen über die EU (Abb. 5).[308]

[303] Vgl. Anlage 6, Nr. 9.
[304] Ebd.
[305] Vgl. Dokumentation der Veranstaltung „Gemeinsamer digitaler Bürgerdialog Pforzheim und Komitat Györ-Moson-Sopron“, S. 4 ff.
[306] Vgl. Anlage 11, Nr. 14.
[307] Vgl. Anlage 5, Nr. 6.
[308] Vgl. Anlage 9, Nr. 6 u. 7.

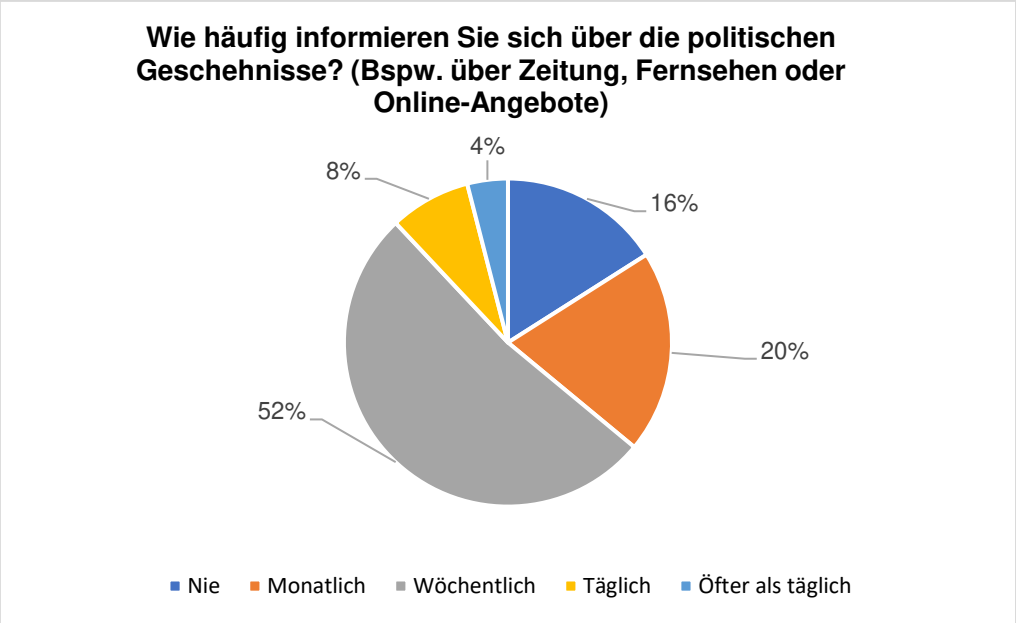

Abbildung 4: Darstellung der Ergebnisse der Umfrage an die Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung bzgl. der Frage, wie häufig die Teilnehmenden sich über politische Geschehnisse informieren
(Eigene Darstellung auf Grundlage der Umfrageergebnisse der Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung[309])

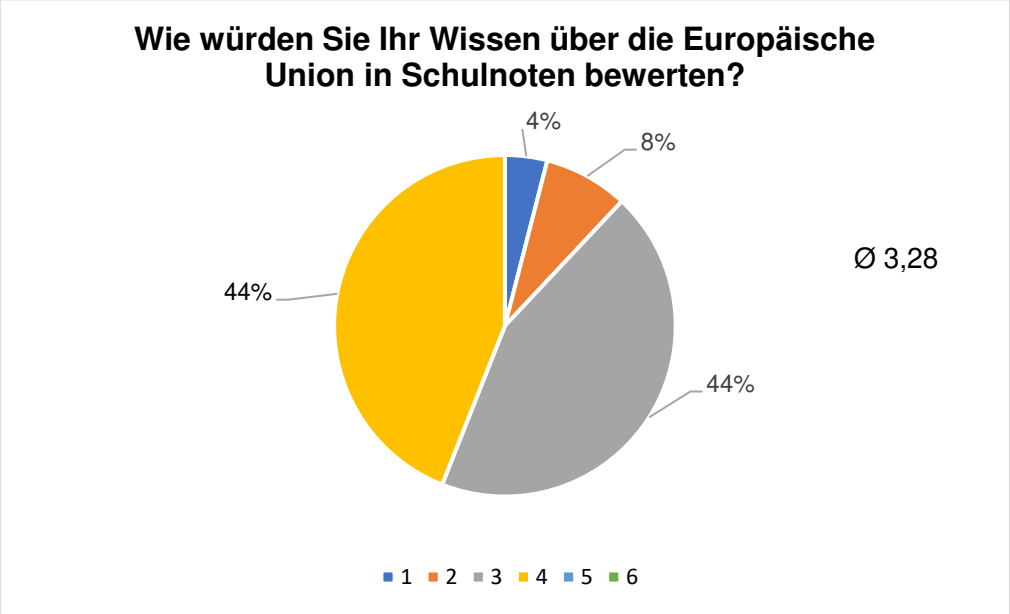

Abbildung 5: Selbsteinschätzung der Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung hinsichtlich ihres Wissens über die EU
(Eigene Darstellung auf Grundlage der Umfrageergebnisse der Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung[310])

[309] Vgl. Anlage 9, Nr. 6.
[310] Vgl. Anlage 9, Nr. 7.

Die teilnehmenden Schüler:innen wurden nicht einzeln, sondern gezielt als Gruppe ausgewählt.[311] Somit wurde nicht versucht eine neue Gruppe zu schaffen, sondern auf einer bereits bestehenden Gruppe aufgebaut. Hinsichtlich des Alters stellten die Teilnehmenden keine repräsentative Gruppe dar, da es sich um Schüler:innen im Alter von 15 bis 18 handelte.[312] Insbesondere hinsichtlich des Ziels der Konferenz einen besonderen Fokus auf junge Europäer:innen zu legen, kann ein derartiges Vorgehen innerhalb einzelner Veranstaltungen nicht als negativ ausgelegt werden. Die gezielte Auswahl, welche es sich um Ziel setzt, eine diverse Gruppe von Menschen mit unterschiedlichen Vorkenntnissen zu beteiligen, kann ebenfalls erfolgreich sein, wenn auf bestehenden Gruppen oder Formaten aufgebaut wird und die Teilnehmenden aufgrund von Anreizen daran teilnehmen, welche nicht zwangsweise im Zusammenhang mit dem Partizipationsprozess an sich stehen. Darüber hinaus zeigt sich in der Umfrage unter den Teilnehmenden, dass im Falle der Veranstaltung von Europe Direct Stuttgart 64% der Teilnehmenden zum ersten Mal an einer politischen bzw. partizipativen Veranstaltungen teilgenommen haben. Der Hypothese „Je gezielter die Auswahl der Teilnehmenden erfolgt, desto diverser ist die Gruppe der Teilnehmenden“ kann somit zugestimmt werden.

Fazit & Handlungsempfehlung:

Wie sich aus der Analyse der ausgewählten Veranstaltungen ergab, scheint die zufällige Auswahl der Teilnehmenden mit gezielter Nachrekrutierung nach *Nanz/Fritsche*[313] die erfolgversprechendste Variante zu sein, um eine möglichst diverse Gruppe zu bilden. Die Bildung einer neuen Gruppe ist jedoch nicht zwingend notwendig. Die gezielte Auswahl einer bereits bestehenden Gruppe wie bspw. einer Schulklasse, hat abgesehen vom Alter der Teilnehmenden ebenfalls ein hohes Potenzial eine Vielfalt an Menschen zu beteiligen.

Neben der Auswahl der Teilnehmenden haben die Veranstalter:innen bei der Konzeption einer Veranstaltung darauf zu achten, das Thema nicht zu offen zu

[311] Vgl. Anlage 5, Nr. 6.
[312] Vgl. Anlage 9, Nr. 1.
[313] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 26.

gestalten, sodass die potenziellen Teilnehmenden ein klares Bild der thematischen Ausrichtung erhalten. Ein weiterer wichtiger Aspekt hinsichtlich der Wahl des Themas stellt die „Nähe“ zu den Bürger:innen dar. Ein beispielhaftes Vorgehen könnte die Verknüpfung von alltäglichen Dingen, welchen einen Großteil der Bevölkerung beschäftigen, mit einer europäischen Dimension darstellen. Somit kann zum einen der Einfluss und die Bedeutung der EU für die einzelnen Bürger:innen verdeutlicht, als auch eine diversere Beteiligung erzielt werden. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass hierdurch Menschen erreicht werden können, welche sonst nicht an derartigen Veranstaltungen teilnehmen würden oder kein besonderes Interesse an der EU vorweisen. Dieses Vorgehen lässt sich jedoch nicht auf jegliche Themengebiete anwenden.

7.2.3. Kompetente Gestaltung und Optimierung des Prozesses

Einer der wichtigsten Aspekte der kompetenten Gestaltung eines Partizipationsprozesses stellt die Auswahl eines geeigneten Verfahrens dar. Im Folgenden wird zwischen dem Verfahren der gesamten Konferenz und den Verfahren der Veranstaltungen unterschieden. Darüber hinaus wird beleuchtet, inwiefern die EU und die Veranstalter:innen eine Optimierung der jeweiligen Prozesse vornehmen.

Die Auswahl des richtigen Verfahrens hängt von mehreren Kriterien ab: Einerseits sollte ein Verfahren gewählt werden, welches das Potenzial hat, das Ziel des Prozesses zu erreichen. Zum anderen hat das Verfahren auch den Vorstellungen des gewünschten Teilnehmendenkreises zu entsprechen, um die Bereitschaft der Teilnahme zu stärken. Inwiefern die gewählte Konzeption das Potenzial hat die Ziele des Prozesses zu erreichen, wird in Kapitel 8 abschließend geklärt.[314] Im Folgenden wird untersucht, inwiefern das gewählte Verfahren mit den Vorstellungen des gewünschten Teilnehmendenkreises übereinstimmt.

Die Konferenz zielt darauf ab, alle Bürger:innen der Union einzubinden, weshalb grundsätzlich keine gesellschaftliche Gruppe aus dem Teilnehmendenkreis

[314] Vgl. Kapitel 8 der vorliegenden Arbeit.

ausgeschlossen ist.[315] Die Eurobarometer-Umfrage zur Zukunft Europa zeigte, dass die Bürger:innen der EU, welche grundsätzlich bereit wären an einem Partizipationsprozess teilzunehmen, überwiegend die Teilnahme an Treffen in ihrer Gegend, wie bspw. Bürgerdebatten oder -versammlungen, bevorzugen (44%).[316] Diese Art der Beteiligung findet sich innerhalb der Konferenz in den Veranstaltungen wieder. Der Aspekt der örtlichen Nähe der Veranstaltungen konnte jedoch aufgrund der Pandemie in vielen Fällen nicht eingehalten werden.[317] Die Möglichkeit seine Meinungen und Ideen innerhalb von Beiträgen auf der Online-Plattform der Konferenz zum Ausdruck zu bringen, wird gemäß der Eurobarometer-Umfrage von 31% der Befragten als gewünschtes Mittel zur Beteiligung bevorzugt.[318] Somit wurden Verfahren gewählt, welche grundsätzlich den Vorstellungen der Bürger:innen entsprechen, wodurch die Bereitschaft zur Teilnahme gestärkt wird. Nicht explizit berücksichtigt wurden die Ränge zwei und drei der Umfrage, wonach sich die Bürger:innen die Beantwortung von Umfragen (34%) und das Vorbringen ihrer Ideen gegenüber Politikern (31%) wünschten.[319] Insbesondere Letzteres liegt hinsichtlich der Konzeption der Konferenz in der Zuständigkeit der Veranstalter:innen. Ihnen steht offen Politiker:innen einzuladen, um einen Austausch zwischen den Teilnehmenden und Politiker:innen zu schaffen.

Die europäischen Bürgerforen

Die Konzeption der Europäischen Bürgerforen baut gemäß den Ausführungen der EU auf die „zahlreich vorhandenen Erfahrungen von Bürgerversammlungen“[320] auf. Die Konzeption der Konferenz auf der Grundlage von Erfahrungswerten indiziert bereits eine positive Grundhaltung zur Optimierung des Prozesses. Dies zeigt sich auch anhand des zweiten europäischen Bürgerforums „Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“. Im Bericht der ersten Sitzung heißt es hierbei, dass Anpassungen der Tagesordnung vorgenommen

[315] Vgl. Kapitel 2.2. der vorliegenden Arbeit.
[316] Vgl. Eurobarometer, S. 25.
[317] Vgl. Anlage 11, Nr. 4.
[318] Vgl. Eurobarometer, S. 24.
[319] Ebd.
[320] Die europäischen Bürgerforen – Fragen und Antworten, S. 3.

wurden, um den Erkenntnissen der ersten Sitzung Rechnung zu tragen und dass eine der Plenarsitzungen in zwei Teile aufgeteilt wurde, um den Teilnehmenden zu ermöglichen „in vollem Umfang von den Beiträgen der Sachverständigen zu profitieren“[321]. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die Meinung der Teilnehmenden berücksichtigt wurde und auf dieser Grundlage eine Prozessoptimierung stattfand.

Die kompetente Gestaltung der Bürgerforen soll über die Einbindung von Fachleuten, Moderatoren und Faktenprüfern gewährleistet werden.[322] Die Bürger:innen können in ihren Beratungen selbst auswählen, welche Fachleute sie zur Beratung hinzuziehen möchten.[323] Zur Moderation der Bürgerforen werden externe Dienstleister beauftragt, um eine unabhängige Moderation gewährleisten zu können.[324]

Die Veranstaltungen

Die Eurobarometer Umfrage zur Zukunft Europas wies starke nationale Unterschiede hinsichtlich des gewünschten Beteiligungsverfahrens auf. Es zeigte sich, dass die Bürger:innen in 12 Mitgliedsstaaten die Teilnahme an Treffen in ihrer Gegend bevorzugen und in 14 Mitgliedsstaaten eine Beteiligung durch die Beantwortung einer Umfrage bevorzugt wird. Lediglich in Österreich wurde die Option „Vorbringen Ihrer Ideen und Vorschläge gegenüber europäischen und nationalen Politikern“ präferiert.[325] Diese Informationen können für potenzielle Veranstalter bei der Wahl des Verfahrens von hoher Bedeutung sein, um die Teilnahmebereitschaft zu steigern.

Die Umfrage unter den Teilnehmenden der Pforzheimer Veranstaltung ergab, dass sie die Konzeption der Veranstaltung im Durchschnitt mit einer Note von 2,268 (1 =Sehr gut; 6=ungenügend) bewerten.[326] Die Teilnehmenden der Veranstaltung von

[321] Bericht Forum 2, Sitzung 1, S. 7.
[322] Ebd.
[323] Ebd. S. 4.
[324] Vgl. Die europäischen Bürgerforen – Fragen und Antworten, S. 4.
[325] Vgl. Eurobarometer, S. 24.
[326] Vgl. Anlage 10, Nr. 13.

Europe Direct Stuttgart bewerteten die Konzeption durchschnittlich mit 2,648.[327] Hinsichtlich der Frage, ob die Teilnehmenden dieser Veranstaltung den Eindruck hatten ihre Meinung gleichberechtigt einbringen zu können, ergab sich, dass 12 % der Teilnehmenden sich eher nicht gleichberechtigt beteiligt fühlten.[328] Innerhalb der Pforzheimer Veranstaltung fühlten sich alle Teilnehmenden entweder gleichberechtigt beteiligt oder eher gleichberechtigt beteiligt[329], weshalb die Hypothese „Je zufriedener die Teilnehmenden mit der Konzeption einer Veranstaltung sind, desto gleichberechtigter fühlen sie sich beteiligt." zutreffend ist.

Auf Grundlage dieser Erkenntnis können Veranstalter:innen ihr Vorgehen bei der Konzeption weiterer Veranstaltungen optimieren. Die Veranstalter:innen sollten hierfür eigenes Feedback von den Teilnehmenden einholen, insbesondere wenn es sich um eine Veranstaltungsreihe mit mehreren Veranstaltungen handelt. Die Umfrage unter Veranstalter:innen ergab, dass 33,33% der Veranstalter:innen kein Feedback der Beteiligten einholten, wovon jedoch 72,7% weitere Veranstaltungen geplant oder bereits durchgeführt hatten.[330] Die stetige Evaluierung und Optimierung von Partizipationsprozessen, welche maßgeblich zum Erfolg einer Veranstaltung beitragen können, ist in diesen Fällen nicht gegeben.

7.2.4. Ermöglichung frei und gleichberechtigter Teilnahme

Die Möglichkeit sich frei von Machtverhältnissen rational austauschen zu können, stellt den Kern freier und gleichberechtigter Teilnahme an deliberativen Partizipationsprozessen dar.[331] Im Folgenden werden verschiedene Aspekte analysiert, welche einen Einfluss auf die freie und gleichberechtigte Teilnahme an einem Partizipationsprozess haben können.

[327] Vgl. Anlage 9, Nr. 11.
[328] Vgl. Anlage 9, Nr. 12.
[329] Vgl. Anlage 10, Nr. 14.
[330] Vgl. Anlage 11, Nr. 12.
[331] Vgl. Kapitel 4.4.2.4. der vorliegenden Arbeit.

7.2.4.1. Teilnahme in Online-Formaten

Aufgrund der Covid-19 Pandemie fanden laut der Umfrage an die Veranstalter:innen 45,16% der Veranstaltungen online statt.[332] Hieraus ergeben sich verschiedene Problematiken. Beispielsweise verfügen 8% aller EU-Haushalte nicht über einen eigenen Internetzugang.[333] Den höchsten Wert weist Bulgarien mit 16% auf.[334] Hieraus ergibt sich, dass nicht alle Bürger:innen der Union die Möglichkeit haben an Online-Veranstaltungen innerhalb der Konferenz teilzunehmen oder sich auf der digitalen Plattform zu informieren und zu beteiligen. Zum anderen sind nicht alle Bürger:innen mit digitalen Kommunikationsmitteln vertraut, was ihnen den Zugang zu Veranstaltungen erschwert. Die Befragung der Teilnehmenden der Pforzheimer Veranstaltung ergab, dass lediglich ein Drittel der Teilnehmenden keine Hindernisse hatte, um über Zoom und Qico-Chat an der Veranstaltung teilzunehmen.[335] Eine ähnliche Problematik scheint auch innerhalb der europäischen Bürgerforen zu bestehen. Aus dem Bericht einer Teilnehmerin des 3. Bürgerforum „Klimawandel, Umwelt und Gesundheit" ergibt sich, dass ein Drittel der Forumsmitglieder angab, keine Erfahrung mit Web-Kommunikation zu haben.[336] Durch fehlende Erfahrungen mit digitalen Kommunikationsdiensten steigt das Risiko für technische Probleme, welche gemäß Kapitel 7.1.2. zu steigender Unzufriedenheit der Teilnehmenden führen.[337]

7.2.4.2. Größe der Gruppe

Wie unter Kapitel 4.4.2.4. bereits dargestellt, sollte eine Gruppe innerhalb eines deliberativen Partizipationsprozesses maximal 30 Personen umfassen.[338] Die Umfrage unter den Veranstalter:innen ergab, dass 66,7% der Veranstaltungen mit mehr als dreißig Teilnehmenden stattfanden.[339] Aus der teilnehmenden

[332] Vgl. Anlage 11, Nr. 4.
[333] Vgl. Eurostat, Internet-Zugangsdichte – Haushalte, Stand v. 16.12.2021.
[334] Ebd.
[335] Vgl. Anlage 10, Nr. 11 u. 12.
[336] Vgl. Frankfurter Rundschau, „Zukunft Europas": Was normale Menschen für wichtig halten, 03.12.2021.
[337] Vgl. Kapitel 7.1.2. der vorliegenden Arbeit.
[338] Vgl. Kapitel 4.4.2.4. der vorliegenden Arbeit.
[339] Vgl. Anlage 11, Nr. 7.

Beobachtung ergab sich ebenfalls, dass über die Hälfte der Veranstaltungen mehr als 30 Teilnehmende beinhalteten.[340] Hierbei wurde jedoch stets auf die Arbeit in Kleingruppen gesetzt.[341] In der Regel bestanden diese Kleingruppen aus fünf bis sechs Personen.[342] Die Umfrage unter den Teilnehmenden ergab, dass der Großteil der Teilnehmenden diese Gruppengröße als positiv bewertet.[343]

Auch innerhalb der europäischen Bürgerforen wurde auf die Arbeit in Kleingruppen gesetzt.[344] Innerhalb dieser Kleingruppen arbeiteten jeweils 12 bis 14 Bürger:innen zusammen. Pro Gruppe standen teilweise bis zu sechs Expert:innen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zur Verfügung.[345] Bei der Einteilung sei laut einer Teilnehmerin der europäischen Bürgerforen darauf geachtet worden, dass mindestens zwei Personen aus demselben Land vertreten sind.[346]

7.2.4.3. Sprache der Veranstaltung

Deliberative Partizipation basiert auf Dialog und ist demnach von Kommunikation abhängig. [347] Neben rein nationalen Veranstaltungen, innerhalb derer die Sprache eine untergeordnete Rolle spielt, finden im Rahmen der Konferenz auch Veranstaltungen statt, welche eine internationale Gruppe ansprechen, wie bspw. die Veranstaltungen der Stadt Pforzheim und des Europe Direct Zentrums Stuttgart.[348]

Die Veranstaltung des Europe Direct Zentrums Stuttgart fand auf Englisch und somit nicht in den Muttersprachen der deutschen und kroatischen Teilnehmenden statt.[349] Um gewährleisten zu können, dass die Veranstaltung erfolgreich durchgeführt werden kann, wurde die kroatische Schulklasse aufgrund ihrer

[340] Vgl. Anlage 4, Tabelle 4.
[341] Vgl. Anlage 4, Tabelle 5.
[342] Ebd.
[343] Vgl. Anlage 9, Nr. 11a; Anlage 10, Nr. 13a.
[344] Vgl. Bericht Forum 1, Sitzung 1, S. 2; Bericht Forum 2, Sitzung 1, S. 2; Bericht Forum 3, Sitzung 1, S. 2; Bericht Forum 4, Sitzung 1, S. 2.
[345] Vgl. Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, „Alle Stimmen wurden gehört“, 29.09.2021.
[346] Ebd.
[347] Vgl. Kapitel 3.2.3. der vorliegenden Arbeit.
[348] Vgl. Anlage 4, Tabelle 7.
[349] Ebd.

Englischkenntnisse gezielt ausgewählt.[350] Die deutschen Teilnehmenden wurden nicht gezielt ausgewählt, sondern konnten im Rahmen der Selbstselektion daran teilnehmen.[351] Der Nachteil dieser Methodik ist, dass selbst wenn alle Teilnehmenden über einen gewissen Grad an Englischkenntnissen verfügen, stets gruppeninterne Unterschiede bestehen bleiben. Daher kann nicht von einer gleichberechtigten Teilnahme gesprochen werden. Dies ist nur der Fall, wenn alle Teilnehmenden über ausreichend Kenntnisse verfügen, um ihre Ideen auf muttersprachlichem Niveau zu artikulieren und alle Teilnehmenden dieselben Kenntnisse haben.

Die Veranstaltung der Stadt Pforzheim machte daher Gebrauch von einem Dolmetsch-Service, welcher die Veranstaltung simultan übersetzte.[352] Innerhalb der europäischen Bürgerforen ist dies ebenfalls der Fall.[353] Der Vorteil dieser Methodik ist, dass Menschen mit fehlenden Fremdsprachkenntnissen nicht ausgeschlossen werden. Alle Teilnehmenden können ihre Ideen in ihrer Muttersprache einbringen.

Die Umfrage unter den Teilnehmenden ergab, dass alle Teilnehmenden der Umfrage zur Pforzheimer Veranstaltung sich gleichberechtigt, bzw. eher gleichberechtigt beteiligt fühlten.[354] In der Umfrage zur Veranstaltung des Europe Direct Zentrums Stuttgart war dies nicht der Fall, da 12% der Teilnehmenden sich eher nicht gleichberechtigt beteiligt fühlten.[355] Die Hypothese, dass Teilnehmende von Veranstaltungen, in welchen sie sich über ihre Muttersprache einbringen können, sich gleichberechtigter beteiligt fühlen, ist somit verifiziert.

Handlungsempfehlung:

Bei der Organisation einer internationalen Veranstaltung ist darauf zu achten, dass keine ungleichberechtigte Teilnahme aufgrund der Sprachkenntnisse entsteht. Die optimale Lösung stellt hierbei die Nutzung eines Dolmetsch-Service dar, was

[350] Vgl. Anlage 5, Nr. 6.
[351] Ebd.
[352] Vgl. Anlage 4, Tabelle 7.
[353] Vgl. Kapitel 2.2. der vorliegenden Arbeit.
[354] Vgl. Anlage 10, Nr. 14.
[355] Vgl. Anlage 9, Nr. 12.

wiederum zu einem gesteigerten Ressourcenbedarf führt. Sollte die Veranstaltung daher in einer Fremdsprache stattfinden, ist darauf zu achten, dass die Teilnehmenden über ausreichende und in etwa ähnliche Kenntnisse der gewählten Sprache verfügen. Bei einer grenzüberschreitenden Veranstaltung zwischen Deutschland und Frankreich wäre es beispielsweise nicht sinnvoll die Veranstaltung auf Französisch stattfinden zu lassen, da die französischen Teilnehmenden dadurch erhebliche Vorteile erlangen würden und somit keine gleichberechtigte Teilnahme gewährleistet werden kann. Hieraus folgt, dass die Auswahl der Teilnehmenden derartiger Veranstaltungen bestenfalls über die gezielte Auswahl erfolgt. Ebenfalls denkbar wäre die Selbstselektion, mit einem eindeutigen Hinweis darüber, welche Sprachkenntnisse benötigt werden, wodurch jedoch potenziell interessierte Personen an der Teilnahme gehindert werden könnten.

7.2.4.4. Moderation der Veranstaltung

Die teilnehmende Beobachtung ergab, dass die Veranstaltung des Europe Direct Zentrums Stuttgart als einzige der untersuchten Veranstaltungen keine Moderation innerhalb der Kleingruppen einsetzte.[356] Hierbei zeigte sich in der beobachteten Kleingruppe, dass eine Person die Moderation eigenmächtig übernahm und die Diskussionen deutlich dominierte.[357] Da es sich bei dieser Person um eine Teilnehmerin handelte, welche mit ihrer eigenen Meinung an den Diskussionen teilnahm, war in diesem Fall keine neutrale Moderation gegeben.

Innerhalb der Pforzheimer Veranstaltung wurde eine externe Moderation hinzugezogen, welche jedoch nicht die Moderation der Kleingruppen übernahm.[358] Die Moderation der Kleingruppen wurde von den Organisator:innen übernommen.[359] Im Gegensatz zur Veranstaltung von Europe Direct Stuttgart war dadurch eine deutlich neutralere Moderation zu beobachten, was sich durch die Befragung der Teilnehmenden bestätigte. Die Teilnehmenden der Pforzheimer

[356] Vgl. Anlage 4, Tabelle 6.
[357] Vgl. Anlage 4, Tabelle 8.
[358] Vgl. Anlage 6, Nr. 11.
[359] Ebd.

Veranstaltung bewerteten die Moderation mit einer Note von 1,5 (1=sehr gut;6=ungenügend) und die Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung mit 2,64.[360] Diese Ergebnisse spiegelten sich auch hinsichtlich der Hypothese „Je neutraler die Moderation einer Veranstaltung, desto besser fühlen sich die Teilnehmenden beteiligt“ wider. Die Teilnehmenden bewerteten sowohl die gleichberechtigte Teilnahme als auch die Möglichkeiten ihre Meinung ausreichend in die Diskussion einzubringen besser als die Teilnehmenden der Europe Direct Veranstaltung und hatten eher das Gefühl ihre Gedanken ohne Sorge vor negativen Reaktionen einbringen zu können.[361] Die Hypothese „Je neutraler die Moderation einer Veranstaltung, desto besser fühlen sich die Teilnehmenden beteiligt“ trifft somit im vorliegenden Fall zu.

Handlungsempfehlung:

Veranstalter:innen sollten darauf achten eine möglichst neutrale Moderation einzusetzen, da dies einen großen Einfluss auf die Zufriedenheit der Teilnehmenden hat. Darüber hinaus zeigte sich in der teilnehmenden Beobachtung, dass eine Trennung zwischen dem Vorsitz und der Moderation, wie im Leitfaden für eine inklusive Veranstaltung beschrieben[362], dazu führt, dass die Moderation eine bessere Qualität hat. Die Moderation der beobachteten Kleingruppe der Pforzheimer Veranstaltung bestand überwiegend daraus, den Teilnehmenden jeweils der Reihe nach dieselben Fragen zu stellen.[363] Die Moderation der Kleingruppen innerhalb der Veranstaltung des Staatsministeriums, welche von einem externen Moderator geführt wurde, zeigte hingegen, dass es durch weiterführende Nachfragen und die Einbindung mehrerer Personen tatsächlich zu Diskussionen kam, welche die Bildung einer kollektiven Meinung ermöglichten.[364] Veranstalter:innen sollten somit, wenn möglich, auf externe Moderation zurückgreifen. Die Umfrage unter den Veranstalter:innen ergab jedoch, dass

[360] Vgl. Anlage 9, Nr. 11e; Anlage 10, Nr. 13e.
[361] Vgl. Anlage 9, Nr. 14; Anlage 10, Nr. 16.
[362] Vgl. Leitfaden für eine inklusivere Veranstaltung, S. 5.
[363] Vgl. Anlage 4, Tabelle 6.
[364] Ebd.

mindestens 57,6% der Veranstalter:innen die Moderation selbst übernahmen.[365] Lediglich bei der Organisation der Veranstaltung des Staatsministeriums wurde die Trennung der Rollen Organisator und Moderator als Begründung für den Einsatz von Moderation genannt.[366]

7.2.5. Schaffung echter Kommunikation

In Kapitel 4.4.2.5. wurde die Bedeutung echter Kommunikation im Sinne von *Nanz/Fritsche* für deliberative Partizipationsprozesse dargestellt.[367] Um für alle Teilnehmenden ein zufriedenstellendes Ergebnis zu generieren, gibt der Leitfaden zur Konferenz als Ziel vor, einen Konsens zu finden und in Gruppenarbeit kollektive Ideen zu entwickeln.[368] Nach *Nanz/Fritsche* entspricht diese Vorgehensweise der Kommunikationsform „Austausch von Argumenten".[369] Im Folgenden wird untersucht inwiefern echte Kommunikation innerhalb der europäischen Bürgerforen und den beobachteten Veranstaltungen geschaffen wurde und ob die von der EU vorgegebene Kommunikationsform gewählt wurde.

Die europäischen Bürgerforen:

Eine klare Methodik und die Einführung eines Beratungsablaufs sollen gemäß den Vorgaben der EU innerhalb der europäischen Bürgerforen zu „echte[n] Diskussionen an der Basis und bürgerorientierte[n] Beratungen" führen.[370] Aus den Berichten der zweiten Sitzungen der jeweiligen Bürgerforen ergibt sich, dass Diskussionen zwischen den Teilnehmenden stattfanden.[371] Dies weist auf die unter Kapitel 4.4.1.6. dargestellte Kommunikationsform „Austausch von Argumenten" hin, welche zur Konsensbildung beitragen soll und somit den Vorstellungen der EU

[365] Vgl. Anlage 11, Nr. 6.
[366] Vgl. Anlage 7, Nr. 15.
[367] Vgl. Kapitel 4.4.2.5. der vorliegenden Arbeit.
[368] Vgl. Leitfaden zur Konferenz, S. 2.
[369] Vgl. Nanz/Fritsche, S. 33.
[370] Vgl. Die europäischen Bürgerforen – Fragen und Antworten, S. 3.
[371] Vgl. Bericht Forum 1, Sitzung 2, S. 3; Bericht Forum 2, Sitzung 2, S. 3; Bericht Forum 3, Sitzung 2, S. 3; Bericht Forum 4, Sitzung 2, S. 3.

entspricht.[372] Demnach ist davon auszugehen, dass innerhalb der europäischen Bürgerforen echte Kommunikation herrscht, welche es den Bürger:innen ermöglicht ihre Ideen und Meinungen in den Prozess einzubringen.

Die Veranstaltungen:

Die teilnehmende Beobachtung von Veranstaltungen ergab, dass es sich bei keiner der beobachteten Veranstaltungen um eine reine Informationsveranstaltung handelte.[373] Die Veranstaltungen des Staatsministeriums Baden-Württemberg und des Europe Direct-Zentrums Stuttgart wählten die Kommunikationsform „Austausch von Argumenten", wodurch am Ende der Veranstaltungen ein Konsens innerhalb der Kleingruppen gebildet wurde.[374] Die Beobachtung der Kleingruppenarbeit der Pforzheimer Veranstaltung wies die Kommunikationsform „Artikulation von Interessen" auf.[375] Es fanden hierbei keine Diskussionen innerhalb der Kleingruppe statt. Alle Teilnehmenden bekamen vom Moderator dieselben Fragen gestellt und beantworteten diese.[376]

Auch wenn die Pforzheimer Veranstaltung nicht den Vorstellungen der EU einer konsensorientierten Diskussion entsprach, wurde trotz allem eine Kommunikationsform gewählt, welche echte Kommunikation ermöglicht.[377] Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeiten Ideen und Interessen zu formulieren, welche in die Dokumentation der Ergebnisse und somit in die Konferenz einflossen.[378]

Abschließend lässt sich feststellen, dass sowohl die europäischen Bürgerforen als auch die beobachteten Veranstaltungen den Teilnehmenden die Möglichkeit geben ihre Ideen in den Prozess einzubringen, was eine zwingende Voraussetzung von

[372] Vgl. Kapitel 4.4.2.5. der vorliegenden Arbeit.
[373] Vgl. Anlage 4, Tabelle 6.
[374] Ebd.
[375] Ebd.
[376] Ebd.
[377] Vgl. Kapitel 4.4.2.5. der vorliegenden Arbeit
[378] Vgl. Dokumentation der Veranstaltung „Gemeinsamer digitaler Bürgerdialog Pforzheim und Komitat Györ-Moson-Sopron", S. 4 ff.

deliberativen Partizipationsprozessen darstellt. Die Vorgabe der EU innerhalb der Veranstaltungen einen Konsens zu finden, birgt darüber hinaus das Potenzial eine höhere Repräsentativität der Ergebnisse von Veranstaltungen zu erzielen.

7.3. Zusammenfassung

Die Analyse der Konferenz anhand der Kriterien guter Partizipation zeigt, dass nicht alle Kriterien guter Partizipation erfüllt wurden, weshalb nicht von einem idealen Partizipationsprozess ausgegangen werden kann. Trotz allem bietet die Konzeption einen Partizipationsprozess, welcher die Beteiligung der Bürger:innen grundsätzlich ermöglicht.

Ein erster Anhaltspunkt hierfür stellen die Ergebnisse der Analyse des Kriteriums „Ausreichende Ressourcen" dar. Wie in Kapitel 7.1.1 dargestellt wurde, verfügt die EU grundsätzlich über die finanziellen und personellen Ressourcen, um einen erfolgreichen Partizipationsprozess in der gesamten Union erfolgreich zu konzipieren und durchzuführen.[379]

Hinsichtlich der Dauer der Konferenz zeigt sich, dass die nun verkürzte Laufzeit von einem Jahr voraussichtlich nicht ausreicht, um die Konferenz in ihrer bisherigen Konzeption angemessen durchführen zu können.[380] Auch die Analyse der Veranstaltungen ergab, dass deren zeitlicher Rahmen teilweise aufgrund technischer Probleme und zu breiten Themen nicht ausreichend war.[381]

In Bezug auf die Transparenz der Konferenz wurden, abgesehen von der teilweise fehlenden Veröffentlichung der Zwischenberichte in allen 24 Sprachen keine größeren Mängel festgestellt.[382]

Die Themen der Konferenz werden von den Unionsbürger:innen als relevant betrachtet[383] und die EU verfügt hinsichtlich der Themengebiete über die benötigten Kompetenzen.[384] Die Themen der Konferenz sind hinsichtlich des

[379] Vgl. Kapitel 7.1.1. der vorliegenden Arbeit.
[380] Vgl. Kapitel 7.1.2. der vorliegenden Arbeit.
[381] Ebd.
[382] Vgl. Kapitel 7.1.3. der vorliegenden Arbeit.
[383] Vgl. Kapitel 7.1.4. der vorliegenden Arbeit.
[384] Ebd.

Handlungsspielraums ebenfalls als hinreichend offen zu betrachten.[385] Die zu breiten Themen der Konferenz und die Außerachtlassung der Unterkategorien führt zum einen zu negativen Effekten bei der Durchführung von Veranstaltungen und stellt zum anderen in Frage, inwiefern diese Ideen tatsächlich in die Umsetzung der Ergebnisse einfließen können.[386]

Aufgrund der fehlenden Verbindlichkeiten zur Umsetzung der Ergebnisse fehlt den Teilnehmenden die Sicherheit, dass ihre Beteiligung tatsächlich von Bedeutung ist. Die Institutionen der EU verpflichten sich lediglich zur Prüfung einer möglichen Umsetzung der Ergebnisse.[387] Die Veranstalter:innen sollten zudem stärker ihre Verbindlichkeit gegenüber den Teilnehmenden wahrnehmen, indem sie Berichte zu den durchgeführten Veranstaltungen veröffentlichen.[388] Andernfalls können die Meinungen der Bürger:innen nicht in die Ergebnisfindung einfließen.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Konferenz den Ansprüchen deliberativer Partizipationsprozesse hinsichtlich der Beteiligung einer Vielfalt von Bürger:innen nicht gerecht werden. Lediglich 0,9% der EU-Gesamtbevölkerung hat sich über die digitale Plattform beteiligt. Darüber hinaus herrscht eine deutliche Überrepräsentation der ohnehin aktiven Bevölkerungsgruppen, welche zum Großteil aus formal gebildeten Männern im mittleren Alter bestehen.[389] Dies ist auf das Auswahlverfahren der Selbstselektion zurückzuführen. Es zeigte sich, dass eine zufällige Auswahl mit gezielter Nachrekrutierung ein höheres Potenzial für eine diverse Gruppe birgt.[390]

Die Analyse des Kriteriums „Kompetente Gestaltung und Optimierung des Prozesses“ zeigte, dass die befragten Veranstalter:innen über ausreichende Kompetenzen verfügen, um eine Veranstaltung im Rahmen der Konferenz kompetent zu planen und durchzuführen.[391]

[385] Ebd.
[386] Ebd.
[387] Vgl. Kapitel 7.1.5. der vorliegenden Arbeit.
[388] Ebd.
[389] Vgl. Kapitel 7.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[390] Ebd.
[391] Vgl. Kapitel 7.2.3. der vorliegenden Arbeit.

Bezüglich der Ermöglichung frei und gleichberechtigter Teilnahme lässt sich sagen, dass durch den Schwerpunkt der Konferenz auf digitalen Kommunikationsmitteln nicht alle Bürger:innen der Union die Möglichkeit haben, an der Konferenz teilzunehmen.[392] Dies ist jedoch überwiegend auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Auch die Größe der Gruppe einer Veranstaltung ist relevant hinsichtlich des Erfolgs einer Veranstaltung.[393] Um allen Teilnehmenden ausreichend Zeit zu geben ihre Ideen einzubringen, bietet es sich an, innerhalb von Kleingruppen zu arbeiten.[394] Darüber hinaus zeigte sich, dass die Teilnehmenden sich besser beteiligt fühlen, wenn sie die Möglichkeit haben in ihrer Muttersprache teilzunehmen[395] und die Veranstaltung neutral moderiert wird.[396] Falls die vorhandenen Ressourcen es zulassen, sollte bestenfalls eine externe Moderation hinzugezogen werden.[397]

Die Analyse der Kriterien zeigt, dass die Organisation einer Veranstaltung einen signifikanten Einfluss auf die Qualität einer Veranstaltung und somit auf den Erfolg des Partizipationsprozesses nimmt. Sowohl die Auswahl des zu behandelnden Themas, die Dauer der Veranstaltung, die Wahl der Kommunikationsform, die Wahl der Moderation oder die Sprache einer Veranstaltung sind beispielsweise Aspekte, welche Veranstalter:innen im Vorfeld einer Veranstaltung planen können und welche die Qualität der Beteiligung maßgeblich beeinflussen. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der Beteiligung innerhalb der dezentral organisierten Veranstaltungen stattfindet. Die Organisation der Veranstaltungen nimmt somit, nach der generellen Konzeption der Konferenz, den größten Einfluss auf die Qualität der Beteiligung und damit auch auf die Effekte einer erfolgreichen deliberativen Partizipation. Die Haupthypothese „Je besser die Organisation der Veranstaltungen der Konferenz zur Zukunft Europas, desto mehr echte Beteiligung entsteht“ kann somit anhand der Analyse der Unterhypothesen und der Kriterien guter Partizipation verifiziert werden.

[392] Vgl. Kapitel 7.2.4.1. der vorliegenden Arbeit.
[393] Vgl. Kapitel 7.2.4.2. der vorliegenden Arbeit.
[394] Ebd.
[395] Vgl. Kapitel 7.2.4.3. der vorliegenden Arbeit.
[396] Vgl. Kapitel 7.2.4.4. der vorliegenden Arbeit.
[397] Ebd.

8. Diskussion der Ergebnisse

Wie Alberto Alemano in seinem Artikel „Unboxing the Conference of Europe“ treffend formuliert, wäre es naiv zu denken, dass die Konferenz zur Zukunft Europas die demokratische Malaise der EU auf magische Weise behebt.[398] Hierfür sprechen bspw. die zu kurze Dauer, ein Mangel an Vielfalt der Teilnehmenden oder auch die fehlenden Verbindlichkeiten zur Umsetzung der Ergebnisse.[399] Trotz allem eröffnet die Konferenz zur Zukunft Europas den Bürger:innen einen zuvor nie dagewesenen deliberativen und transnationalen Raum der Teilhabe. Dies stellt einen ersten Schritt in Richtung der Verwirklichung des legitimitätssteigernden Potenzials der deliberativen Partizipation dar.[400]

Die Analyse der Konferenz anhand der Kriterien guter Partizipation identifizierte in einigen Punkten deutliche Schwächen der Konzeption.[401] Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob die Konferenz trotz allem ein Forum schafft, welches die Bürger:innen so einbindet, dass gesellschaftliche Differenzen überbrückt werden können und mehr Zustimmung zu Reformen der EU entsteht.[402]

Überbrückung gesellschaftlicher Differenzen

Die Umfrage unter Veranstalter:innen zeigte, dass 87,9% der Veranstaltungen auch ohne die Konferenz stattgefunden hätten.[403] Eine deutliche Steigerung des Austauschs hinsichtlich EU-spezifischer Veranstaltungen ist somit zum jetzigen Zeitpunkt nicht festzustellen. Positiv zu betrachten ist jedoch, dass die Veranstalter:innen bzw. die Bürger:innen nun über die digitale Plattform eine Möglichkeit erhalten, die Ergebnisse ihrer Veranstaltungen an die EU heranzutragen.

[398] Vgl. Alemano, S. 31.
[399] Vgl. Kapitel 7.1.2., Kapitel 7.2.2. und Kapitel 7.1.5. der vorliegenden Arbeit.
[400] Vgl. Kapitel 4.3.1. der vorliegenden Arbeit.
[401] Vgl. Kapitel 7.3. der vorliegenden Arbeit.
[402] Vgl. Kapitel 1.2. der vorliegenden Arbeit.
[403] Vgl. Anlage 11, Nr. 5.

Ein weiterer positiver Aspekt der digitalen Plattform stellt die Mehrsprachigkeit bzw. das Übersetzungstool der Webseite dar. Die digitale Plattform schafft einen virtuellen Raum, in welchem die Bürger:innen sich grenzüberschreitend über europäische Themen in ihrer Muttersprache austauschen können. Hierdurch wird die Sprachenvielfalt, welche häufig als eines der größten Hindernisse bei der Entwicklung europäischer Öffentlichkeit angesehen wird[404], umgangen. Die mehrsprachige digitale Plattform hat somit das Potenzial sowohl einen Beitrag zur Schaffung europäischer Öffentlichkeit zu leisten, als auch über die Schaffung neuer Kommunikationswege zwischen den Bürger:innen der Union gesellschaftliche Differenzen zu überbrücken. Dies kann bereits als erstes Anzeichen gewertet werden, dass es sich bei der Konferenz zur Zukunft Europas nicht um ein politisches Feigenblatt handelt.

Zustimmung zu Reformen der EU

Ein Anzeichen dafür, dass Deliberation grundsätzlich zu einem positiveren Bild der EU in den Augen der Teilnehmenden führt, zeigte sich innerhalb einer Studie der Stanford University.[405] Hierbei konnte festgestellt werden, dass nach einem EU-spezifischen deliberativen Prozess mehr Teilnehmende die Mitgliedschaft ihres Heimatlandes in der EU befürworten.[406] Ein ähnliches Bild ergab sich auch aus den Umfragen unter den Teilnehmenden der untersuchten Veranstaltungen. Die Veranstaltungen führten zum einen dazu, dass insgesamt 83,87% der Teilnehmenden neues Wissen über die EU erlangen konnten und 54,84% der Teilnehmenden die EU positiver wahrnehmen als zuvor.[407] Die positivere Wahrnehmung der Union kann als Indiz für ein stärkeres Vertrauen gewertet werden, was dem Ziel der Konferenz entspricht, die Bürger:innen über ein stärkeres

[404] Vgl. Grimm, S. 42.
[405] Vgl. Stanford University Center for Deliberative Democracy: All Opinion Changes: Before and After Deliberations, in: Final Report: Tomorrow's Europe, the first EU-wide Deliberative Poll, 2007.
[406] Ebd., S. 1.
[407] Vgl. Anlage 9, Nr. 18 u. 19; Anlage 10, Nr. 20 u. 21.

Bewusstsein für den Mehrwert der Union enger an diese zu binden und somit die Resilienz gegenüber EU-kritischem Populismus zu stärken.[408]

Damit dieser Effekt tatsächlich bei einer relevanten Masse von Bürger:innen eintritt, müsste die Konferenz eine deutlich höhere Beteiligung als 0,00911% aller EU-Bürger:innen[409] erreichen. Hinsichtlich der nach Abschluss dieser Arbeit verbleibenden Dauer der Konferenz, kann nicht davon ausgegangen werden, dass dies eintreten wird. Festzustellen ist jedoch, dass die Konzeption der Konferenz grundsätzlich das Potenzial hat derartige Effekte herbeizuführen.

Stärkung der demokratischen Legitimation der EU

In Kapitel 4.3.2. wurde dargestellt, dass mehr Bürgerbeteiligung grundsätzlich zu einer steigenden Input-Legitimation führt.[410] Hierfür wird vorausgesetzt, dass eine tatsächliche Beteiligung vorliegt, was anhand der Kriterien guter Partizipation geprüft wurde. Demnach ermöglicht die Konzeption der Konferenz den Bürger:innen ihre Meinung einzubringen und die Bürger:innen werden hinsichtlich der Input-Legitimation tatsächlich beteiligt. Die Konzeption birgt somit auch das Potenzial die Input-Legitimität der EU zu stärken.

Hinsichtlich einer steigenden Output-Legitimation lassen sich zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Arbeit keine endgültigen Aussagen treffen, da die Konferenz noch nicht beendet wurde und die Umsetzung der Ergebnisse noch nicht begonnen hat. Die Umsetzung der Ergebnisse hat jedoch einen erheblichen Einfluss auf die abschließende Bewertung der Konferenz, da eine mangelhafte Umsetzung der Ergebnisse zu einer Schwächung der Legitimität führen kann.[411] Ein positiver Effekt auf die Output-Legitimation im Sinne der Beteiligung marginalisierter Teile der Bevölkerung nach *Bätge et al.*[412] ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der fehlenden Diversität der Teilnehmenden nicht zu erwarten.

[408] Vgl. Kapitel 2.1. der vorliegenden Arbeit.
[409] Vgl. Kapitel 7.2.2. der vorliegenden Arbeit.
[410] Vgl. Kapitel 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.
[411] Vgl. Ondarza/Alander, S. 6.
[412] Vgl. Bätge et al., S. 5.

Stärkung der repräsentativen Demokratie

Wie in Kapitel 4.3.2. festgestellt wurde, stellt die fehlende Repräsentation von marginalisierten Interessen darüber hinaus eine Krise der repräsentativen Demokratie dar, welche über deliberative Instrumente möglicherweise behoben werden kann.[413] Dieses Potenzial konnte zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgeschöpft werden. Dies ist jedoch nicht auf die Konzeption der Konferenz zurückzuführen. Grundsätzlich steht es jeder Person frei sich an der Konferenz über die digitale Plattform oder innerhalb von Veranstaltungen zu beteiligen. Um die Teilhabe marginalisierter Personen innerhalb der Veranstaltungen zu stärken, sollten die Veranstalter:innen die Auswahl der Teilnehmenden gezielter auf diese Gruppen ausrichten. Ein weiterer wichtiger Aspekt könnte hierbei die Bewerbung der Konferenz darstellen. Die Umfrage unter den Teilnehmenden zeigte, dass 57% der Teilnehmenden die Konferenz vor der besuchten Veranstaltung nicht kannten.[414]

Die von *Leggewie/Nanz* erwünschte Herstellung einer vierten Gewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative durch deliberative Instrumente[415] wird von der Konferenz nicht befördert. Hierfür spricht zum einen, dass die Ergebnisse der Konferenz keine Verbindlichkeiten für die Institutionen der EU herstellen[416] und zum anderen, dass die Konferenz lediglich ein Jahr andauert und zum jetzigen Zeitpunkt keine weitere Fortführung geplant ist. Um dieses Potenzial ausschöpfen zu können wäre eine Institutionalisierung der Konferenz notwendig.[417]

Denkbar wäre, die Konferenz in optimierter Form, im Sinne der Handlungsempfehlungen dieser Arbeit, zyklisch stattfinden zu lassen. Die Konferenz könnte beispielsweise stets in der zweiten Hälfte einer Legislaturperiode für eine Dauer von zwei Jahren stattfinden, um den Kurs für die nächsten fünf Jahre mitzubestimmen. Hierfür müssten die Verbindlichkeiten der Konferenz ausgebaut werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre hierbei die Ergebnisse der jeweiligen

[413] Vgl. Wöhl, S. 47.
[414] Vgl. Anlage 9, Nr. 15; Anlage 10, Nr. 17.
[415] Vgl. Kapitel 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.
[416] Vgl. Kapitel 7.1.5. der vorliegenden Arbeit.
[417] Vgl. Kapitel 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.

Konferenz in das Arbeitsprogramm der kommenden Kommission einzuarbeiten. Darüber hinaus sollten weitere Verbindlichkeiten hinsichtlich der Umsetzung der Ergebnisse geschaffen werden, um die Zufriedenheit der Teilnehmenden und somit die Teilnahmebereitschaft in der Bevölkerung zu steigern. Eine derartige Institutionalisierung und Optimierung der Konferenz hätte das Potenzial, die von der OECD genannten Vorteile eines institutionalisierten deliberativen Partizipationsprozess zu erfüllen.[418]

Die Interviews mit Veranstalter:innen und die Umfragen unter den Teilnehmenden zeigten, dass die Konferenz als politisches Partizipationsinstrument abseits der Wahlen als etwas grundsätzlich positives bewertet wird und der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung auf Unionsebene besteht.[419] Es kann daher davon ausgegangen werden, dass eine Fortsetzung und Institutionalisierung der Konferenz im Interesse der befragten Personen ist.

[418] Vgl. Kapitel 4.3.2. der vorliegenden Arbeit.
[419] Vgl. Anlage 6, Nr. 14; Anlage 7, Nr. 20; Anlage 8, Nr. 17; Anlage 9, Nr. 19; Anlage 10, Nr. 21.

9. Zusammenfassung

Innerhalb dieser Arbeit wurde die Konferenz zur Zukunft Europas hinsichtlich zehn Kriterien guter Partizipation analysiert, mit besonderem Fokus auf der Organisation von Veranstaltungen und deren Einfluss auf die Qualität der Beteiligung. Hierbei wurden sowohl positive als auch negative Aspekte der Konferenz identifiziert und mit Handlungsempfehlungen für die EU und Veranstalter:innen versehen. Die Analyse ergab, dass die Konferenz zur Zukunft Europas zum jetzigen Zeitpunkt aller Voraussicht nach nicht zu tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der EU führen wird. Trotz allem würde man ihr Unrecht tun, sie als politisches Feigenblatt zu bezeichnen, welches keinen positiven Effekt auf die Krisen der EU entfalten kann. Die Konzeption der Konferenz ermöglicht grundsätzlich eine stärkere Beteiligung der Bürger:innen, indem sie einen zuvor nicht dagewesenen Raum der deliberativen Teilhabe eröffnet, was zu einer Steigerung der Input-Legitimität führt. Darüber hinaus schafft die Konferenz neue Potenziale hinsichtlich der Bildung einer europäischen Öffentlichkeit, zur Überwindung gesellschaftlicher Differenzen und zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung.

Die Forschungsfrage dieser Arbeit, ob die Konferenz einen Weg aus der Krise oder ein politisches Feigenblatt darstellt, kann zum jetzigen Zeitpunkt trotz allem nicht abschließend beantwortet werden. Ein abschließendes Fazit hierüber kann aufgrund fehlender Verbindlichkeiten erst nach der erfolgten Umsetzung der Ergebnisse gezogen werden. Sollten die Ergebnisse der Konferenz nicht oder unzureichend umgesetzt werden, wäre dies ein Anzeichen dafür, dass es sich bei der Konferenz trotz der geschaffenen Potenziale um ein politisches Feigenblatt handelt, welches den Bürger:innen lediglich das Gefühl geben soll beteiligt zu werden. Eine derartige Umsetzung würde EU-Kritiker:innen in die Karten spielen und voraussichtlich einen negativen Einfluss auf die Beziehung zwischen der EU und ihren Bürger:innen entfalten, was eine Schwächung der Resilienz zur Folge hätte.

Weiterführende Forschungen, welche es sich zum Ziel setzen die Forschungsfrage abschließend zu beantworten, sollten ihren Schwerpunkt daher sowohl auf die konkrete Umsetzung der Ergebnisse als auch deren Effekte auf die Bürger:innen der EU legen. Die Erkenntnisse dieser Arbeit bezüglich des Potenzials der

Konzeption können hierbei als Grundlage einer derartigen Forschung dienen. Denkbar wäre ein Vergleich zwischen dem Effekt der Veranstaltungen auf die Teilnehmenden, hinsichtlich ihres überwiegend positiv veränderten Eindrucks der EU vor und nach der Umsetzung der Ergebnisse. Darüber hinaus bietet diese Arbeit den Ausgangspunkt zur Erforschung ebendieser Effekte auf Veranstalter:innen hinsichtlich der Fragen, ob die Veranstalter:innen an einer Fortsetzung der Konferenz erneut teilnehmen würden und inwiefern sich die Umsetzung der Ergebnisse auf die Konzeption weiterer Veranstaltungen auswirken würde.

Die größte Schwäche dieser Arbeit stellen zu geringe Datensätze hinsichtlich der Teilnehmenden von Veranstaltungen dar. Um qualitativ hochwertigere Aussagen treffen zu können, wäre es notwendig gewesen Teilnehmende von mindestens drei Veranstaltungen zu befragen. Dies war aufgrund der fehlenden Bereitschaft der angefragten Veranstalter:innen nicht möglich. Die Zustimmung bzw. die Mitarbeit von Veranstalter:innen war hierbei notwendig, um an die Daten der Teilnehmenden zu gelangen und ihnen den Fragebogen zukommen lassen zu können. Dies führte dazu, dass einige Hypothesen, welche in der Arbeit vorgesehen waren, nicht untersucht werden konnten. Darüber hinaus nahmen nur wenige Teilnehmende der Pforzheimer Veranstaltung tatsächlich an der Umfrage teil, wodurch die Ergebnisse der Umfrage teilweise von den Ergebnissen der teilnehmenden Beobachtung abweichen. Der Fragebogen an Veranstalter:innen wurde darüber hinaus zu einem Zeitpunkt erstellt und versandt, zu welchem die Kriterien hinsichtlich der Bewertung der Konferenz noch nicht vollständig ausgearbeitet waren. Hieraus ergibt sich, dass nicht alle Antworten in die Analyse der Konferenz einfließen konnten und wichtige Fragen, wie bspw. hinsichtlich der Größe von Kleingruppen, nicht im Fragebogen enthalten waren. Die Versendung des Fragebogens zu diesem Zeitpunkt war notwendig, um den Teilnehmenden ausreichend Zeit zu geben und eine möglichst hohe Rücklaufquote zu erreichen.

Trotz der vorgebrachten Schwächen entfalten die Ergebnisse dieser Arbeit eine hohe Relevanz. Die Bürger:innen der Union haben ein Interesse an einer stärkeren Beteiligung abseits der Wahlen und die EU möchte die Bürger:innen näher an sich binden. Die Konferenz zur Zukunft Europas kann hierbei den Startpunkt für einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Europäischen Union darstellen, in welchem

die EU im Einklang mit den Bürger:innen über ihre gemeinsame Zukunft entscheidet und Krisen überwindet. Diese Entwicklung wird einige Zeit benötigen, um langfristig Früchte tragen zu können, doch sollte frühestmöglich begonnen und vorangetrieben werden, um die Kluften innerhalb der EU und ihrer Beziehung zu den Bürger:innen nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen und die Potenziale der Konferenz als deliberativen Partizipationsprozess gänzlich auszuschöpfen, wird daher auf eine Fortsetzung und Institutionalisierung der Konferenz plädiert. Wie in dieser Arbeit erörtert wurde, leben Partizipationsprozesse von einer stetigen Optimierung. Die Ergebnisse dieser Arbeit können sowohl für die EU als auch die Veranstalter:innen als Grundlage für die Fortsetzung und Optimierung der Konferenz dienen, um den notwendigen Schritt in Richtung einer bürgernahen und resilienten Union zu gehen.

.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Primär- und Sekundärliteratur:

Abels, Gabriele: Legitimität, Legitimation und das Demokratiedefizit der Europäischen Union; In: Becker, Peter/Lippert, Barbara (Hrsg.), Handbuch Europäische Union, Springer VS, Wiesbaden, 2020.

Zitiert als: Abels

Abels, Gabriele / Eppler, Annegret / Träsch, Jennifer: Zum „Demokratiedefizit" der EU – und wie es sich (nicht) abbauen lässt; In: Der Bürger im Staat – Europa konkret – Wie die EU funktioniert, Heft 3-2010, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2010.

Zitiert als: Abels/Eppler/Träsch

Albrecht, Steffen: Reflexionsspiele – Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet, transcrip Verlag, Bielefeld, 2010.

Zitiert als: Albrecht

Alemano, Alberto: Unboxing the Conference on the Future of Europe: A Preliminary View on its Democratic Raison-d'être and Participatory Architecture; In: HEC Paris Research Paper No. 2021, 2021.

Zitiert als: Alemano

Allianz Vielfältige Demokratie: Qualität von Bürgerbeteiligung, Bertelsmann Stiftung, 2017.

Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Qualitaet_von_Buergerbeteiligung_final.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Allianz Vielfältige Demokratie 2017a

Allianz Vielfältige Demokratie: Wegweiser breite Bürgerbeteiligung, Bertelsmann Stiftung, 2017.

Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Allianz Vielfältige Demokratie 2017b

Bätge, Frank / Effing, Klaus / Möltgen-Sicking, Katrin / Winter, Torben: Politische Partizipation (Einführung, Befriffserklärung, Einordnung); In: Bätge, Frank / Effing, Klaus / Möltgen-Sicking, Katrin / Winter, Torben (Hrsg.), Politische Partizipation, Springer VS, Wiesbaden, 2021.

Zitiert als: Bätge et al.

Benighaus, Christina / Wachinger, Gisela / Renn, Ortwin: Bürgerbeteiligung – Konzepte und Lösungswege für die Praxis, Wolfgang Metzner Verlag, Berlin, 2016.

Zitiert als: Benighaus/Wachinger/Renn

Bollmohr, Rainer: Das Demokratiedefizit der EU nach dem Vertrag von Lissabon – Der Einfluss der erweiterten Kompetenzen der nationalen Parlamente am Beispiel des deutschen Bundestags, 2. Auflage, Tectum Verlag, Baden-Baden, 2018.

Zitiert als: Bollmohr

Boritt, Gabor: The Gettysburg Gospel: The Lincoln Speech That Nobody Knows, Simon & Schuster, New York, 2005.

Zitiert als: Boritt

Brettschneider, Frank: Dialog-orientierte Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide; In: Sommer, Jörg (Hrsg.), Kursbuch Bürgerbeteiligung #4, Republik Verlag, Berlin, 2021.

Zitiert als: Brettschneider

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Strategie „Gender Mainstreaming“, 19.02.2016.

Abrufbar unter:
https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming (zuletzt abgerufen am 28.12.2021)

Zitiert als: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2016

Burkard, Karl-Josef: Europäische Integration - Strukturen, Prozesse, Probleme und Perspektiven der EU, Springer VS, Wiesbaden, 2021.

Zitiert als: Burkard

Cilo, Selma: Europäische Bürgerinitiative und demokratische Legitimität der EU, 1. Auflage, Verlag Dr. Kovac, Hamburg, 2014.

Zitiert als: Cilo

Fabbrini, Federico: The Conference on the Future of Europe: Process and prospects, 2021.

Zitiert als: 2021

Frantz, Christiane / Kolb, Holger: Transnationale Zivilgesellschaft in Europa (Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), Waxmann Verlag, Münster, 2009.

Zitiert als: Frantz/Kolb

Frieß, Dennis: Deliberation als anspruchsvolle Form von Öffentlichkeitsbeteiligung; In: Bätge, Frank / Effing, Klaus / Möltgen-Sicking, Katrin / Winter, Torben (Hrsg.), Politische Partizipation, Springer VS, Wiesbaden, 2021.

Zitiert als: Frieß

Fuchs, Dieter: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, 2002.

Zitiert als: Fuchs

Geißel, Brigitte: Partizipative Demokratietheorie und Kritik; In: Riescher, Giesela / Rosenzweig, Beate / Meine, Anna (Hrsg.), Einführung in die Politische Theorie, Grundlagen – Methoden – Debatten, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 2020.

Zitiert als: Geißel

Gonzalez, Paula Lamoso: COSAC's (untapped) potential; In: Deliberative Democracy in the EU – Countering Populism with Participation and Debate, Centre for European Policy Studies, Brussel, 2020.

Zitiert als: Gonzalez

Grimm, Dieter: Braucht Europa eine Verfassung?, Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München, 1995.

Zitiert als: Grimm

Große Hüttmann, Martin: Politische Partizipation und Parlamentarismus im EU-Mehrebenensystem; In: Politische Partizipation in Europa, Heft 62-2011, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2011.

Zitiert als: Große Hüttmann

Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1998.

Zitiert als: Habermas 1998

Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen - Studien zur politischen Theorie, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1999.

Zitiert als: Habermaß 1999

Hertzke, Achim: Online-Partizipation beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.: Förderung im innerverbandlichen Kontext nachhaltiger Entwicklung; In: Bätge, Frank / Effing, Klaus / Möltgen-Sicking, Katrin / Winter, Torben (Hrsg.), Politische Partizipation, Springer VS, Wiesbaden, 2021.

Zitiert als: Hertzke

Hooghe, Liesbeth / Marks, Gary: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, Cambridge University Press, Cambridge, 2008.

Zitiert als: Hooghe/Marks

Kaase, Max: Partizipation; In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1. Politikwissenschaft. Theorien - Methoden - Begriffe. Nation-building – Zweiparteiensystem, Piper, München/Zürich, 1986.

Zitiert als: Kaase

Kielmansegg, Peter Graf: Integration und Demokratie; In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), Europäische Integration, Leske + Budrich, Opladen, 1996.

Zitiert als: Kielmansegg

Kietz, Daniela / Ondarza, Nicolai von: Das neue Machtgefüge im Europäischen Parlament: trotz EU-Skeptikern und Spitzenkandidatenprinzip bleibt der politische Umbruch aus; In: SWP-Aktuell, 47/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2014.

Zitiert als: Kietz/Ondarza

King, Cheryl Simrell / Feltey, Kathryn M. / O'Neill Susel, Bridget: The Question of Participation: Toward Authentic Public Participation in Public Administration; In: Public Administration Review, Vol. 58, No. 4, 1998.

Zitiert als: King/Feltey/Susel

Kirsch, Andrea: Demokratie und Legitimation in der Europäischen Union, Nomos, Baden-Baden, 2008.

Zitiert als: Kirsch

Krick, Eva: Demokratisierung durch Partizipation? Die Mehrebenenbeteiligung an der Endlagersuche in Deutschland; In: Politische Vierteljahresschrift 62, Springer VS, Wiesbaden, 2021.

Zitiert als: Krick

Kröll, Thomas / Lienbacher, Georg: EUV Art. 10; In: Schwarze, Jürgen / Becker, Ulrich / Hatje, Armin / Schoo, Johann, EU-Kommentar, 4. Auflage Nomos Verlag, Baden-Baden, 2019.

Zitiert als: Kröll/Lienbacher

Leggewie, Claus / Nanz, Patrizia: Stärkung der Demokratie durch Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung?; In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 26, Springer VS, Wiesbaden, 2016.

Zitiert als: Leggewie/Nanz

Levine, Peter / Gastil, John / Fung, Archon: Future Directions for Public Deliberation; In: Journal of Public Deliberation, Volume 1, Issue 1, Article 3, 2005.

Zitiert als: Levine et. al.

Lindberg, Leon N. / Scheingold, Stuart A.: Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community, Englewood Cliffs, NJ : Prentice Hall, 1970.

Zitiert als: Lindberg/Scheingold

Löchtefeld, Stefan / Sommer, Jörg: Das Prinzip Haltung: Warum gute Bürgerbeteiligung keine Frage der Methode ist, Berlin Institut für Partizipation, 2019.

Zitiert als: Löchtefeld/Sommer

Mbah, Melanie: Partizipation und Deliberation als Schlüsselkonzepte im Konflikt um die Endlagerung radioaktiver Abfälle? – Herausforderungen für die repräsentative Demokratie, ITAS-ENTRIA-Arbeitsbericht 2017-01, 2017.

Abrufbar unter: https://www.itas.kit.edu/pub/v/2017/mbah17a.pdf (zuletzt abgerufen am 28.12.2021)

Zitiert als: Mbah

Merkel, Wolfgang / Petring, Alexander: Partizipation und Inklusion; In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011.

Abrufbar unter: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf (zuletzt abgerufen am: 29.12.2021)

Zitiert als: Merkel/Petring

Nanz, Patrizia / Fritsche, Miriam: Handbuch Bürgerbeteiligung – Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2012.

Zitiert als: Nanz/Fritsche

Ondarza, Nicolai von / Alander, Minna: Die Konferenz zur Zukunft Europas – Herausforderungen und Erfolgsbedingungen für einen Reformimpuls, der über Krisenmanagement hinausreicht; In: SWP Aktuell Nr. 20 März 2021, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2021.

Zitiert als: Ondarza/Alander

Organisation für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions – Catching the Deliberative Wave, 2020.

Zitiert als: OECD

Plottka, Julian / Rebmann, Nicola: Demokratiedefizit; In: Weidenfeld, Wernder/ Wessels, Wolfgang/ Tekin, Funda (Hrsg.), 15. Auflage, Springer VS, Wiesbaden, 2020.

Zitiert als: Plottka/Rebmann

Rappold, Julian: Verlängerung für die Konferenz zur Zukunft Europas; In: Berlin Policy Journal, 28.04.2020.

Abrufbar unter: https://berlinpolicyjournal.com/extra-time/

Zitiert als: Rappold

Ritzi, Claudia / Gary S. Schaal: Legitimitätsgenerierung im deliberativen und repräsentativen Paradigma: Komplementär oder kompetitiv?; In: Landwehr, Claudia / Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.), Deliberative Demokratie in der Diskussion. Herausforderungen, Bewährungsproben, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2014.

Zitiert als: Ritzi/Schaal

Rosenzweig, Beate / Eith, Ulrich: Mehr Demokratie durch Partizipation? – Aktuelle demokratietheoretische Debatten; In: Politische Partizipation in Europa, Heft 62-2011, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2011.

Zitiert als: Rosenzweig/Eith

Scharpf, Fritz W.: Legitimität im europäischen Mehrebenensystem; In: Leviathan 37, Springer VS, Wiesbaden, 2009.

Zitiert als: Scharpf

Schäfer, Armin: Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union; In: Leviathan 34(3), Springer VS, Wiesbaden, 2006.

Zitiert als: Schäfer

Schubert, Klaus / Klein, Martina: Repräsentative Demokratie; In: Das Politiklexikon, 7. Aufl., Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2020.

Abrufbar unter:
https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18137/repraesentative-demokratie (zuletzt abgerufen am 28.12.2021)

Zitiert als: Schubert/Klein

Seifert, Josef W.: Moderation & Kommunikation – Gruppendynamik und Konfliktmanagement in moderierten Gruppen, 4. Aufl., GABAL Verlag, Offenbach, 1999.

Zitiert als: Seifert

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin: Handbuch zur Partizipation, 2. Auflage, 2012.

Zitiert als: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin

Sommer, Jörg: 10 Jahre Bürgerbeteiligung in Deutschland – Erfahrungen und Herausforderungen; In: Sommer, Jörg (Hrsg.), Kursbuch Bürgerbeteiligung #4, Republik Verlag, Berlin, 2021.

Zitiert als: Sommer

Streinz, Rudolf: EUV/AEUV, 3. Auflage, C.H. Beck, München, 2018.

Zitiert als: Streinz

Van der Eijk, Cees / Franklin, Mark N.: Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe, in: Marks, Gary/ Steenbergen, Marco R. (Hrsg.), European Integration and Political Conflict, Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

Zitiert als: Van der Eijk/Franklin

Weske, Simone: Europapolitik im Widerspruch – Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten, 1. Auflage, Springer VS, Wiesbaden, 2011.

Zitiert als: Weske

Wimmel, Andreas: Die demokratische Legitimität europäischen Regierens: ein Labyrinth ohne Ausgang?; In: integration, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2008.

Zitiert als: Wimmel

Wöhl, Stefanie: Die ›Krise‹ der repräsentativen Demokratie in Europa - Demokratietheoretische und politikfeldbezogene Reflexionen; In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26, De Gruyter Verlag, Oldenburg, 2013.

Zitiert als: Wöhl

Woyke, Wichard: Politische Partizipation; In: Andersen, Uwe / Bogumil, Jörg / Maschall, Stefan / Woyke, Wichard (Hrsg), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 8. Auflage, Springer VS, Wiesbaden, 2021.

Zitiert als: Woyke

Zürn, Michael: Zur Politisierung der Europäischen Union; In: Politische Vierteljahresschrift 47, Springer VS, Wiesbaden, 2006.

Zitiert als: Zürn

Offizielle EU-Dokumente:

Europäische Kommission: Reaching out to Citizens Report, 2017.

Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/reaching-out-to-citizens-report_de.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Europäische Kommission 2017

Europäische Kommission: Communication - Europe's Moment: Repair and Prepare for the Next Generation', COM(2020)456, 27.05.2020.

Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-europe-moment-repair-prepare-next-generation.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Europäische Kommission 2020

Europäische Kommission: Communication,from the Commission to the European Parliament and the Council - Shaping the Conference on the Future of Europe, COM(2020) 27, 22.01.2020.

Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-conference-future-of-europe-january-2020_en.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Europäische Kommission 2021a

Europäische Kommission: Specific Contract No COMM/2020/OP/0017-C3/01/2021, Ref. Ares(2021)4419704, 07.07.2021.

Abrufbar unter: https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/20891/Specific_Contract_2_-_selection_citizens_panels.pdf

Zitiert als: Europäische Kommission 2021b

Europäisches Parlament: European Parliament resolution of 15 January 2020 on the European Parliament's position on the Conference on the Future of Europe, P9_TA(2020)0010, 15.01.2020.

Abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0010_EN.html (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Europäisches Parlament 2020a

Europäisches Parlament: European Parliament resolution of 17 April 2020 on EU coordinated action to combat the COVID-19 pandemic and its consequences (2020/2616(RSP)), 17.04.2020.

Abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0054_EN.html (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Europäisches Parlament 2020b

Europäisches Parlament / Rat der Europäischen Union / Europäische Kommission: Joint Declaration on the Conference on the Future of Europe – Engaging with Citizens for Democracy, 10.03.2021.

Abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/sed/doc/news/flash/25243/JOINT%20DECLARATION%20ON%20THE%20CONFERENCE%20ON%20THE%20FUTURE%20OF%20EUROPE_EN.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Joint Declaration

Europäisches Parlament / Rat der Europäischen Union / Europäische Kommission: Konferenz über die Zukunft Europas: Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie – Aufbau eines resilienteren Europas, Pressemitteilung, 10.03.2021.

Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1065 (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Gemeinsame Pressemitteilung 10.03.2021

General Secretariat of the Council: Conclusions, EUCO 28/19, 12.12 2019.

Abrufbar unter: https://www.consilium.europa.eu/media/41768/12-euco-final-conclusions-en.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: General Secretariat of the Council 2019

Rat der Europäischen Union: Conference on the Future of Europe: Draft Council Position, Doc. 5675, 03.02.2020.

Abrufbar unter: https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5675-2020-REV-2/en/pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Rat der Europäischen Union 2020a

Rat der Europäischen Union: Conference on the Future of Europe: Council Position, Doc. 9102/20, 24.06.2020.

Abrufbar unter: https://www.consilium.europa.eu/media/48589/st_9102_2020_init_en.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Rat der Europäischen Union 2020b

Von der Leyen, Ursula: Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments, 16.07.2019.

Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_19_4230 (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Von der Leyen

Offizielle EU-Dokumente der mehrsprachigen digitalen Plattform zur Konferenz:

Bericht: Forum 1: „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung / Bildung, Kultur, Jugend und Sport / Digitaler Wandel“, Sitzung 1

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/142p5pjjvsuw4yqlossb0la95okj?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22de21.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27de21.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211230%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211230T151216Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=16b84c3a71b0be30804fb562067514d8e2c61a7723f3c89e63b2e81100b105a4 (zuletzt abgerufen am: 30.12.2021)

Zitiert als: Bericht Forum 1, Sitzung 1

Bericht: Forum 1: „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung / Bildung, Kultur, Jugend und Sport / Digitaler Wandel“, Sitzung 2

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/73o59c9fale0x6rle8amcs34i9d9?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22Panel%201%20session%202%20Report_FINAL.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27Panel%25201%2520session%25202%2520Report_FINAL.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20220104%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20220104T102029Z&X-Amz-

Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=efc6b4a32389901c60c7ebce78e628f450e4e347eb6b14b00941855efa2621d3 (zuletzt abgerufen am: 04.01.2022)

Zitiert als: Bericht Forum 1, Sitzung 2

Bericht: Forum 2: „Demokratie in Europa / Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, Sitzung 1

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/zov142kfqnl5rz6ghzta8wqbjnim?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22de21.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27de21.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211230%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211230T145703Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=794c18063250b6ff2e6445da5579aa40e8176442cf19c6f93e7ee49f8129811b (zuletzt abgerufen am: 30.12.2021)

Zitiert als: Bericht Forum 2, Sitzung 1

Bericht: Forum 2: „Demokratie in Europa / Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, Sitzung 2

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/afgw3pmhq8kc0dj6rba2hz4ocg4c?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22Panel%202%20session%202%20Report_FINAL.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27Panel%25202%2520session%25202%2520Report_FINAL.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20220104%2Feu-central-

1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20220104T104706Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=8836a97ca2fe979f04db0d9d507acd0ef6f020865350ebde5ebfeda67227eb59 (zuletzt abgerufen am: 04.01.2022)

Zitiert als: Bericht Forum 2, Sitzung 2

Bericht: Forum 3: „Klimawandel und Umwelt / Gesundheit“, Sitzung 1

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/puno46ub9da5x19839jt91x3xhws?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22de21.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27de21.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211230%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211230T151323Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=7e21213881b72551ef79e8b963ce3b5425212546ffde37e424f26602399341a9 (zuletzt abgerufen am: 30.12.2021)

Zitiert als: Bericht Forum 3, Sitzung 1

Bericht: Forum 3: „Klimawandel und Umwelt / Gesundheit“, Sitzung 2

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/irms5vn20y210aiwmciw1t5qk6v1?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22Panel%203%20session%202%20Report_FINAL%25281%2529.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27Panel%25203%2520session%25202%2520Report_FINAL%25281%2529.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20220104%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20220104T105653Z&X-Amz-

Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=0966d92255dac942922195bfdabac9d9d672ca3263bada502f7b500d3c9cfeba (zuletzt abgerufen am: 04.01.2022)

Zitiert als: Bericht Forum 3, Sitzung 2

Bericht: Forum 4: „Die EU in der Welt / Migration“, Sitzung 1

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/2qmlhm22we0ecigoyye4n8c3me8s?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22de21.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27de21.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211230%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211230T151441Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=98ccf336ca53327807b1549db57fb459c4a5e7e8b1587a0e6875cf1a245c9171 (zuletzt abgerufen am: 30.12.2021)

Zitiert als: Bericht Forum 4, Sitzung 1

Bericht: Forum 4: „Die EU in der Welt / Migration“, Sitzung 2

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/dz7f29x2fvxrtj9secn4oi61hgye?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22Panel%204%20session%202%20Report_FINAL.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27Panel%25204%2520session%25202%2520Report_FINAL.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20220104%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20220104T110137Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-

Signature=6e976b0fe0829c773bde41ecc2fe48dfd8ce2e849bf17415f02c9cdf046f9562 (zuletzt abgerufen am: 04.01.2022)

Zitiert als: Bericht Forum 4, Sitzung 2

Die europäischen Bürgerforen – Fragen und Antworten

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/l049pd9zx0957st1yxg056zwyd96?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22CA08-2021-00013-00-00-DE-TRA-00.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27CA08-2021-00013-00-00-DE-TRA-00.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211230%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211230T145539Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=5915f79506d336146c57e7a653e8160502313d28ba9524fec774eccfe8306824 (zuletzt abgerufen am: 30.12.2021)

Zitiert als: Die europäischen Bürgerforen – Fragen und Antworten

Konferenz zur Zukunft Europas TÄTIGKEITSBERICHT März – Juni 2021

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/zgaaatdepj6qbqq3ablw3bbzd0w4?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22sn03308.de21_Updated.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27sn03308.de21_Updated.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211228%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211228T185350Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-

Signature=b9302843023cf2e6d775f0208f194979ac721be46951000aa8fa5d5a711d9eb5 (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Tätigkeitsbericht

Leitfaden für eine inklusivere Veranstaltung

Abrufbar unter: https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/7271/A_guide_for_making_your_event_more_inclusive_de.pdf (zuletzt abgerufen am: 29.12.2021)

Zitiert als: Leitfaden für eine inklusivere Veranstaltung

Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas – Dritter Zwischenbericht November 2021

Abrufbar unter: https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/whskozggruovfgjjvnz67gvjrcn9?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%22COMM-2021-00809-00-00-DE-TRA-00.pdf%22%3B%20filename%2A%3DUTF-8%27%27COMM-2021-00809-00-00-DE-TRA-00.pdf&response-content-type=application%2Fpdf&X-Amz-Algorithm=AWS4-HMAC-SHA256&X-Amz-Credential=AKIA3LJJXGZPDFYVOW5V%2F20211228%2Feu-central-1%2Fs3%2Faws4_request&X-Amz-Date=20211228T185739Z&X-Amz-Expires=300&X-Amz-SignedHeaders=host&X-Amz-Signature=900413802089d09210bf80e1636f8cf464601f29e00345b80a41c8f879b8ca01 (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Dritter Zwischenbericht

Praktische Modalitäten für die Europäischen Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas: Aktualisierte Fassung vom 20.05.2021.

Abrufbar unter:
https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/13003/sn02866.de21.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Praktische Modalitäten der Europäischen Bürgerforen

Schritt-für-Schritt Leitfaden für Veranstalter

Abrufbar unter:
https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/7199/Step-by-step_guide_for_event_organisers_DE.pdf (zuletzt abgerufen am 30.12.2021)

Zitiert als: Schritt-für-Schritt Leitfaden für Veranstalter

Unsere Leitfäden auf einen Blick

Abrufbar unter:
https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/7168/Our_guides_-_at_a_glance_de.pdf (zuletzt abgerufen am: 29.12.2021)

Zitiert als: Leitfaden zur Konferenz

Timeline der Konferenz zur Zukunft Europas

Abrufbar unter:
https://assets.futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/19079/CoFoE_Timeline_DE.jpg (zuletzt abgerufen am: 31.12.2021)

Zitiert als: Timeline der Konferenz

Weitere offizielle Dokumente:

Conference on the Future of Europe: Franco-German non-paper on key questions and guidelines, 25.09.2019.

Abrufbar unter: https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2019/11/Conference-on-the-Future-of-Europe.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Franco-German Non-Paper, 25.09.2019.

French-German Initiative for the European Recovery from the Coronavirus Crisis, 18.05.2020.

Abrufbar unter: https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2020/05/18/french-german-initiative-for-the-european-recovery-from-the-coronavirus-crisis (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: French-German Initiative for the European Recovery from the Coronavirus Crisis, 18.05.2020

Italian Non-Paper for the Conference on the Future of Europe (2020-2022), 14.02.2020.

Abrufbar unter: https://www.esteri.it/mae/resource/doc/2021/09/italian_paper_on_the_cofe_feb_2020.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Italian Non-Paper, 14.02.2020

Macron, Emmanuel: Für einen Neubeginn in Europa, 04.03.2019.

Abrufbar unter: https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2019/03/04/fur-einen-neubeginn-in-europa.de (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Macron 2019

Statistiken und Studien:

Europäisches Parlament / Europäische Kommission: Spezial-Eurobarometer – Erste Ergebnisse „Die Zukunft Europas“, 2021.

Abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2021/future-of-europe-2021/de-report.pdf (zuletzt abgerufen am: 02.01.2022)

Zitiert als: Eurobarometer

Eurostat: Internet-Zugangsdichte – Haushalte, Stand v. 16.12.2021.

Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tin00134/default/table?lang=de (zuletzt abgerufen am: 08.01.2022)

Zitiert als: Eurostat

Universität Hohenheim: Bürgerbeteiligung aus Sicht der Bürger:innen in Baden Württemberg, März 2021.

Abrufbar unter: https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/2021-03_Buergerbeteiligung2.pdf (zuletzt abgerufen am: 28.12.2021)

Zitiert als: Universität Hohenheim

Stanford University Center for Deliberative Democracy: All Opinion Changes: Before and After Deliberations; In: Final Report: Tomorrow’s Europe, the first EU-wide Deliberative Poll, Stanford University, 18. Oktober 2007.

Abrufbar unter: https://cdd.stanford.edu/mm/2007/eu-dpoll-allopinionchange.pdf (zuletzt abgerufen am: 02.01.2022)

Zitiert als: Stanford University

Statista: Europäische Union & Euro-Zone: Entwicklung der Einwohnerzahl in EU und Euro-Zone im Zeitraum 1960 bis 2021, Stand v. 01.07.2021.

Abrufbar unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14035/umfrage/europaeische-union-bevoelkerung-einwohner/#professional (zuletzt abgerufen am: 08.01.2022)

Zitiert als: Statista

Internetquellen:

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: „Alle Stimmen wurden gehört“, 29.09.2021.

Abrufbar unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/alle-stimmen-wurden-gehoert-1964038 (zuletzt abgerufen am: 08.01.2022)

Zitiert als: Bundesregierung 2021

Frankfurter Rundschau: „Zukunft Europas“: Was normale Menschen für wichtig halten, 03.12.2021.

Abrufbar unter: https://www.fr.de/zukunft/storys/demokratie/eu-buergerforum-wie-normale-menschen-politik-machen-91154417.html (zuletzt abgerufen am: 07.1.2022)

Zitiert als: Frankfurter Rundschau

Landtag von Baden-Württemberg: Präsidentin Aras: Baden-Württemberg leistet seinen Beitrag zur Weiterentwicklung der EU, 26.10.2021.

Abrufbar unter: https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/pressemitteilungen/2021/oktober/752021.html (zuletzt abgerufen am: 08.01.2022)

Zitiert als: Landtag BW

Landtag von Baden-Württemberg: Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales vom 23. November 2021.

Abrufbar unter: https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2021/20211123euazukunft1.html?t=0 (zuletzt abgerufen am: 08.01.2022)

Zitiert als: Landtag BW, Ausschuss für Europa und Internationales, 23.11.2021

Pallokat, Jan: Die Zeichen stehen auf Konfrontation, Tagesschau, 08.10.2021.

Abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-verfassung-eu-recht-103.html (zuletzt abgerufen am: 07.01.2022)

Zitiert als: Pallokat

Stadt Pforzheim: Gemeinsamer digitaler Bürgerdialog Pforzheim und Komitat Györ-Moson-Sopron, Dokumentation der Veranstaltung, 20.12.2021.

Abrufbar unter: https://www.pforzheim.de/fileadmin/user_upload/buerger/engagement/buergerbeteil/digitaler_dialog/211124_Dokumentation_B%C3%BCrgerdialog_zur_Zukunft_Europas_Deutsche_Version.pdf (zuletzt abgerufen am: 08.01.2022)

Zitiert als: Dokumentation der Veranstaltung „Gemeinsamer digitaler Bürgerdialog Pforzheim und Komitat Györ-Moson-Sopron“

Eidesstattliche Erklärung des Verfassers

Ich versichere,

1. dass ich diese Masterarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe,

2. dass ich die Übernahme wörtlicher Zitate aus der Literatur sowie die Verwendung von Gedanken anderer Autoren an den entsprechenden Stellen innerhalb der Arbeit gekennzeichnet habe (Entsprechendes gilt für wörtliche Zitate bzw. Fremdgedanken aus der Rechtsprechung) und

3. dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

Ich bin mir bewusst, dass eine falsche Erklärung gravierende rechtliche Folgen haben kann.

Kehl, den 13.01.2022

Luca Hanenberg